

Editorial

von Karlheinz Weißmann

Vor einiger Zeit fand in Washington eine Konferenz zum Thema Multikulturalismus statt. Unter den Referenten war auch Victor Davis Hanson, der das in den USA heftig diskutierte Buch *Mexifornia* geschrieben hat. Darin analysiert Davis die Folgen der Einwanderung von *hispanics* in den Süden der Vereinigten Staaten und kommt zu dem Schluß, daß legale wie illegale Migration zur Zerstörung all dessen führen werden, was den „amerikanischen Traum“ ausmacht. Nachdem Hanson gesprochen hatte, erhob sich Richard D. Lamm, ein Demokrat und ehemaliger Gouverneur von Colorado. Er erklärte dem verblüfften Auditorium, daß er seinem Vorredner nicht nur beipflichte, sondern darüber hinaus acht Methoden nennen wolle, mit denen man die USA sicher zerstören könne:

1. Um Amerika zu zerstören, verwandle Amerika in ein zweisprachiges oder vielsprachiges ... Land.
2. Um Amerika zu zerstören, erfinde „Multikulturalismus“ und ermutige Einwanderer, ihre Kultur zu erhalten.
3. Behaupte: „Wir können die Vereinigten Staaten ohne Mühe in ein Quebec der Hispanics verwandeln.“
4. Wir machen die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe zur am schlechtesten ausgebildeten.
5. Mein fünfter Vorschlag zur Zerstörung Amerikas wäre, große Stiftungen und Unternehmen dazu zu bringen, daß sie für solche Anstrengungen Geld in Menge zur Verfügung stellen.
6. Mein sechster Plan für Amerikas Untergang umfaßt doppelte Staatsbürgerschaft und fördert gespaltene Loyalitäten.
7. Als vorletztes: Mache es zu einem Tabu, über irgendetwas zu sprechen, was gegen den Kult der „Verschiedenheit“ gerichtet ist.
8. Zuletzt würde ich Victor Davis Hanson Buch *Mexifornia* zensurieren lassen. Dieses Buch ist gefährlich. Es deckt den Plan zur Zerstörung Amerikas auf.

Als Lamm geendet hatte, blieb der Saal totenstill, niemand applaudierte. Das war auch ein Indiz dafür, wie gut es ihm gelungen war, den wunden Punkt zu treffen. Einleitend hatte er schon Arnold J. Toynbee mit der Auffassung zitiert, daß alle Zivilisationen der Vergangenheit Aufstieg und Verfall erlebt hätten, aber auch, daß „eine Autopsie der Geschichte zeigen würde, daß alle großen Nationen Selbstmord begingen“.

Die Bereitschaft zum Selbstmord, zu einem schrittweisen und komfortablen, mit Anästhetika schmerzfrei gemachten Selbstmord, ist in der westlichen Welt weit verbreitet. Die Ursachen sind verschieden, aber das Ende wird überall dasselbe sein. Die USA sind uns nur vorausgegangen im Hinblick auf den Multikulturalismus. Seit mehr als hundert Jahren führt das Land Debatten über Vorteile und Gefahren der Zuwanderung, der Entstehung von Ghettos und Rassenkonflikten. Periodisch konnten sich diejenigen durchsetzen, die eine schärfere Begrenzung der Migration erzwingen wollten. Geholfen hat das auf Dauer nicht, denn der „amerikanische Traum“ kann nur geträumt werden, wenn man vergeudet, Ressourcen an Rohstoffen ebenso wie Ressourcen an Menschen, die die Einwanderer zur Verfügung stellen. Das ist eine Voraussetzung, die Lamm nicht bedacht hat, die aber auch in Europa nicht mehr bedacht wird, wo man auf andere Weise den „amerikanischen Traum“ träumt, vielleicht nicht ganz so bunt und verwegen. Das genügt aber nicht. Das Ende wird diesseits und jenseits des Atlantiks dasselbe sein, wenn wir nicht lernen, der Verführung zum Suizid zu widerstehen.

Autorenportrait Ludwig Gumplowicz

von Peter Boßdorf

Die Anfänge der Soziologie als einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin lassen sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts erkennen. In der Regel waren es Renegaten anderer Fächer, die sie, sofern sie Lehrstühle innehatten, durch die Seitentür an den Universitäten einführten. Einer von ihnen war der in Graz lehrende „Staatsrechtler“ Ludwig Gumplowicz.

Als eine Prominenz der frühen Soziologie ist Gumplowicz nicht in Vergessenheit geraten. Sein Name ist in den wesentlichen Darstellungen zur Geschichte dieser Disziplin (und auch in jenen zur Geschichte des Öffentlichen Rechts in Deutschland) weiterhin zitiert. Eher unbekannt ist jedoch sein Werk. Die zumeist nur rudimentäre Auseinandersetzung mit seinen Schriften sogar durch ausgewiesene Dogmenhistoriker hat dazu geführt, daß von seiner Theorie in der Regel ein zwar plakatives, zugleich aber fragwürdiges Bild gezeichnet wird. Er habe sich – so der Tenor – an einer naturalistischen Soziologie versucht, das Bild einer auf Macht und nicht auf Recht gegründeten Gesellschaft gezeichnet und den – damals immerhin nur schillernden und noch nicht diskreditierten – Begriff der Rasse zur Erklärung sozialer Phänomene heranzuziehen gewagt. Insbesondere aber sei er ein Parteigänger des Sozialdarwinismus gewesen, wenn er ihn nicht gar schulbildend popularisiert habe.

Derb zugespitzt wurde diese Sicht durch Georg Lukács. In seinem einflußreichen Werk *Die Zerstörung der Vernunft* warf er Gumplowicz vor, die Beziehung zwischen Staat und Ökonomie auf den Kopf gestellt, den Klassenkampf zum Rassenkampf mystifiziert und damit die Geschichtsauffassung des Faschismus vorbereitet zu haben. Diese Einschätzung zeugte jedoch eher von Phantasie und weniger von Kenntnis der Originaltexte. Eher den Punkt traf da schon Eugen Paschukanis, ein Zeitgenosse von Lukács und Doyen des frühen sowjetischen Staatsrechts: Er rezipierte Gumplowicz als jemanden, den man zwar nicht als Marxisten bezeichnen könne, der aber sehr wohl marxistische Schlußfolgerungen erlaube.

Georg Lukács:
Die Zerstörung der Vernunft. Band III: *Irrationalismus und Soziologie*, Darmstadt, Neuwied 1974.

Als Ludwig Gumplowicz am 8. März 1838 in Krakau geboren wurde, war die einstige polnische Hauptstadt staatsrechtlich noch kein Bestandteil der Habsburgermonarchie. Sie genoß als ein Relikt des Wiener Kongresses den Status einer Freien Stadt unter der Obhut der „Schutzmächte“ Rußland, Preußen und Österreich. Erst im November 1846 wurde sie vom Kaiserreich Österreich annektiert. Gumplowicz, nunmehr Untertan Kaiser Ferdinands I., hat seine Jugend in der Schlußphase der Ära Metternich in gutsituierten Verhältnissen erlebt. Er war das zweite von fünf Kindern eines Kaufmanns, der als Repräsentant der jüdischen Assimilationsbewegung und Angehöriger des Senats der Freien Stadt zu den örtlichen Honoratioren zählte. Von 1857 bis 1861 studierte er Rechtswissenschaften, zunächst in seiner Heimatstadt, dann in Wien. Dort hörte er unter anderem auch bei Lorenz von Stein. 1862 promovierte er an der k. k. Jagiellonischen Universität in Krakau. Es folgte ein Jahrzehnt, in dem er sich vor allem publizistisch und politisch betätigte. Am polnischen Januaraufstand von 1863 soll er im Waffennachschub mitgewirkt haben.

Nachdem der Versuch, sich in Krakau für Allgemeine Rechtsgeschichte zu habilitieren, im Jahr 1868 gescheitert war, engagierte sich Gumplowicz zwischen 1870 und März 1873 als Verleger und Redakteur (zeitweise auch Chefredakteur) der in Krakau erscheinenden radikal-demokratischen Tageszeitung *Kraj* („Das Land“). Aus dem Kreise ihrer Mitarbeiter kam der Anstoß, den „Politischen Zirkel“ ins Leben zu rufen, der sich der Zusammenfassung aller demokratischen und nationalen Elemente Gesamtpolens verschrieb. Weder in diesem politischen Engagement noch verlegerisch war Gumplowicz aber Erfolg beschieden.

Seine Übersiedelung nach Graz im Jahr 1875 ist in der Literatur oft als der Versuch eines Neuanfangs nach dem Scheitern der bisherigen Ambitionen gedeutet worden. Seine zweite Lebenshälfte stand jedenfalls fortan im Zeichen der Wissenschaft. Die Sprache, derer er sich dabei bediente, war, seiner Grazer Wirkungsstätte gemäß, die deutsche. Schon im Jahr seiner Übersiedlung veröffentlichte Gumplowicz den Essay *Race und Staat*, mit dem er selbst später nicht zufrieden war, der jedoch schon die Kerngedanken des späteren Hauptwerks *Der Rassenkampf* vorzeichnete. Zudem trug er auf der in Graz tagenden 48. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte seine Auffassung über „das Naturgesetz der Staatenbildung“ vor. 1876 reichte Gumplowicz an der k. k. Karl-Franzens-Universität ein Ersuchen um die *venia legendi* für Allgemeines Staatsrecht mit einer Arbeit über *Robert v. Mohl als Rechts- und Staatsphilosoph* ein. Nicht ohne Bedenken aus den Reihen des Professorenkollegiums hinsichtlich der von ihm vertretenen Positionen wurde er habilitiert und lehrte zunächst als Privatdozent. 1882 schließlich erfolgte die Ernennung zum außerordentlichen Universitätsprofessor des Allgemeinen Staatsrechtes und der Verwaltungslehre. Ein Jahr später bot er bereits auch eine Vorlesung „Ueber Socialwissenschaft“, ein weiteres Jahr darauf eine über die „Grundzüge der Sociologie“ an.

1884 traten Gumplowicz und seine Frau aus der Israelitischen Kultusgemeinde aus und fünf Jahre später in die Evangelische Kirche (Augsburger Konfession) ein. Über eine tatsächliche Hinwendung zum christlichen Glauben ist nichts bekannt, anhand der in seinen Schriften auch in dieser Zeit eingestreuten persönlichen Bemerkungen zur Religion erscheint sie als sehr unwahrscheinlich. 1893 wurde Gumplowicz dann ordentlicher Universitätsprofessor der Verwaltungslehre und des Österreichischen Verwaltungsrechtes. Der Gipfel seiner akademischen Laufbahn war erklimmen. Zu diesem Zeitpunkt lagen seine Hauptwerke bereits vor und wurden nun in zahlreiche, insbesondere romanische Sprachen übersetzt. 1893 zählte Ludwig Gumplowicz zu den ersten Mitgliedern des unter der Ägide von René Worms stehenden *Institut International de Sociologie* in Paris, dem im Laufe der Jahre nahezu die gesamte internationale Prominenz der frühen Soziologie (im weitesten Sinne aufgefaßt) angehörte. Die persönlichen Kontakte in der Wissenschaft beschränkten sich jedoch im wesentlichen auf Grazer Kollegen. Man dürfte diesen Lebensweg als ganz unspektakulär betrachten, wenn er nicht am 19. August 1909 mit einem Selbstmord geendet hätte, den der unheilbar Erkrankte zusammen mit seiner Frau beging.

Gumplowicz lehrte und publizierte in einer Ära, in der die Naturwissenschaften durch spektakuläre Forschungsergebnisse sowie den prakti-

Eugen Paschukanis:
*Allgemeine Rechtslehre
und Marxismus*, Freiburg
i.Br. 2003.

Emil Brix (Hrsg.): *Ludwig
Gumplowicz oder Die Ge-
sellschaft als Natur*, Wien,
Köln und Graz 1986.

Albert Schäffle: *Bau und Leben des Socialen Körpers*, Tübingen 1896.

schen Nutzen, den sie für jedermann nachvollziehbar stifteten, stilbildend auch für andere Disziplinen waren. Bei ihm spiegelt sich dies vor allem in seinem Verständnis von Wissenschaft wieder: Akzeptanz findet einzig die induktive Methode, das Bemühen um die Ermittlung von Gesetzmäßigkeiten auf der Grundlage beobachtbarer Tatsachen. Diesem Anspruch meint er auf seinem Forschungsgebiet zwar nicht durch Wägen und Messen, wohl aber durch die Erfassung und Auswertung historischen und anthropologischen „Materials“ gerecht werden zu können. Über die Methode hinaus determiniert der durch die Naturwissenschaften inspirierte, pragmatische Materialismus, zu dem sich Gumplowicz bekennt, was überhaupt als Thema einer wissenschaftlichen Betrachtung des Staates und des Rechts akzeptiert werden kann: Da die beobachtbare Welt auch die einzig tatsächliche ist, gibt es keine letzten Ziele und keine apriorischen Normen, sondern nur das, was die „Tatsachen“ selber hergeben. Da alles „Natur“ ist, kann auch der Staat nichts anderes als deren „Produkt“ sein. Allerdings stellt er eine eigene „Sphäre“ dar, in der auch eigene Gesetzmäßigkeiten zu konstatieren sind. Eine Übertragung von Erklärungsmustern insbesondere aus der Biologie auf die Soziologie lehnt Gumplowicz ab, entsprechend scharf ist seine Kritik an der „organischen Staatsauffassung“ seines Zeitgenossen Albert Schäffle.

Die Akteure des sozialen Geschehens sind nach Auffassung von Gumplowicz Gruppen und nicht Einzelne. Das individuelle Handeln erscheint ihm nur als eine „optische Täuschung“. Das Bewußtsein des Einzelnen ist durch seinen sozialen Kontext quasi vollständig determiniert, die Willensfreiheit eine Fiktion. „In seinem Reden und Handeln drückt das Individuum, ob es will oder nicht will, nur die Anschauungen, Gesinnungen und Tendenzen seiner Gruppe aus.“ Die „Ideen und Anschauungen der Gruppe“ wiederum sind „Emanationen ihrer Lebensinteressen“, die nicht mit dem, was sie als ihre Zwecke ausgibt, in Übereinstimmung stehen müssen. Gruppen streben nicht danach, abstrakte Wertvorstellungen als Selbstzweck durchzusetzen, sondern sind letztlich auf nichts anderes als ein möglichst angenehmes Leben ihrer Mitglieder aus.

Was „der Mensch“ ist, erscheint Gumplowicz als eine soziologisch irrelevante Fragestellung. Aber auch die Gruppe zeichnet er lediglich in abstrakten, ja vagen Konturen. Trotz seines Bekenntnisses zur Empirie als Voraussetzung einer Theoriebildung unternimmt er keine Analyse der zeitgenössischen Gesellschaft, um in ihr die sozialen Akteure zu identifizieren. Stattdessen entwirft er ein historisches Entwicklungsmodell, an dessen vorgeschichtlichen Anfängen Horden stehen, die, in menschenleeren Räumen umherschweifend, noch nicht in Kontakt zueinander getreten sind. Gumplowicz hängt hier der Vorstellung an, daß die Menschen sich nicht auf einen einheitlichen Ursprung zurückführen lassen, sondern unabhängig voneinander an unterschiedlichen Orten entstanden sind (Polygenismus-Hypothese). In diesem (und nur in diesem) Urzustand ist der Begriff der Gruppe deckungsgleich mit jenem der „Rasse“ im biologischen Sinn. Dies ändert sich, sobald die ursprünglichen, egalitär strukturierten Gruppen untereinander „in Kontakt“ treten und durch Unterwerfung zunächst bereits hierarchisch organisierte Stämme und schließlich Staaten entstehen. Zusammengehörigkeit oder Fremdheit mögen einst rein

Überschichtung – germanische Stämme dringen über den gefrorenen Rhein nach Gallien vor, 406 nach Christus, farbige Zeichnung von Pierre Joubert



anthropologische Tatsachen gewesen sein. In der bekannten Geschichte sind sie aber sozial bestimmt. Es ist nicht die „rassische“ Andersartigkeit des Fremden, die den Antagonismus zwischen den Gruppen zu einem natürlichen und nicht bloß zufälligen werden läßt, sondern die Aussicht, jemanden, zu dem es bislang kein Band gibt, dienstbar zu machen.

Mit der Unterwerfung der unterlegenen Gruppe (im entwicklungsgeschichtlichen Zustand der „Horde“ beziehungsweise des „Stammes“), das heißt, ihrer „Überlagerung“, entsteht der Staat und mit ihm das Recht. Diesen Prozeß unterscheidet Gumplowicz

nachdrücklich vom darwinistischen Szenario des *survival of the fittest*: Die Konkurrenz findet zwischen Gruppen und nicht zwischen Individuen statt. Ihr Resultat ist keine „Höherentwicklung“. Es sind nicht ihr innewohnende natürliche Anlagen, die den Erfolg einer Gruppe bewirken, sondern ihre überlegene soziale Organisation. Eine darüber hinausgehende Qualität ist mit einer höheren gesellschaftlichen Positionierung nicht verbunden, diese ist zudem beständig durch die Beherrschten in Frage gestellt. Der „Sozialdarwinismus“ stellt sich somit aus der Sicht von Gumplowicz als eine Rechtfertigungsideologie für Klassenherrschaft, nicht jedoch als ihre wissenschaftliche Begründung dar.

Mit dem Staat entsteht kein neues Subjekt, das zwischen oder neben die sozialen Gruppen (oder „oben“ und „unten“) treten und eigene Interessen entwickeln und durchsetzen würde. In seinen Anfängen ist er noch nicht einmal als eine Organisation greifbar. Er ist vielmehr der Begriff für eine soziale Beziehung: Soziale Gruppen, die ursprünglich voneinander unabhängig existierten, leben nunmehr in einer Verbindung, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die einen herrschen und die anderen beherrscht werden.

Die Eroberung, unterstellt Gumplowicz, zielt nicht allein darauf ab, Land unter Kontrolle zu bekommen, sondern bezweckt vor allem, Menschen zu unterwerfen, die auf diesem Land für die neuen Herrscher arbeiten sollen. Deshalb bringen die Eroberer die Unterworfenen auch nicht um, sondern zwingen sie in den Staat. Diese Konstellation ist, ein Streben nach Selbsterhaltung vorausgesetzt, für die Unterworfenen allemal besser als der Tod, den sie bei einer Verweigerung gewärtigen müßten. In den Anfängen des Staates können die Beherrschten, obwohl sie sich am Tiefpunkt ihrer sozialen Macht befinden, bereits ein Recht wahrnehmen, das ihnen durch die „Entscheidung“ der Eroberer, es zum Staat kommen zu lassen, aus deren eigenem Interesse heraus konzidiert wurde: das Recht auf physische Existenz und ein Existenzminimum zur Reproduktion der Arbeitskraft. Dieses Existenzminimum ist sozusagen die Ausgangsbasis, von der aus die Beherrschten sukzessive weitere Rechte hinzugewinnen. Zum Staat kommt es somit, in Abweichung von klassischen vertragstheoretischen Vorstellungen, nicht durch freie Übereinkunft der Individuen, sei sie durch die Not eines „Kampfes aller gegen alle“ erzwungen oder nicht, sondern schlicht durch die Unterwerfung einer Gruppe (im Urzustand) durch eine andere. Dies ist der „ereignisgeschichtliche“ Grund dafür, daß Recht, Gumplowicz zufolge, ohne Ungleichheit nicht vorstellbar ist.

Dieses Recht ist so dynamisch wie der Staat selbst: In ihm enden die sozialen Konflikte nicht, sie finden nur einen Rahmen. Die Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Gruppen können zu neuen Kräftekonstellationen und damit auch zu neuem Recht führen. Es gibt folglich kein überzeitliches, sondern nur situativ gebundenes Recht, das den keineswegs harmonischen *modus vivendi* zwischen den sozialen Gruppen in einem Staat beschreibt.

Die Ausbildung sozialer Gruppen endet nicht mit der Entstehung von „oben“ und „unten“ durch „Eroberung“ und „Unterwerfung“. Neue soziale Formationen erscheinen auf dem Plan – sei es, daß sie „ins Land gerufen“ werden, sei es, daß sie sich ausdifferenzieren. Dadurch entstehen neue Linien, entlang derer Auseinandersetzungen geführt werden. Das Bild des Staates verliert den dichotomischen Charakter, den es ursprünglich hatte. Bei aller wachsenden Komplexität verwischen sich die hierarchischen Züge aber nicht. „Volksherrschaft“, gar „Herrschaftsfreiheit“ sind nicht möglich, jedenfalls nicht im Rahmen des Staates, dessen Charakteristikum die Herrschaft weniger über viele bleibt. Die Abschaffung der Klassen und ihres Gegensatzes wäre gleichbedeutend mit der Abschaffung des Staates und der Begründung von Anarchie. Dies jedoch kann, so Gumplowicz, keineswegs als „moralischer Fortschritt“ angesehen werden, sondern ist im Gegenteil sogar als ein Rückschritt aufzufassen, da der Staat, unbeschadet der in ihm zum Ausdruck kommenden Herrschaftsverhältnisse, eine „Kulturleistung“ darstellt – nicht zuletzt verdankt ihm ja auch das Recht seine Entstehung.



Ludwig Gumplowicz,
zeitgenössisches Foto

Der „moralische Fortschritt“ liegt für Gumplowicz also nicht darin, daß die Staatsentwicklung etwa zu mehr Partizipation, zur Gleichheit der Staatsbürger oder gar der Aufhebung von Herrschaft überhaupt streben würde, sondern in einer wachsenden Hegung der sozialen Auseinandersetzungen. Die Gegensätze bleiben, doch sie werden mehr und mehr in zivilisierter Form ausgetragen.

Die Theorie des Rechtsstaates, deren mustergültige und abschließende Formulierung er Robert von Mohl zuschreibt, deutet Gumplowicz als einen Kompromiß zwischen den beiden antagonistischen Prinzipien der (absolutistischen) Herrschersouveränität und der (demokratischen) Volkssouveränität. Ihr zufolge gründe die Herrschaft nicht im Herrscher, sondern im Staat, der das Recht als ihren Zweck bestimmt und ihr damit die Grenzen setzt. Das Recht, das den Herrschenden zur Durchsetzung aufgegeben ist, steht auch über ihnen selbst. Ihnen die Befugnis einzuräumen, nach Belieben mit ihm zu verfahren, wäre somit paradox. Der Versuch, den Staat den sozialen Auseinandersetzungen zu entziehen, ihn über die Parteien zu stellen und ihm die Verwirklichung des Rechts und damit ein allen seinen Angehörigen gemeinsames Interesse als Zweck aufzugeben, gründet dabei auf dem Egalitätsprinzip. Dieses aber, so Gumplowicz, ist mit dem Wesen des Staates unvereinbar und somit realitätsfremd. Der Staat sei nämlich keine Institution, die unabhängig von den sozialen Antagonismen bestünde und gar um deren Aufhebung bemüht sein könnte. Als ein Instrument der Herrschenden – hier wendet sich Gumplowicz insbesondere gegen die Auffassung von Lorenz von Stein – ist er vielmehr selbst Partei. An dieser Realität des Staates kann, so Gumplowicz, keine Politik und auch keine Theorie etwas ändern. Die Rechtsstaatstheorie behelfe sich mit der Vorstellung einer Staatspersönlichkeit: Es seien nicht bestimmte Menschen, die gegenüber anderen bestimmten Menschen das Sagen hätten, sondern der Staat als eine Institution im Interesse aller, der die Gesetzherrschaft über alle durch Beauftragte ausüben lasse. Zur Überparteilichkeit gelange der Staat aber letztlich nicht einmal in der Justiz. Die Gleichheit vor dem Gesetz sei allenfalls im Privatrecht möglich. Nur hier trete der Staat nicht als Partei auf, sondern sei bestrebt, durch sein Machtwort anders nicht zu findende Entscheidungen herbeizuführen, um den inneren Frieden aufrechtzuerhalten.

Bereits die philosophischen Grundlagen der Rechtsstaatstheorie beruhen nach der Auffassung von Gumplowicz auf „Irrthümern und Täuschungen“. Es gebe keinen Mechanismus, der ein gleiches Maximum an Freiheit für alle Individuen produzieren könnte. Die Freiheit der meisten sei durch die Herrschaft der wenigen beschränkt, die Gleichheit eine aus religiösen Vorstellungswelten stammende Fiktion, die an der Wirklichkeit des Staates scheitere. Die „Prämissen der ‚unveräußerlichen Menschenrechte‘ beruhen auf der unvernünftigsten Selbstvergötterung und Überschätzung des Wertes des Menschen und seines Lebens, und auf vollkommener Verkennung der einzig möglichen Grundlage der Existenz des Staates.“

Die Utopie des Rechtsstaates findet, so die Auffassung von Gumplowicz, ihre nicht minder utopische Vollendung im Sozialismus. Die Verpflichtung auf politische Freiheits-, Gleichheits- und gar Mitwirkungsrechte aller muß jeden realen Staat überfordern. Politische Freiheit und rechtliche Gleichheit mögen konstitutionell verbürgt und sogar demokratische Partizipation unter Anwendung des Majoritätsprinzips zugelassen sein. Es herrsche dennoch weiterhin eine Minderheit – und dies könne auch gar nicht anders sein. Die systematische Diskreditierung der beschworenen Prinzipien durch die Realität läßt sich nicht verbergen. Allen theoretischen Bemühungen, einen einmal erreichten staatlichen Zustand als den Rechtsstaat auszugeben und damit die 1789 begonnene Revolution für beendet zu erklären, mangelt es an Glaubwürdigkeit. Die sozialistische Kritik hat leichtes Spiel, und sie kann vor allem eine plausible Ursache dafür identifizieren, daß politische Freiheit und rechtliche Gleichheit bislang noch nicht mit Leben erfüllt wurden: die materielle Ungleichverteilung.

Gumplowicz macht sich diesen Einwand zu eigen. In seiner Auseinandersetzung mit den sozialistischen Autoren unterschiedlichster Provenienz folgt er ihnen, solange sie den vermeintlich etablierten Rechtsstaat als das vorführen, was er auch nach seiner eigenen Auffassung ist: ein Klassenstaat. Bereits die kritische Intention, die er mit dieser „Enthüllung“

Robert (von) Mohl: *Die Polizei-Wissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaates*, Bd 1, Tübingen 1832.

verbindet, weicht jedoch von jener der Sozialisten ab. Nicht der tatsächliche Staat steht unter Rechtfertigungszwang, selbst wenn es mächtige Interessen sein mögen, die sich weitergehenden Versuchen einer Realisierung des Rechtsstaates widersetzen. Es ist eine falsche, ihrer inneren Konsequenzen nicht mehr Herr werdende Theorie, die es zu beanstanden gilt.

Die Fehler der Rechtsstaatstheorie werden durch ihre Radikalisierung im Sozialismus nicht aufgehoben. Gumpłowicz wird nicht müde zu betonen, daß alle Hoffnung, durch eine Umwälzung der Eigentumsordnung die Versprechen des Rechtsstaates endlich einlösen zu können, vergebens ist. Die Begründung, die er für seine Skepsis anführt, trägt jedoch durchaus tautologische Züge: Wenn als das Wesen des Staates eine Ungleichverteilung von Eigentum, Macht und politisch relevanten Rechten angesehen wird, so wäre eine Realisierung der sozialistischen Utopie gleichbedeutend mit seiner Auflösung. Zwar vergehen einzelne Staaten, und dieses Schicksal ist genaugenommen sogar jedem von ihnen irgendwann einmal beschieden. An ihre Stelle treten jedoch stets andere (oder neue) Staaten, die wiederum auf Ungleichheit basieren.

Hinzu tritt allerdings eine sozusagen funktionale Begründung. Der Staat ist zwar keineswegs einem fiktiven Gemeinwohl, sondern zunächst den Interessen der Herrschenden verpflichtet. Er führt damit jedoch zugleich die Entscheidung über die Verteilung der knappen Güter und – nicht zuletzt – der Arbeit herbei und erfüllt damit eine objektive Aufgabe, deren Bewältigung in aller Interesse ist. Unter den Bedingungen eines realisierten Rechtsstaates in sozialistischer Vollendung müßte diese Entscheidung im Konsens erfolgen. Dies ist aber, Gumpłowicz zufolge, grundsätzlich nicht vorstellbar, da der Bedarf stets die zur Verfügung stehenden Mittel der Bedürfnisbefriedigung übersteigt und das Bemühen, der zumeist unangenehmen Arbeit auszuweichen, nicht aus der Welt zu schaffen ist. Nicht die Gesellschaft organisiert von sich aus auf der Grundlage dezentraler Wirtschaftspläne die Arbeitsteilung, sondern der Staat ist deren Demiurg.

Der Sozialismus ist als Gruppenzweck eine soziale Tatsache, daher aber auch, so falsch er, als Theorie verstanden, sein mag, wissenschaftlich nicht zu „widerlegen“. Die „soziologische Staatsauffassung“ vermag dies zu erkennen, letztlich aber nicht zu beeinflussen, da die Geschichte per se nicht durch Ideen bewegt wird. Dennoch verknüpft Gumpłowicz mit ihr eine Hoffnung: Die Kritik des „falschen Bewußtseins“ vermag die in der Geschichte angelegte Tendenz zu entschiedenerer Wirkung zu bringen, indem unnötige Umwege und aus ihnen resultierende Erfahrungen antizipiert werden. Gumpłowicz und Marx kommen hier, in der Frage nach der Funktion von Wissenschaft in einer sich unabhängig von ihrer Erkenntnis vollziehenden Geschichtsentwicklung zu einer vergleichbaren Antwort.

Gumpłowicz ist bereits zu Lebzeiten überwiegend als ein Außenseiter wahrgenommen worden. Dies liegt in der Konsequenz seiner Methode, seines Stils der Auseinandersetzung und nicht zuletzt der von ihm vertretenen Auffassungen. Jene soziologische Gründergeneration, die ab den 1890er Jahren *peu à peu* die Institutionalisierung und Etablierung der neuen Disziplin vollbrachte, war in der Regel mindestens zwei Jahrzehnte jünger als er und verortete die Soziologie nicht mehr unter den Natur-, sondern – im Banne von Historismus, Hermeneutik oder Neukantianismus stehend – den Geisteswissenschaften. Die Übersetzung einzelner Werke ins Polnische, Französische, Spanische, Russische, Englische, Italienische und selbst Japanische dokumentiert, daß Gumpłowicz zeitgenössisch international rezipiert worden ist. Eine besondere Intensität hatte das Echo in den USA, hier ist ihm bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein großes Gewicht beigemessen worden. Eine Schule hat Gumpłowicz nicht begründet.



Rassenkrieg – Plakat der Black Panther Party aus den frühen siebziger Jahren

Peter Boßdorf: *Ludwig Gumpłowicz als materialistischer Staatssoziologe*, Diss. rer. pol., als Manuskript gedruckt, Bonn 2003.

Bibliographie:

Ludwig Gumpłowicz: *Race und Staat*, Wien 1875.

Ludwig Gumpłowicz: *Der Rassenkampf*, Innsbruck 1883.

Ludwig Gumpłowicz: *Philosophisches Staatsrecht*, Wien 1877 (ab der 2. Auflage 1897 unter dem Titel: *Allgemeines Staatsrecht*).

Ludwig Gumpłowicz: *Rechtsstaat und Sozialismus*, Innsbruck 1881.

Ludwig Gumpłowicz: *Grundriß der Soziologie*, Wien 1885.

Biblische Lektionen

von Karlheinz Weißmann

Deuteronomium 26 enthält eines der ältesten Bekenntnisse Israels. Das ist umso bemerkenswerter, als für seinen Sitz im Leben auf die Darbringung der Erstlingsfrüchte verwiesen wird, das heißt es geht um einen Bezug zur Situation sesshafter Bauern, die Gott das Dankopfer darboten. Die Existenzbedingungen der nomadischen Vorfahren werden nur noch reflektiert, sind aber nicht mehr gegenwärtig: „Mein Vater war ein umherirrender Aramäer, dem Umkommen nahe, und zog hinab nach Ägypten und war dort ein Fremdling mit wenig Leuten“; das sind Worte, die sich auf Abraham und überhaupt die Erzväter beziehen, die nach dem Zeugnis der Bibel mehr als einmal in das fruchtbare Nilland wanderten, wenn Wasser und Nahrung knapp wurden. Das Wort Hebräer ist zuerst in Gestalt des akkadischen *chabiru* und Äquivalenten in anderen Sprachen verbürgt, das eben Allochthone und Nomaden – nicht eigentlich ein Volk – bezeichnet, die zwischen der Wüste und den abgeernteten Feldern der Gartenlandschaften wechselten, von den Grenzposten argwöhnisch beobachtet, wenngleich geduldet, um ihre Angriffslust nicht zu reizen.

Ein „Fremdling“ zu sein unter den Völkern, ein Entwurzelter unter den Verwurzelten, ist zu einem der wichtigsten Topoi in der Deutung wie der Selbstdeutung des Judentums geworden. Ob man die Israeliten deshalb zu den „Bewegungsvölkern“ (Egon von Eickstedt) rechnen darf, bleibt aber fraglich. Denn unverkennbar ist doch, daß die Sehnsucht Israels eine andere war als die Ahasver-Existenz. In dem erwähnten Abschnitt Deuteronomium 26 geht es vor allem um den Kontrast zwischen der bedrohten, ja elenden Existenz der Umherziehenden und der Möglichkeit, sich fest anzusiedeln. Die wird zuerst in Ägypten geboten. Folgt man der alttestamentlichen Überlieferung, dann ließ Josef, Urenkel Abrahams und Wesir des Pharaos, seinen Clan aus den von Hungersnöten geplagten Gebieten Kanaans nach Ägypten kommen. Erst diese Ansiedlung hat ermöglicht, was der zitierte Text knapp zum Ausdruck bringt mit dem: „und wurde dort ein großes, starkes und zahlreiches Volk“.

Läßt man für den Moment die Zweifel beiseite, die die historische Forschung gegen die Ethnogenese Israels in Ägypten vorbringt, dann liegt hier modellhaft vor, was Wilhelm Mühlmann als Volkwerdung im Asyl oder unter dem Schutz eines asylbietenden Patrons bezeichnet hat. Den Hebräern bot das Leben an den „Fleischtöpfen“ Ägyptens nicht nur eine Möglichkeit physisch zu überleben, sie bildeten unter diesen Bedingungen auch erst die Vorstellung aus, ein größeres soziales Ganzes zu sein. Es bedarf dazu oft nur einer kleinen Gruppe, die in der Lage ist, das Volksbewußtsein zu verbreiten. Solche „Traditionskompanien“ (Erich Bräunlich) sammeln die entscheidenden Identitätselemente und schaffen ein stabiles Elitegefühl, das vor allem dazu hilft, sich gegenüber der größeren asylgewährenden Einheit zu behaupten und nachhaltig abzugrenzen. Wie das im Fall Israels vor sich gegangen sein soll, läßt die Bibel im Dunkel. Es gehört zu den selten gestellten Fragen, was in den ägyptischen Jahrhunderten das Zusammengehörigkeitsgefühl verbürgte, denn wenn es der Glaube an Jahwe war – was wahrscheinlich ist –, dann bleibt die Frage, wieso der sich Mose erst so nachdrücklich als Gott seiner Väter vorstellen mußte, um Gehör zu finden. Umgekehrt erscheint rätselhaft, warum ein assimilierter Hebräer, der auch noch einen ägyptischen Namen trug und qua Adoption zur Adelschicht zählte, ein Bewußtsein davon haben konnte, daß er eigentlich zu den unterdrückten Fremden gehörte. Alle Antworten, die man hier findet, sind letztlich spekulativ, eine handfeste Angelegenheit ist dagegen die nüchterne Feststellung am Beginn des Buches Exodus: „Als nun Josef gestorben war und alle seine Brüder und alle, die zu der Zeit gelebt hatten, wuchsen die Nachkommen Israels und zeugten Kinder und mehrten sich und wurden überaus stark, so daß von ihnen das Land voll ward. Da kam ein neuer König auf in Ägypten, der wußte nichts von Josef und sprach zu seinem Volk: Siehe, das Volk ist mehr und stärker als wir. Wohlan, wir wollen sie mit List niederhalten, daß sie nicht noch mehr werden. Denn wenn ein Krieg ausbräche, könnten sie sich auch zu unsern Feinden schlagen und gegen uns kämpfen und aus dem Lande ausziehen.“

Was hier zusammenkommt, ist gleich in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich: 1. Aus irgendeinem Grund blieben die Israeliten trotz des langen Aufenthalts unter den Ägyptern integrationsunwillig; 2. die Ägypter ihrerseits vergaßen die Fremdheit der Fremden nicht; 3. die erschien in dem Maß gefährlicher, in dem die Geburtenrate der Zuwanderer die der Einheimischen überstieg und wurde 4. noch potenziert durch die Sorge vor der Bildung ethnischer Brückenköpfe, die im Ernstfall mit einem äußeren Feind paktieren konnten. Wie auch immer es mit der Historizität dieser Überlieferung aussehen mag, sie hat eine gewisse Logik für sich. Schon früh wurde die Ansicht vorgetragen, daß man es mit einem Reflex auf die Hyksos-Katastrophe Ägyptens zu tun haben könnte.

Das ägyptische *heqa chasut* bedeutet soviel wie „Herrscher fremder Länder“. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich bei den Hyksos um ein semitisches Volk, das während der Zweiten Zwischenzeit (um 1648 vor Christus) Ägypten eroberte. Die Hyksos verfügten schon über Pferd, Streitwagen und Bogen als neue Kriegswaffen. Ihre Herkunft ist umstritten, als wahrscheinlich erscheint aber, daß sie aus Kanaan und den syrischen Küstengebieten gekommen waren. Sie besaßen wohl jene politische Überlegenheit der Wandernden, von der die ältere Völkerkunde ausging: bedingt durch rabiante Siebung in Folge der harten Lebensbedingungen, die straffe Zusammenfassung der nomadischen Sippen und die Einübung des Beherrschens größerer Menschenverbände an den Herden. Vergleichbare Phänomene lassen sich an den siegreichen Zügen von Indogermanen oder Arabern ablesen.

Um 1540 vor Christus wurden die Hyksos nach mehr als einem Jahrhundert der Fremdherrschaft durch Pharao Ahmose vertrieben. Was wir über sie wissen, geht in erster Linie auf den jüdischen Historiker Flavius Josephus zurück, der in seiner Schrift *Gegen Apion* behauptete, den Bericht des ägyptischen Geschichtsschreibers Manetho aus dem 3. Jahrhundert vor Christus wiederzugeben. Schon Manethos Bericht brachte die Hyksos mit den Stämmen Israels in Verbindung. Manetho soll auch überliefert haben, daß die Hyksos anfangs friedlich in Ägypten einsickerten und sich erst dann als Feinde entpuppten. Schließlich habe eine ägyptische Armee die Hyksos bei ihrer Hauptstadt Avaris besiegt. Merkwürdigerwei-

se sei den Hyksos nach der Niederlage gestattet worden, Ägypten samt ihrer Habe zu verlassen. Daraufhin seien sie nach Judäa gezogen und hätten Jerusalem erbaut.

Die teilweise Analogie zu dem, was die Bibel über das Schicksal der Israeliten berichtet, ist offensichtlich. Die Furcht des Pharao vor einem möglichen Bündnis zwischen den Israeliten und einem feindlichen Volk aus dem angrenzenden asiatischen Raum erhält so eine gewisse Plausibilität. Jedenfalls müssen die brutalen und letztlich auf „ethnische Säuberung“ zielenden Maßnahmen der Ägypter gegen die Hebräer durch eine Sorge motiviert gewesen sein, die über das hinausging, was schon die Assimilationsverweigerung an Affekten heraufbeschwor. Zwangsarbeit und dann die Tötung der israelitischen Knaben hätten jedenfalls in letzter Konsequenz dazu geführt, den gerade entstandenen *ethnos* der Hebräer vollständig auszulöschen.

Daß die Vernichtungsabsichten der Ägypter scheiterten, mußte jedenfalls das Selbst- und Sendungsbewußtsein Israels außerordentlich stärken. In dem genannten Bekenntnis Deuteronomium 26 heißt es ausdrücklich: „Aber die Ägypter behandelten uns schlecht und bedrückten uns und legten uns einen harten Dienst auf. Da schrieten wir zu dem Herrn, dem Gott unser Väter. Und der Herr erhörte unser Schreien und sah unser Elend, unsere Angst und Not und führte uns aus Ägypten mit mächtiger Hand und ausgerecktem Arm und mit großem Schrecken, durch Zeichen und Wunder.“ Dieser Befreiungsakt steht hier so im Vordergrund, daß vom Bundesschluß am Sinai gar nicht gesprochen wird, obwohl die biblische Tradition sonst in diesem Akt die eigentliche Geburtsstunde Israels sieht. Wenn die Erwähnung fehlt, dann sehen einige Wissenschaftler darin auch einen Hinweis auf die insgesamt sagenhafte Struktur der Geschichtsüberlieferung des Alten Testaments. Seit dem 19. Jahrhundert ist der Verdacht geäußert worden, daß der Auszug bestenfalls von einer Teilgruppe der späteren Stämme vollzogen wurde und den Erzvätererzählungen nur der Wirklichkeitsgehalt von Ilias und Odyssee zukomme. Interessanter als die Frage nach der Faktenbasis ist aber die, warum eine derartige Vorstellung solchen Rang gewinnen konnte. Erich Voegelin äußerte die Annahme, daß in den bedrohten Anfängen politischer Gemeinschaftsbildung eine „Panik der Verlassenheit“ ins Spiel komme, bedingt von „Erlebnissen der Vereinzelung, der Verlorenheit, der Verödung“, er sprach sogar von einer „Herabminderung des kosmisch-vitalen Zusammenhangs“, die zu einer heftigen Beschwörung der Einheit führe, in der sich der einzelne geschützt und aufgehoben fühle.

Dieses Bedürfnis nach Stabilisierung und Stabilität hat auch das Bild von der Wüste und der nomadischen Existenz gefärbt. Gerade in der späteren Phase, als die Jahwe-allein-Bewegung der Propheten an Einfluß gewann, verknüpfte sich mit der Wanderung und der Unwirtlichkeit die Idee einer Ursprungssituation, als Gott mit seinem Volk in Harmonie lebte und noch nicht die Vegetation, der Wechsel der Jahreszeiten und vor allem die Versuchungen der bauerlichen „Protobourgeoisie“ (Ernest Gellner) die Reinheit des Anfangs verdorben hatten. Daß die neue Sesshaftigkeit so problematisch erscheinen konnte, hing auch damit zusammen, daß Israel in Kanaan keineswegs allein war und die Landnahme in einer Mischung aus Infiltration und Invasion vonstatten ging. Auch die Schilderung einer ausgesprochen brutalen Eroberung, Unterwerfung und Ausmerzung der Einwohner wird heute bezweifelt; ein eher friedlicher Prozeß spräche immerhin für die Unwiderstehlichkeit von Einwanderungen, wenn die „Zuflußintensität“ (Alexander und Eugen Kulischer) ein gewisses Maß überschreitet.

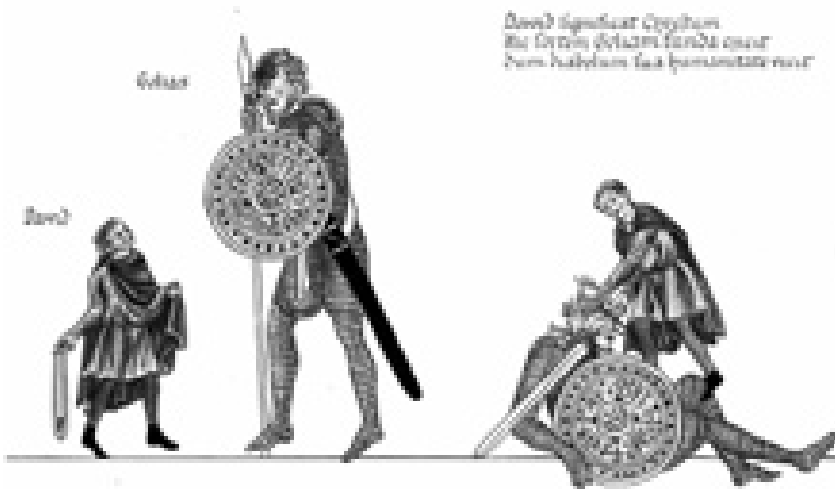
Unbezweifelt ist jedenfalls, daß die Israeliten schon vor der politischen Zusammenfassung eine deutlicher abgetrennte Einheit bildeten, die sich nicht zuletzt über rituelle Tabus – entscheidend war offenbar das Verbot, Schweinefleisch zu verzehren – definierte.

Als Hauptgegner traten in der Übergangszeit, dem 11. vorchristlichen Jahrhundert, die Philister auf. Wahrscheinlich gehörten sie ursprünglich zur Seevölkerkoalition und siedelten sich nach deren Niederlage vor dem Nildelta an der Küste Kanaans an. Ihre Lebensweise unterschied sich von der der Israeliten deutlich. Sie bildeten wahrscheinlich nur eine sehr dünne Oberschicht, die sich gewaltsam in den Besitz kanaanäischer Stadtstaaten gebracht hatte. An der Spitze dieser *poleis* standen Könige, die von

Israel Finkelstein und
Neil A. Silberman: *Keine
Posaunen vor Jericho. Die
archäologische Wahrheit
über die Bibel*,
München 2003.

Erich Voegelin: *Rasse und
Staat*, Tübingen 1933.

Alexander und Eugen
Kulischer: *Kriegs- und
Wanderzüge. Weltgeschich-
te als Völkerbewegung*,
Berlin und Leipzig 1932.



*Kampf der Kulturen;
David besiegt Goliath,
Illustration einer mittelalterlichen Handschrift*

einer Adelsversammlung beraten wurden. Ihre Technologie war der der Israeliten deutlich überlegen. Das betraf neben Architektur und Schiffsbau vor allem die Bewaffnung: „Dies sind die Völker, die der Herr übrigließ – damit er durch sie Israel prüfte ... und die Geschlechter Israels Krieg führen lehrte, die früher nichts davon wußten ...“ (Richter 3.1). Bezeichnenderweise zwangen die Philister die Israeliten, nachdem sie deren ersten König Saul vernichtend geschlagen hatten, alle Schmieden zu zerstören und eiserne Gegenstände nur bei ihnen zu kaufen. Nach einem der anfangs seltenen Siege über die Philister, „lähmten“ (Josua 11.9) die Israeliten deren erbeutete Pferde, indem sie ihnen die Sehnen durchschnitten, und verbrannten deren Streitwagen, da sie nichts mit ihnen anfangen konnten.

In praktisch jeder Hinsicht standen sich Israeliten und Philister wie Entwicklungsvolk und Entwicklungshelfer gegenüber, das aber in einem eng umgrenzten Raum, der kaum die Größe Hessens erreichte. Im allgemeinen integriert und beherrscht in solcher Situation der kulturell Fortgeschrittene den kulturell Rückständigen. Das ist jedoch kein zwangsläufiger Prozeß, weil die „Wanderwucht“ (Ilse Schwidetzky) in dem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielt: Wie massiv ist der Zustrom der Neuankömmlinge, wie groß ihr Durchsetzungswille? Das kann durchaus dazu führen, daß Herrschaft und Unterwerfung zwischen Zivilisierten und Barbaren wechselt, erstere den letzteren unfreiwillig als Lehrmeister dienen und jeder Sieg mit Verlusten bezahlt wird, die schließlich nur noch durch Rückgriff auf das Potential des Feindes ausgeglichen werden können. Ganz entsprechend haben anfangs Römer über Germanen gestanden, dann aber Germanen über Römern, Araber unterwarfen Spanier, dann Spanier Araber, Mongolen herrschten über Slawen, später Slawen über Mongolen.

Ilse Schwidetzky: Grundzüge der Völkerbiologie, Stuttgart 1950.

An Assimilation war von seiten der Hebräer jedenfalls nicht zu denken. Die „Unbeschnittenen“ erschienen ihnen noch verhaßter als die anderen semitischen Völker in Kanaan. Es wirft insofern ein bezeichnendes Licht auf die Person Davids, der leuchtenden Gestalt aus Israels Frühe, daß er diese kulturelle und Volksgrenze aus taktischen Erwägungen übertrat, indem er sich als Vasall dem Philisterfürsten Achis von Gad zur Verfügung stellte, von den Feinden seines Volkes das überlegene *Know how* kopierte, um es in günstiger Lage zur Machtübernahme in Israel zu nutzen, dann die alten Verpflichtungen an seinen Lehnsherrn abstreifte und den Erbfeind angriff und besiegte. Das von David als König regierte Reich entsprach in vieler Hinsicht dem orientalischen Normalfall politischer Ordnung. Jedenfalls handelte es sich auch hier um einen Vielvölkerstaat, in dem die Israeliten lediglich das Reichsvolk bildeten, dessen Bevorzugung nicht oder nicht immer unumstritten war. Aus der Geschichte von Davids Ehebruch mit Bathseba ist schon die Gestalt von deren Ehemann, dem Hethiter Uria, geläufig, der als „Feldhauptmann“ diente. Weniger bekannt ist die Bedeutung der Garde Davids, die er aus „Kreti und Plethi“, das heißt kretischen und philistäischen Söldnern, rekrutierte. Mit diesen „Männern Davids“ hatte er Jerusalem erobert und zu seinem persönli-

chen Besitz gemacht. Sie mußten ihm gegenüber unbedingt loyal sein, weil sie in keinem Fall auf Rückhalt in der israelitischen Bevölkerung rechnen konnten. David nutzte insofern die ethnische Heterogenität seiner Untertanen auch zum Zweck der Herrschaftssicherung. Ein probates Mittel aller Despoten, die mit diesem Vorgehen ein höheres Maß an Distanz, auch und gerade zu ihrem Herkunftsvolk sichern. Vergleichbares kennt man im Hinblick auf die staufische Herrschaft in Sizilien, die sich der Sarazenen, und der osmanischen Herrschaft in Kleinasien, die sich der christlichen Armenier bediente.

Allerdings entspricht das so gezeichnete Bild kaum dem, das die Bibel in späterer Zeit von David als dem Idealkönig entwarf. Seine Herrschaft erscheint als Zeit der Blüte und sogar der vorbildlichen Frömmigkeit. Dagegen verfällt nach alttestamentlicher Auffassung schon unter seinem Sohn Salomo die Größe des Reiches ebenso wie dessen innere Einheit. Salomo schloß diplomatische Ehen und tolerierte im Hofstaat seiner Frauen auch die Ausübung fremder Kulte. Diese Duldungsbereitschaft erscheint in der Sicht der alttestamentlichen Geschichtsschreibung vor allem deshalb problematisch, weil hier ein Muster vorgegeben wurde, das die Nachfolger Salomos kopierten. Nach dem Zerbrechen Israels in das Nordreich Israel und das Südreich Juda gehörte es jedenfalls zu den Standardvorwürfen, daß ein König wegen seiner fremden Gattinnen vom Glauben an Jahwe abfiel. Auch derartige Prozesse sind typisch im Zusammenleben verschiedener Ethnien. Selbst bei strengen Heiratsverboten, wie es sie nach Eroberungen bei siegreichen Völkern gab, hat das männliche Sexualverhalten regelmäßig zu deren allmählicher Aushöhlung oder Unterwanderung geführt.

Wenn man die von der Bibel angebotene, rigide Deutung des Geschehens zurückstellt, ergibt sich allerdings der Eindruck, daß mit der wachsenden „Zivilisierung“ Israels eine religiöse Anlehnung an Modelle einherging, die das kulturell erfolgreiche – heidnische – Ausland vertrat. Einen durchschlagenden Erfolg konnte die auf strikten Monotheismus gerichtete religiöse Bewegung der Propheten im 8. und 7. Jahrhundert vor Christus jedenfalls nicht erreichen. Dabei spielte eine Rolle, daß die Reste der anderen Bevölkerungen in Israel niemals ganz eingeschmolzen werden konnten, wichtiger war aber die Faszination des Exotischen, das angesichts seines Verbreitungsgrades auch als das Normale und insofern Normative wahrgenommen werden konnte. Daß der Polytheismus trotzdem keine Möglichkeit zur Durchsetzung erhielt, hing ausgerechnet mit der politischen Katastrophe Israels zusammen.

Sein Gebiet befand sich geopolitisch in einer Zangenlage, zwischen dem mesopotamischen auf der einen und dem ägyptischen Großraum auf der anderen Seite. Rein innerweltlich betrachtet, konnte der Aufstieg des Davidreiches nur in einer Ausnahmesituation glücken, in der der Druck der Backen dieser Zange nachgelassen hatte. Sobald dieser wieder zunahm, wurde zuerst jede Expansion unmöglich und schließlich der Rest an Souveränität vernichtet. 722 vor Christus fiel der Nordstaat, 586 vor Christus der Südstaat einer Invasion zum Opfer. Das Schicksal der Israeliten entsprach dem, was in der Antike zu erwarten war: Tötung der Anführer, Dezimierung und Versklavung der Masse. Allerdings besaßen die in Frage stehenden Imperien, das assyrische und das neubabylonische, schon erhebliche Erfahrung in der Niederhaltung und Organisation sehr großer Vielvölkerreiche. Zu den bevorzugten Mitteln ihrer Herrschaftssicherung gehörte die Deportation von Oberschichten, die man in möglichst weit entfernten Regionen des Imperiums ansiedelte. Die Kalkulation dabei war, daß die sozial enthauptete Restbevölkerung kaum zur Rebellion in der Lage sein würde und daß sich die Verschleppten über kurz oder lang mit den Autochthonen ihrer neuen Heimat vermischen würden. Diese Methode wurde in Großreichen regelmäßig angewendet, von dem chinesischen Kaiser Schuang-Hsi, der ganze Städte und Provinzen zwangsweise in neuerobernte Territorien umsiedelte, bis zum Befehl Karls des Großen, renitente Sachsen nach Franken zu deportieren.

Für gewöhnlich dürfte die dahinterstehende Kalkulation aufgegangen sein. Nicht so im Fall der Israeliten. Berühmt ist der Brief des Propheten Jeremia an die „Weggeführten“, in dem er ihnen mit knappen Worten erklärt, was einzig das Überleben eines Volkes in so gefährdeter Lage sichern kann: „Baut Häuser und wohnt darin; pflanzt Gärten und eßt

Zvi Yavetz: *Judenfeindschaft in der Antike*, München 1997.

ihre Früchte; nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, nehmt für eure Söhne Frauen, und gebt eure Töchter Männern, daß sie Söhne und Töchter gebären; mehret euch dort, daß ihr nicht weniger werdet.“ (Jeremia 29.5–6)

Ausgerechnet die „Babylonische Gefangenschaft“ führte zu einem bemerkenswerten theologischen Klärungsprozeß, an dessen Ende auch eine Neufassung des politischen Selbstverständnisses stand. War die Identität bis dahin wesentlich an das Vorhandensein eines Staates im „gelobten Land“ gebunden, so entwickelte sich jetzt die Idee einer über Abkunft und religiöse Tradition bestimmten Zugehörigkeit. Beim Eintreffen der Exilierten unter Führung von Esra und Nehemia ging man sofort daran, den zerstörten Tempel wieder aufzubauen, um die Opfer vorschriftsmäßig vollziehen zu können. Diese Möglichkeit eines Neuanfangs war nur wegen der zwischenzeitlich veränderten weltpolitischen Lage denkbar geworden. Die Perser, die Gott nach biblischer Auffassung von den Enden der Erde „herbeigepfiffen“ (Jesaja 7.18) hatte, zerstörten das neubabylonische Reich und übernahmen dessen Bestand. Sie sicherten sich die Loyalität der Vertriebenen, indem sie deren Rückkehr erlaubten, die Anführer zu persischen Beamten ernannten und auf diese Weise für eine stabile Ordnung im gefährdeten Durchgangsgebiet nach Ägypten sorgten.



Ortlosigkeit; Tempelruinen auf dem Zion, 4. Jahrhundert vor Christus

Interessanterweise duldeten die Perser hier wie auch in anderen Teilen ihres Imperiums eine weitgehende Selbstverwaltung der Unterworfenen, die sie vor allem durch die kollaborierenden einheimischen Eliten zu beherrschen suchten. Wahrscheinlich ist ein derartiges Konzept von *indirect rule* das erfolgsversprechendste in multikulturellen Systemen. Es kann allerdings gerade nicht verhindern, daß die kleineren Einheiten eine besonders scharf abgegrenzte Identität ausbilden, die dann wieder sprengehend auf das größere Ganze wirkt. Im Fall der Israeliten war jedenfalls zu beobachten, daß die Rückkehrer in der Heimat ein Maß an Homogenität durchzusetzen suchten, für das sie sich zwar auf die Vergangenheit beriefen, für das es aber in dieser Vergangenheit gar kein Beispiel gegeben hatte. Bekannt sind die Zwangsscheidungen von heidnischen Ehegatten, die Esra und Nehemia durchführten, sowie die Ausstoßung der im Norden ansässigen Bevölkerung, der später so genannten Samariter, die zwar am traditionellen Kult festgehalten hatten, sich aber so stark mit fremden Zuwanderern vermischt, daß sie als nichtzugehörig betrachtet wurden.

Erst in dieser Phase der Entwicklung, im 5. Jahrhundert vor Christus, erreichte Israel oder wie man jetzt sagen sollte: das Judentum, jenen Grad an politisch-religiöser Vereinheitlichung, der Hans Kohn dazu veranlaßt hat, von den Juden als der ersten „Nation“ im genauen Sinn des Wortes zu sprechen. Die strikte Abschließung nach außen gehörte gerade wegen des Fehlens staatlicher Unabhängigkeit zu den wesentlichen Bedingungen für deren Dauer. Jede Bereitschaft zur Öffnung – wie sie gerade in der Oberschicht regelmäßig vorkam – wurde als Bedrohung der kollektiven Existenz betrachtet.

Die Achtung dieses Lebensgesetzes hat zur Dauer des Judentums ungleich stärker beigetragen als die kurzen Phasen der Geschichte, in denen es ein gewisses Maß an politischer Selbständigkeit zurückgewinnen konnte. Allerdings war der jüdische ein Sonderweg. Andere Völker konnten und wollten ihn nicht gehen. Das hat in der Antike auch dazu geführt, daß sich eine spezifische Judenfeindlichkeit ausbildete, die gerade an der Exklusivität des „auserwählten Volkes“ Anstoß nahm und eine Multikulturalität als Normalfall postulierte, die im Hellenismus wie im römischen Reich als weithin gültiges Modell betrachtet werden konnte.

Aber diese Entwicklung bezieht sich schon auf die nachbiblische Zeit, die nicht mehr Gegenstand dieser Betrachtung sein soll. Die hatte vielmehr zu fragen, welche Lehren die alttestamentliche Überlieferung im Hinblick auf die Entstehung von multikulturellen Systemen, ihre Lebensgesetze und denkbare Alternativen bereithält:

1. Die Hauptursache für die Entstehung multikultureller Systeme sind Wanderungen. Diese folgen nicht bestimmten Himmelsrichtungen, sondern können in „saugende“ und „stoßende“ (Alexander und Eugen Kulischer) unterschieden werden; das heißt, entweder dringen Fremde in ein bestimmtes Gebiet ein, weil dieses ein Vakuum aufweist, das gefüllt werden kann wie im Fall Ägyptens bei Einwanderung der frühen Hebräer, oder sie kommen zustande, weil bestimmte Ethnien aktiv verdrängt werden wie im Fall des Exodus und der Invasion in Kanaan.
2. Für multikulturelle Systeme ist ein zivilisatorisches Gefälle typisch; die Autochthonen müssen nicht überlegen sein, auch wenn das die Regel ist. Eine langfristige Prognose erlaubt ein solches Gefälle selten; in vielen Fällen lernen die Barbaren aus ihren Niederlagen mehr als die Zivilisierten aus ihren Siegen. So auch die Israeliten, die die Philister in vielem technisch kopierten und so die Voraussetzungen für ihre zukünftige Herrschaft und das Verschwinden ihres Erbfeinds schufen, der ethnisch absorbiert wurde.
3. Multikulturelle Systeme bieten eine spezifische Möglichkeit für Herrschaftsausübung dadurch, daß die Mächtigen verschiedene ethnische oder religiöse Gruppen gegeneinander ausspielen können. So verfuhr David im Hinblick auf Kreti und Plethi, so verfuhr aber auch die Perser im Hinblick auf die rückkehrwilligen Juden unter Esra und Nehemia.
4. Das bedeutet weiter, daß multikulturelle Systeme am besten despotisch zu beherrschen sind. Selbst wenn relativ kompakte Reichsvölker zur Verfügung stehen, ist nicht zu verhindern, daß die Pluralisierung zunimmt und die zentrifugalen Tendenzen verstärkt. Das hat nicht unwesentlich zum Kollaps der antiken Imperien beigetragen.
5. Das Gegenmodell zu multikulturellen Systemen sind „Nationen“, das heißt solche Einheiten, die durch eine bestimmte Identitätsauffassung auf Separation und starken inneren Zusammenhalt setzen. Sie müssen, wenn sie ihre Existenzbedingungen nicht selbst unterlaufen wollen, am Prinzip der Verdichtung festhalten und Expansion vermeiden, was allerdings ihre Chance auf Behauptung gegenüber imperialen Gebilden schwächen kann.
6. Das bedeutet schließlich auch, daß die Existenz von Nationen ein Ausnahmefall in der Geschichte ist; multikulturelle Systeme sind die Regel.

Demographie des Verschwindens

Ein Interview mit dem Bevölkerungswissenschaftler
Prof. Dr. Josef Schmid, Bamberg

Sezession: Die Demographie prognostiziert, daß Deutschland sich entvölkere. Seit wann weiß Ihre Wissenschaft um diese Zukunft?

Schmid: Eine direkte Bevölkerungsabnahme errechnete man für die, wohlgemerkt, deutsche Bevölkerung in der alten Bundesrepublik schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Diese „Projektion“ – wie wir lieber sagen – hatte durchaus Aufsehen erregt und war sogar Gegenstand einer Anhörung im damaligen Bundesinnenministerium unter Gerhart Baum. Die Quintessenz war folgende: Wenn die niedrige Geburtenzahl, die seit 1973 deutlich unter der Zahl der Sterbefälle lag, sich verfestigen sollte, dann müßten aufgrund der eintretenden Alterung bis 2030 die Renten entweder um die Hälfte gekürzt oder die Beitragszahlungen verdoppelt werden. Eigentlich könnte Deutschland sich nur noch mit einem „Mix“ aus beidem behelfen.

Seither sind wir Zeugen eines gigantischen Verdrängungstheaters. Wir beobachten, wie alle Register an Seelenmassage und Massenpsychologie gezogen werden, um diese damals schon recht harten Fakten wieder vom Tisch zu kriegen. Ein Parteienstaat, der sich beinahe ständig in irgendeinem Wahlkampf befindet, tut sich unendlich schwer mit unangenehmen Wahrheiten. Das Ergebnis der Verdrängung ist verheerend: Bis heute weiß ja keiner so recht, wie man aus der Tatsache, daß die Deutschen zuwenig Nachwuchs bekommen, eine politische Frage zimmern soll. Die Selbstblockade der Politik ließ es lieber bis zum Äußersten kommen und an diesem „Äußersten“ spazieren wir seit Jahren entlang.

Sezession: Wie muß man sich diesen Vorgang vorstellen?

Schmid: Die Entvölkerungstendenz zeigt sich zuerst in den strukturschwachen Gebieten, aus denen die dort noch geborenen jungen Menschen abwandern. Vor allem die Neuen Länder sind davon betroffen. Geburtenrückgang bedeutet Rückgang von Mädchengeburten, und das wiederum

bedeutet weniger potentielle Mütter in der nächsten Generation, also 25 Jahre später. Nach Ablauf einer Generation haben wir also nicht nur an sich weniger Geborene zu registrieren, sondern bereits die Nichtgeborenen der fehlenden Mütter. Wenn sich dieser Vorgang nun wiederholt, dann gerät eine Bevölkerung in eine Abwärtsspirale, treibt sie ein Jugendmangel im Generationentakt treppab. Ich sprach seit den 1980er Jahren als erster von einer programmierten „demographischen Implosion“ – für den Fall, daß sich nichts ändern würde.

Um eine Bevölkerung stabil zu halten, bräuchte es etwas mehr als 2 Geburten pro Frau durchschnittlich. 1973 sank diese Zahl auf 1,35 ab und blieb bis heute auf diesem niedrigen Niveau. Die Generation der Deutschen ersetzt sich in der jeweils folgenden nur zu zwei Dritteln – ein Vorgang, der sich über sechs Generationen hinaus kaum verlängern läßt. Das sogenannte „Aussterben der Deutschen“ ist also keine Fiktion, kein Schreckensbild, keine Wahnvorstellung, die man beliebig belächeln und bekichern kann. Es ist das Menetekel an der Wand einer Gesellschaft oder gar eines Kontinents, der auf dem Wege ist, Aufklärung mit Nihilismus zu verwechseln.

Sezession: Wer rückt nach in solch ein leeres Land? Oder wird der Schwund nur in den Städten ersetzt?

Schmid: Die besagte demographische Implosion, der sich verstärkende Bevölkerungsschwund, beginnt – nach unveränderter Lage der Dinge – zwischen 2005 und 2010. Deutschland wird es nicht mehr gelingen, die sich weitende Geburtenlücke mit Zuwanderung zu füllen. Bereits in den letzten beiden Jahren ist die Bevölkerung in Deutschland trotz Zuwanderung geschrumpft. Zusätzlich wirkt das, was wir postindustrielle Gesellschaft nennen: Manufaktur, die klassische Gastarbeiterbeschäftigung, geht zurück und Hochtechnologie und qualifizierte Dienstleistungen nehmen rasch zu. Dafür stehen aber nicht beliebig hohe Einwanderermengen zur Verfügung, von denen man einmal träumte.

Mit der Höherqualifizierung aller Arbeitsanforderungen und Arbeitsmärkte ist auch ein Konzentrationsvorgang um Oberzentren und Städte verbunden, die schönsten Landregionen werden zusätzlich entvölkert. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen von Land und Stadt war ein hohes regionalpolitisches Ziel in Deutschland und soll in angepaßter Form weiter gelten. Es geht nicht an, daß es in ländlichen Regionen unattraktiv wird, Kinder großzuziehen.

Sezession: Mit welcher demographischen Dynamik der Einwanderergruppen haben wir zu rechnen?

Schmid: Gesellschaft und Politik schwant etwas davon, daß die Einwanderer, die wir bräuchten, nicht zu bekommen sind: junge Paare, gut ausgebildet, Deutsch und Englisch fließend, mehr als zwei Kinder, mit einem Wort, solche Einwanderer, die sich die USA, Kanada und Australien anschließlichen und regelmäßig einholen. Die Nachbarstaaten der EU werden nur Arbeitnehmer und Lückenfüller am Arbeitsmarkt schicken, die aber zum Wochenende wieder nach Hause fahren. Sie befinden sich nämlich in der gleichen demographischen Lage und werden sich nicht in Deutschland ansiedeln. Das gilt für Slowenen und Kroaten in Österreich ebenso wie für Polen und Tschechen in Deutschland.

So bleibt also nur in asiatischen und nordafrikanischen Räumen ein Reservoir an möglichen Einwanderern. Mit denen aber holen wir uns eine negative soziökonomische Kulturdynamik ins Land: Zuwanderung von Männern und Frauen ohne Berufsaussicht im Aufnahmeland; die zweite Generation wächst bereits ohne Ausbildungskonzept auf, weil schon in den Elternhäusern außereuropäischer Zuwanderer so etwas wie Integration nicht gestützt wird oder gar unbekannt ist. Der Ausweg ist Abwanderung in kriminelle Subkulturen oder in religiös-ethnische Ersatzbindungen. Eine Identifizierung mit dem Aufnahmeland Deutschland ist unwahrscheinlich, denn die Bedeutung des Herkunftslandes wächst alleine schon aufgrund der dortigen demographischen Explosion.

Das ist der Zustand, den wir zur Zeit im Lande vorfinden: Die Dynamik liegt stets bei den Gruppen, die über ihre Kinder ein vitales Interesse an der Zukunft haben, niemals jedoch bei einem alternden Volk, ganz egal, wie die Mehrheitsverhältnisse derzeit noch sind.

Sezession: Eine Zukunft wird sich aus alledem ergeben. Zunächst: Was geht verloren?

Schmid: Wir sind in einen Zustand geraten, den man nur noch mit einer gewissen optimistischen Grundstimmung bewältigen können. Von den 7,3 Millionen Ausländern bereiten uns eigentlich nur die 2 Millionen EU-Bürger keine Sorgen. Mit der Identität, dem Zugehörigkeitsgefühl, der religiösen Bindung und den Integrationsbarrieren uns kulturell fernstehender Menschen befassen wir uns erst jetzt, wo ein „Kulturkampf“ nur noch mit Worten, aber nicht mehr in der Realität weggewischt werden kann. Der „interkulturelle Dialog“ bleibt eine akademische Beruhigungsspielle, die meist einem Karriere- und Stellenplan dient. Die Probleme Deutschlands und Europas – aufgehalst aus Weltflucht und Realitätsblindheit – kann ein solcher „Dialog“ nicht beseitigen.

Verloren also geht einiges. Wenn in einer schönen Definition „Heimat“ jenen Ort bezeichnet, an dem man sich nicht erklären muß, dann wird es zukünftig verdammt eng in ihr. Vor sechs Jahren wurde im Staatsangehörigkeitsgesetz das deutsche Abstammungsrecht durch französisches und englisches Bodenrecht – das typisch und brauchbar ist für Kolonialherren - „ergänzt“. Mit diesem Bodenrecht verbindet sich aber eine strenge Nationalerziehung, das heißt der Identitätswandel der Zuwanderer und ihrer Kinder allemal. Wo diese Nationalerziehung vor der Masse kapituliert und der Zusammenhalt verfällt, haben wir bürgerkriegsähnliche Zustände mit „Migrationshintergrund“, wie vor Wochen in Frankreich oder in England schon seit Jahren. Deutschland ist gewarnt, denn seine Jungbürgerkrieger wären nicht bloß Arbeitslose und Sprachgestörte, sondern auch noch Opfer einer Selbstfindungsneurose seit 1945. Aus anti-nationalem Staatsgeist heraus Ausländer national integrieren zu wollen ist wie die Quadratur des Kreises und in dieser Situation und in dieser Welt träumerischer Gedankenluxus.

Sezession: Gewinnen wir auch etwas?

Schmid: Die Frage ist, worin wir den Gewinn sehen und suchen wollen. Wir gewinnen nichts, wenn wir uns an einen Zustand beengender und bedrängender Verhältnisse schlicht gewöhnen. Eine „Demographie des Verschwindens“, wie ich sie genannt habe, läßt keine Ruhe und Gewöhnung zu. Wenn die Deutschen, selbst über ihre Volksvertreter hinweg, aus ihrer Unruhe Kapital schlagen, sich aufrichten und zu einigen positiven Mythen, die ihnen sogar von außen her angetragen werden, Zuflucht nähmen, dann wäre etwas gewonnen. So sind wir Deutschen etwa zum wirtschaftlichen Erfolg verdammt. Ihm zu entsprechen bedeutet zugleich, die Zuwanderer vom Geltungsnutzen, Deutsche zu werden, zu überzeugen.

Sezession: Auf welches Leben haben wir Deutschen uns für das Jahr 2030 einzustellen? Was kennzeichnet ein alterndes Volk?

Schmid: Die Wohnbevölkerung in Deutschland von 82,3 Millionen Menschen altert am raschesten, weil früher Geburtenabfall, der die Altenanteile erhöht, und steigende Lebenserwartung eine Kombination eingehen. Die geburtenstarken Jahrgänge werden sich zur Gänze im Rentenalter befinden und den schwach besetzten Jahrgängen im Erwerbsalter gegenüberstehen. Auf einhundert Erwerbstätige kommen heute vierzig Menschen über sechzig Jahre; bis 2030 wird sich diese Verhältniszahl verdoppeln, denn es wird dann jeder dritte Mensch in Deutschland über sechzig sein. Gewiß steigt mit der Lebenserwartung auch die Gesundheit im Alter, doch die Sorge bleibt das Ausmaß schwindender Jugend. Sie unterliegt einer anderen Bemessung als das Rentenalter. Sie ist Humankapital, muß im Wettbewerb mit viel jüngeren Völkern bestehen. Sie kann das nur, wenn auch die derzeit tragende Generation wieder ein Verantwortungsgefühl für das mobilisiert, was außerhalb ihrer selbst liegt, und in der Zeitenfolge denkt. Wir haben die Nation zu unser aller Existenzgrundlage gemacht und sie ist nur denkbar als Gemeinschaft der Gewesenen, Gegenwärtigen und Künftigen. Daran kann weder eine Moderne, Postmoderne noch Globalisierung etwas ändern.

Bestellen unter:

Fax/Tel: (034632) 9 09 41
www.staatspolitik.de

Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda
06268 Albersroda



Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, daß ihre Schlappe keine war. Wir meinen das nicht!

*Politik ohne Überzeugung –
Merkels Union*
Wissenschaftliche Reihe, Heft 8
40 Seiten, 5 €



Daniel Cohn-Bendit meint, der französische Staat trage die Verantwortung. Wir meinen das nicht!

„Das hier ist Krieg“ – Die Rasenunruhen in Frankreich und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft.
Wissenschaftliche Reihe, Heft 9
40 Seiten, 5 €

Multikulti konsequent: *gated communities*

von Arne M. Schemmerling

In den USA herrscht von jeher und entgegen ihrer Selbstdarstellung als *melting pot* eine ausgeprägte ethnische und soziale Segregation vor. Diese manifestiert sich vor allem in der Bildung von Ghettos (synonym auch Slums, Favelas oder *no go areas*), den heruntergekommenen Vierteln der Schwarzen, Puertoricaner und Latinos. In der Geschichte der amerikanischen Großstädte sind derartige Zustände nichts wirklich Neues. So lebten schon 1895 bis zu 24 Prozent der Einwohner New Yorks in als Slums bezeichneten Gebieten. Die heutigen, von Gewaltkriminalität, Bandenkriegen und Drogensucht geprägten Schwarzenghettos entstanden aber erst in den 1960er Jahren, als den Schwarzen per Bürgerrechtsgesetzen die Freizügigkeit gestattet wurde, woraufhin sich deren Oberschicht in die weiß besiedelten Vororte absetzte. Die zurückbleibenden Unterschichten hatten in der Folge mit dem Anwachsen der Kriminalitätsraten, dem sozialen Niedergang, dem Verfall von Bausubstanz und städtischer Infrastruktur zu kämpfen. Im berühmten Ghetto Compton/Los Angeles sind in den Bandenkriegen der letzten fünfzehn Jahre etwa zehntausend Jugendliche umgekommen. Komplementär zur Konzentration der Unterschichten in diesen Stadtvierteln steht die Abschottung der zumeist weißen Mittel- und Oberschicht in geschlossenen und bewachten privaten Wohnanlagen mit eingeschränktem Zugangsrecht, den sogenannten *gated communities*.

Schon um die vorige Jahrhundertwende begann in einer ersten Suburbanisierungswelle der Exodus der Oberschicht aus den Zentren der Großstädte, besonders im Nordosten der USA, wo die von der Industrie angelockten Nachkommen der ehemaligen Sklaven aus den Südstaaten nachrückten. Edgar Rice Burroughs (1876–1950), Autor der ersten Tarzan-Geschichten, erwarb 1919 ein über zwanzig Quadratkilometer großes Anwesen bei San Fernando Valley und gründete dort, nicht zuletzt als Reaktion auf die Anwesenheit der Schwarzen in den Großstädten, die ursprünglich rein weiße und noch heute bestehende Siedlung Tarzana. In den 1930er und 40er Jahren begannen sich auch viele Hollywood-Größen

mit Mauern und Toren von ihrer Umgebung abzuschotten. In den 60er und 70er Jahren entstanden die ersten geschlossenen Rentnersiedlungen, die sogenannten *suncities* in Südkalifornien. Leisure World, eine der bekanntesten Siedlungen, wurde in den letzten Jahren als selbstverwaltete Stadt anerkannt. Im Zuge der Kritik an der modernen amerikanischen Stadtentwicklung kam es zu einer *new urbanism* genannten Bewegung, die auf das Vorbild der traditionellen europäischen Stadt des 18. und 19. Jahrhunderts rekurrierte. Ein erfolgreiches Beispiel dieser Bewegung und zugleich Meilenstein in der Entwicklung von *gated communities* war 1980 die Errichtung des städtebaulich-architektonisch am Vorbild viktorianischer Badeorte orientierten Seaside in Florida. Ursprünglich als Ferienkolonie und nicht als dauerhafter Wohnort geplant, war diese Anlage gewissermaßen die Neuerfindung der amerikanischen Kleinstadt und diente als Muster für weitere größere Projekte.

<http://seasidefl.com>

Eines davon war die in der architektonischen Fachwelt stark diskutierte Privatstadt Celebration, die 1995 durch den Disney-Konzern bei Orlando in Florida errichtet wurde. Disney bezeichnete die Siedlung großspurig als „Prototyp für das kommende Jahrtausend“. Ab 160.000 Dollar hatte man beim Kauf eines Einfamilienhauses die Auswahl zwischen sechs Varianten im klassizistischen, französischen, viktorianischen, Kolonial-, Küsten- oder mediterranen Stil. Für ebenfalls mögliche individuelle Bebauung gab es eine 70 Seiten fassende Gestaltungsvorschrift.

<http://www.celebrationfl.com>

<http://www.funandsun.com/1toctf/disney/celebration.html>

Weitere Projekte sind die in der Umgebung von Las Vegas gelegenen Privatstädte Green Valley mit 60.000 Einwohnern oder Summerlin, deren Gesamtentwurf dreißig Dörfer umfaßt und bis 2015 150.000 Menschen beheimaten soll.

Die verschiedenen Formen geschlossener Siedlungen verbreiten sich in Amerika immer rascher. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts lebten bereits etwa neun Millionen Amerikaner in 200.000 derartiger Siedlungen. Nach Angaben des Interessenverbandes *Community Associations Institut* gab es 2004 etwa einundzwanzig Millionen private Wohnanlagen in den USA, von denen ungefähr 20 Prozent einer Zugangsbeschränkung unterliegen, so daß bei angenommenen 2,7 Personen pro Haushalt inzwischen etwa elf Millionen Menschen in *gated communities* leben. Mittlerweile befindet sich nahezu jedes zweite neugebaute Wohnhaus innerhalb einer solchen Siedlung, wobei Kalifornien, Nevada und Texas die höchsten Zuwachsraten aufweisen.

Das Wachstum der *gated communities* ist allerdings längst ein weltweites Phänomen. Besonders in der Dritten Welt und in Schwellenländern breiten sich geschlossene Siedlungskomplexe immer weiter aus. Im Großraum Buenos Aires lebten 2002 schätzungsweise 20.000 Menschen in etwa dreihundert Anlagen, in Ägypten sind es zweihundert geschlossene Siedlungen mit bis zu 2.000 Einwohnern. Auch die gigantomanischen Stadtprojekte in den reichen Golfstaaten entsprechen diesem Muster, zumal dies auch der Tradition islamischer Städte entspricht. Im Emirat Dubai, wo man sich schon des höchsten Hotels und der größten Moschee der Welt erfreut, entstehen nun auf mehreren hundert künstlichen Inseln Siedlungen mit Luxuswohnanlagen, Hotels, Restaurants und Geschäften für Jetset, Touristen und die einheimische Oberschicht, denen man eine (nicht muslimischen Verboten unterworfenen) liberale Konsum- und Lebenswelt bieten möchte. Diese Projekte sind jedoch nur der Anfang einer Entwicklung, bei der man die gesamte Küste des Emirats in eine einzige bebaute Stadt, genannt „Dubai Waterfront“ verwandeln will. Im südafrikanischen Johannesburg ist die bisher größte *gated community* namens Sandton entstanden. Dort leben auf 142 Quadratkilometern ungefähr 115.000 ausschließlich weiße Bewohner in Villen und Einfamilienhäusern, mit Mauern und Stacheldraht vom benachbarten *township* Alexandra geschützt, wo sich auf zweieinhalb Quadratkilometern angeblich 400.000 Schwarze drängen.

Elmar Pfeiffer: *US-Städte: Stand und Entwicklung. Gated Communities*, in: *Immobilienkosmos*, München 2004.

<http://www.stalys.de/data/us.htm>

Auch in Europa gibt es einige Beispiele einer solchen Siedlungsentwicklung. So erregte Mitte der 1980er Jahre Margaret Thatcher einiges Aufsehen, als sie in eine *gated community* im Süden Londons zog. Das war eine Anlage nach amerikanischem Vorbild, bestehend aus dreiundzwanzig Häusern, geschützt mit einer hohen Mauer, kartenbedienbarem Tor und Videoüberwachung. In Südfrankreich, besonders in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, wird auf dem Immobilienmarkt ein massi-

Florian Rötzer: *Orientalische Touristen- und Reichenghettos*, in: *Telepolis*, München 2005.

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21488/1.html>



Gated Communities – Werbung aus den USA

ver Trend zu den dort so genannten *ensembles résidentiels closes* festgestellt. Beispielhaft dafür ist die Anlage von Port Grimauld in der Bucht von St. Tropez. Hier entstand, durchaus passend zum geographischen Kontext, im traditionalistisch-mediterranen Stil eine Siedlung auf unzähligen Inseln einer künstlichen Lagune, die neben Hotelanlagen, Ferienhäusern, Villen und Eigentumswohnungen auch zahlreiche Läden, Bars und Restaurants beinhaltet. Bootsstege statt Parkplätze und Brücken statt Straßen prägen das pittoreske Erscheinungsbild. In Deutschland stellen geschlossene Wohnsiedlungen noch eine Ausnahmeerscheinung dar und dienen als „Trendprodukt“ eher *lifestyle*-Bedürfnissen als handfesten Sicherheitsnotwendigkeiten wie in Amerika oder der Dritten Welt. Als ein Beispiel dafür kann eine Anlage der Groth-Gruppe gelten, die am Havelufer auf dem Glienicker Horn, an der Grenze zwischen Potsdam und Berlin, unter dem Namen „Arkadien“ errichtet wurde. Sie umfaßt sieben Neubauten, die durch ein bekanntes kalifornisches Architekturbüro entworfen wurden und sich um eine denkmal sanierte Villa gruppieren. Bei insgesamt 5.600 Quadratmetern Wohnfläche, verteilt auf 43 Wohneinheiten, besteht die Exklusivität vor allem im „umfangreichen Sicherheits- und Serviceangebot“, mit dem der Bauträger wirbt.

Will man diese Siedlungsform in einer Typologie fassen, könnte man dem Vorschlag von Jan Wehrheim folgen, der am Beispiel der USA drei Arten von Siedlungen mit Zugangsbeschränkungen unterschieden hat.

Einen ersten Typus stellen die vollständig privaten Siedlungen dar, die zumeist der gehobenen Mittel- und Oberschicht sowie reichen Senioren als Wohnsitz dienen. Diese auch als *lifestyle & prestige communities* bezeichneten Anlagen befinden sich mehrheitlich in den südlichen Bundesstaaten von Kalifornien bis Texas, variieren in den Größenordnungen von ein paar Dutzend bis zu mehreren hundert Häusern und dienen häufig nur als Nebenwohnsitz oder auch als Ferienanlage, so daß sie durch Golf- und Tennisplätze, Seen und aufeinander abgestimmte Architektur geprägt sind. Gemeinsamer Lebensstil, Status, Prestige und Exklusivität stehen im Vordergrund der Kaufmotivation ihrer Bewohner. Eine zweite Kategorie, die *gated new towns* oder *instand cities*, umfaßt komplett neugebaute Städte mit vollständiger Infrastruktur, diversen, teilweise gegeneinander abgezäunten Wohnquartieren für verschiedene Einkommensklassen mit verschiedenen Baustilen. Hier sind neben Villen auch Mehrfamilienhäuser, Schulen, Kindergärten, Bibliotheken und Läden zu finden. Die Einwohnerzahl kann mehrere 10.000 Menschen umfassen. Den dritten Typus bilden die *security zone communities*. Sie stellen keine neuen Viertel oder Städte dar, sondern sind durch nachträgliche Einzäunung bzw. Zugangsbeschränkung entstanden und sowohl in Innenstädten als auch an der Stadtperipherie zu finden. Diese Anlagen sind nicht grundsätzlich privatisiert und können sogar Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus umfassen.

Jan Wehrheim: *Gated Communities. Sicherheit und Separation in den USA*, in: *city.crime.control*, Bremen 2000.

<http://www.citycrimecontrol.net/texte/gated.html>

Eike Henning: *A Bit of Paradise. Geschlossene Gemeinschaften in der fragmentierten Metropole Los Angeles*, Universität Kassel 1999.

<http://www.uni-kassel.de/fb5/politikwissenschaft/LA/Paradise.html>



Außen vor – Kind im Township Soweto, Südafrika

Dementsprechend werden sie auch von unteren Einkommensschichten bewohnt. Anteilsmäßig ungefähr ein Drittel der *gated communities* werden jeweils von Ober- und gehobener Mittelschicht, den wohlhabenden Rentnern sowie den mittleren und unteren Einkommensklassen gehalten.

Der wichtigste Grund für die Entwicklung zur *gated community* ist die Angst vor Kriminalität und alltäglicher Gewalt. Sie resultiert aus der Zuspitzung sozialer und ethnischer Gegensätze durch wirtschaftliche Umstrukturierung und Massenzuwanderung, die zum Anwachsen großstädtischer Unterschichten führt. Die Organe der Staatsmacht sind oft nicht fähig oder auch nicht willens, die dort neu entstehenden sogenannten „gefährlichen Klassen“ in Schach zu halten und effektiv gegen Gewaltkriminalität, Drogenhandel und Jugendbanden vorzugehen. Öffentliche Räume, Straßen, Plätze, Verkehrsmittel und Parks werden in diesem Zusammenhang als „Angsträume“ erlebt. Da private Verkehrsmittel mittlerweile nahezu allen zur Verfügung stehen, haben sich die Aufstands- und Plünderungszonen bis in die herkömmlichen suburbanen Siedlungen der Mittelschicht ausgedehnt, wie der Rodney-King-Aufstand 1992 in Kalifornien belegt. Angesichts des Versagens der Staatsmacht ist in Amerika von *urban frontiers* oder gar vom „neuerlichen Naturzustand“ die Rede, was dem traditionellen Mißtrauen der Amerikaner gegenüber ihrem Staat entspricht.

Eine weitere Rolle spielt der Gestaltwandel der Städte. Das traditionelle Bild der ruhigen und harmonischen Vorstadt mit homogenen Nachbarschaften und Nähe zur Natur – jahrzehntelang der Traum der amerikanischen Mittelschicht – hat sich durch immer weitere Zersiedelung und Migration verändert und sich dem Rest des heterogenen Agglomerationsbreis angepaßt. In den geschlossenen Privatsiedlungen bieten Mauern und Sicherheitsdienste Schutz vor Kriminalität von außen und gewährleisten die soziale Distanz. Gemeinschaftliche Seen, Grün- und Sportanlagen ersetzen die zersiedelte Landschaft sowie teure und große Grundstücke. Die Homogenität ihrer Bewohner regelt sich über den Verkaufspreis bzw. die Vermarktungsstrategie der Entwicklungsgesellschaften. Insofern scheinen die geschlossenen Privatsiedlungen einen Ausweg aus der Misere zu bieten.

Staatliche Akteure und private Interessenverbände haben ihren Anteil an der Entwicklung. Während die Vertreter der Kommunen mit niedrigen Steuersätzen locken und entsprechende Flächen bereitstellen, profitieren Projektentwickler, Hauseigentümergeinschaften, Banken und Versicherungen, die an den Immobilienfinanzierungen interessiert sind, sowie die Sicherheitsfirmen, die Technik und Personal beisteuern. Weil sich damit eine Menge Geld verdient läßt, wird der Bedarf nach Sicherheit und Abgrenzung geschürt und der Markt ausgeweitet. Die von den geschlossenen Siedlungen ausgehenden privatwirtschaftlichen Stimuli sind nicht zu un-

terschätzen. Neben dem Wohnungsbau fallen nun auch der Bau von Infrastruktur, Gemeinschaftseinrichtungen, Sicherheitsanlagen sowie deren Verwaltung, Betrieb, Wartung und Instandhaltung in privatwirtschaftliche Verantwortung.

Meist erfolgt die Schaffung privater Siedlungen über einen Projektentwickler, den *developer*, der einen Verein, eine sogenannte *Homeowner Association*, gründet. Mitgliedschaft und Stimmrecht im Verein sind für alle Besitzer bis zum vollständigen Verkauf der Siedlung zwingend. Der Verein stellt die „Regierung“ der Siedlung dar und ist für die Regelung des Lebens in der Anlage, die Vertretung nach außen, die Erhebung eigener Steuern, Abgaben und Gebühren sowie die Kontrolle der Einhaltung der internen Regelungen zuständig. Gerade die internen Abgaben, die in der Höhe von mehreren hundert bis zu mehreren tausend Dollar pro Haushalt und Jahr variieren, sind ein häufig sehr umstrittener Punkt. Sie dienen zur Bildung von Rücklagen für Instandhaltungsmaßnahmen, Neuanschaffungen und gemeinschaftliche Ausgaben, wie zum Beispiel die Bezahlung von Sicherheitsdiensten, Straßenreinigung und Feuerwehr, Instandhaltung von Mauern, Toren und Clubhäusern oder Unterhalt von Schulen und Sporteinrichtungen.

Der bei den Sicherheitseinrichtungen betriebene Aufwand entspricht zum einen den finanziellen Möglichkeiten der Siedlungsbewohner, zum anderen den geographischen Gegebenheiten des Standortes. Besonders in solchen Anlagen, wo Zweitwohnsitze und Ferieneinrichtungen dominieren, wird auf den Sicherheitsaspekt besonderen Wert gelegt. Während einfache Zäune, private Sicherheitsdienste am Tor und Schilder wie „Durchgang verboten“ oder „Bewaffnete Vergeltung“ als Standard gelten können, setzt sich das Maßnahmenpektrum über Videoüberwachung, Infrarotsensoren, Bewegungsmelder bis zu automatischen Eingangskontrollen fort. Hubschrauberüberwachung, Ninja-Patrouillen und Poller gegen Autobomben stellen dagegen bisher eher Extrembeispiele dar. Bezüglich des sicherheitstechnischen Aufwandes spielen Lateinamerika oder Bürgerkriegsgebiete wie Palästina eine Vorreiterrolle. In den USA dominiert dagegen noch die Betonung von Eigentum und Exklusivität.

Das Wohnen in diesen Quartieren sorgt für Prestigeerfolg, weil Privateigentum und Sicherheitstechnik die soziale Abgrenzung sogar gegenüber anderen Angehörigen gehobenerer Schichten ermöglicht. Dafür sind die Bewohner auch bereit, sich teilweise sehr restriktiven Regeln, Richtlinien und Verboten vertraglich zu unterwerfen. Diese *CC&Rs* (*Codes, Covenants and Restrictions*) genannten Regelwerke variieren von Siedlung zu Siedlung, umfassen aber üblicherweise die gesamte architektonische Gestaltung des Hauses, indem sie zum Beispiel alle sichtbaren Details einschließlich der Bepflanzung der Vorgärten, den Stil der Gartenmöbel oder Art und Anzahl von Haustieren festlegen können. Auch das Leben und Verhalten der Bewohner unterliegt dieser Formalisierung der sozialen Kontrolle. Es gibt Festlegungen zum Mindestalter der Bewohner, Begrenzungen des Besuchsrechts von Kindern sowie des Aufenthalts außerhalb des eigenen Grundstücks bei Nacht. Sogar das Küssen im Gemeinschaftsbereich, Wäscheaufhängen im Vorgarten, Autoputzen in der Garagenzufahrt, das Anbringen eines Basketballkorbes usw. kann unter Umständen verboten sein. Verstöße gegen diese Regeln können mit Rügen, Geldbußen oder Pfändung geahndet werden. Bezeichnenderweise werden in der Disney-Stadt Celebration Integrationskurse angeboten, die den Zugezogenen Werte und Verhaltensweisen nahebringen sollen. Architektonisch wirken sich diese Regelungen hemmend auf die individuelle Gestaltung aus und erzwingen die Anpassung des Privaten an das kollektive Umfeld beziehungsweise den Stil der gemeinschaftlichen Anlagen. Im Ergebnis führt dies zu einer (nicht immer unvorteilhaften) architektonischen Uniformität. Individueller Geschmack kann sich in der mobilen amerikanischen Mittelstandsgesellschaft, in der man ein Einfamilienhaus durchschnittlich drei Jahre bewohnt, bei einem geplanten Hausverkauf hemmend oder zumindest preismindernd auswirken.

Wie sich die Entstehung von privaten, geschlossenen Wohnanlagen auf die übrige Gesellschaft auswirken wird, steht im Zusammenhang mit Größe und Anzahl bzw. Verbreitung dieser Siedlungsform. Bei Umfragen geben 50 Prozent der Amerikaner an, in einer solchen leben zu wollen. Zur Ausbreitung trägt auch bei, daß man mittlerweile auch im Niedrig-

Michael Zinganel: *New Urbanism zwischen Agoraphobie und künstlichem Paradies*, in: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung* Ausgabe 12, Wien 2000.

http://www.derive.at/index.php?p_case=2&id_cont=47&issue_No=12

Jan Wehrheim: *Leben im Club. Private Stadtviertel schotten sich ab*, in: *Informationszentrum Dritte Welt*, Ausgabe 255, Freiburg i.Br. 2001.

http://www.iz3w.org/iz3w/Ausgaben/255/LP_s22.html



*Drinnen oder draußen –
amerikanischer Grenzzaun
zu Mexiko*

preissegment angekommen ist. In Summerlin, einer *gated new town* bei Las Vegas, werden über 200 verschiedene Hausmodelle angeboten. Die Preise beginnen ab 130.000 Dollar, was sich auch jüngere Casino-Angestellte leisten können, und reichen bis zum Segment über 500.000 Dollar für die wirklich Reichen.

Je mehr Menschen sich mittels privater Siedlungen vom System der öffentlichen Kommunen abschotten, um so größer wird das politische Gewicht ihrer Interessenvertreter. Für staatliche Umverteilungsmaßnahmen, die vor allem den übriggebliebenen öffentlichen Kommunen nutzen würden, in denen sich die unteren Klassen und Sozialfälle konzentrieren, wird es damit eng. Im Bestreben, nach außen möglichst wenig Steuern zu zahlen, kommt man den privaten Siedlungen auch von öffentlicher Seite (wie zum Beispiel in Houston und Kansas City) entgegen, da ihre wohlhabenden Bewohner wenig kosten, aber dafür viel konsumieren. Mittlerweile sind etliche private Siedlungen vom Staat als eigenständige Kommunen anerkannt. Bedeutsam erscheint dies auch im Hinblick auf die lokale Demokratie, da sich in den Hausbesitzervereinigungen das Stimmrecht nicht nach der Anzahl der erwachsenen Bewohner richtet. Statt dessen gilt entweder „eine Stimme pro Haushalt“ oder das Stimmrecht richtet sich nach dem Immobilienwert – nach dem Prinzip: „one dollar – one vote“, wobei Mieter kein Stimmrecht besitzen. Als „*the most representative and responsive form of democracy*“ bezeichnet die Interessenvertretervereinigung *Community Association Institute* diesen Umstand.

In den Siedlungen konstituiert sich eine Lebenssphäre, die zwischen dem liegt, was sich als privat oder öffentlich definieren lässt. Aufgrund ihrer territorialen Begrenztheit, der privatrechtlichen Regulierung ihrer Benutzung und des ausgesuchten und quantitativ bestimmbareren Personenkreises könnten diese Anlagen auch als Club oder gar „neoliberale Ausprägungen von Gemeinschaft“ gedeutet werden.

Die Idee der Sicherheitszonierung von Städten rückt damit auf die Tagesordnung. Das Leben der Mittel- und Oberschicht verlagert sich in abgeschiedene Wohnsiedlungen, zum Arbeiten fährt man in Büro- und Gewerbeparks und die Freizeit wird, wenn nicht zu Hause, dann in *shoppingmalls* und Themenparks verbracht, dazwischen bewegt man sich auf gesicherten *highways*. Damit zeichnet sich horizontal das Leitbild der Großstadtentwicklung als Flickenteppich aus privaten Sicherheitsinseln, umgeben von „gefährlichen Räumen“ ab. Vertikal bilden sich zwei Pole heraus: die *lifestyle & prestige communities* am oberen und die öffentlichen Räume als Armenghettos, Bürgerkriegs- und Plünderungszonen am unteren Ende der sozialen Hierarchie.

Nation aus Nationen

Institut für Staatspolitik*

Es überrascht angesichts der amerikakritischen, wenn nicht amerikafeindlichen Stimmung in großen Teilen der europäischen Intelligenz, daß sie trotzdem die USA als eines der normativen „Beispiele multikultureller Gesellschaften“ (Jürgen Habermas) begreift. Das erklärt sich nicht nur aus ihrer Funktion als Bezugspunkt aller Modernität, sondern auch aus der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten das erste Beispiel für eine aus verschiedenen Ethnien zusammengesetzte Gesellschaft unter europäischer Dominanz außerhalb der Kolonialgebiete Afrikas, Asiens und Australiens waren. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert konnte ein deutscher Autor noch mit Genugtuung feststellen, nur Europa erfreue sich unter allen Kontinenten „des abnormen Glückes, von einer einheitlichen, homogenen Rasse bewohnt zu sein“ (Albert Haas).

Daß ihnen solche Homogenität fehlte war den Nordamerikanern immer bewußt. Seit dem Unabhängigkeitskrieg gab es vor allem Auseinandersetzungen über die Stellung der Indianer einerseits, der Schwarzen andererseits, und dann über die Folgen der Zuwanderung. Aber die beiden ersten Probleme schienen durch die Beseitigung der Sklaverei und dann den prozentualen Rückgang des schwarzen wie des indianischen Bevölkerungsanteils weitgehend beseitigt, das dritte erregte nur in unregelmäßigen Abständen öffentliches Interesse. Zwar hatte es schon 1790 die ersten *Alien and Sedition Acts* gegeben, die den Zustrom weiterer Menschen in die junge Republik beschränken sollten, aber während des 19. Jahrhunderts sah man die Vorherrschaft der WASP – der *White Anglo Saxon Protestants* – kaum in Gefahr. Die übliche Haltung war bestimmt von Desinteresse oder wirtschaftlichem Kalkül. Schärfere Abwehrreaktionen gab es nur im Fall eines unerwarteten und sprunghaften Anstiegs der Einwandererzahlen oder infolge politischer Krisen. So entstand die „nativistische Bewegung“ in den 1840er und 1850er Jahren als Folge des massiven Zustroms politischer Flüchtlinge aus Zentraleuropa.

* Auszug aus der Studie „Das hier ist Krieg“ – *Die Rassenunruhen in Frankreich und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft*, Wissenschaftliche Reihe des Instituts für Staatspolitik, Heft 9, Schnellroda 2005.

Jürgen Habermas und Gerhard Schröder: *Einbeziehung des Anderen*, Essen 1998.

Obwohl es auch heftige Ausbrüche von Antisemitismus, Polen- und Italienerfeindlichkeit gab, wurde der Versuch, die Einwanderung bestimmter Gruppen ganz unmöglich zu machen, auf Asiaten beschränkt. Zwischen 1882 und 1902 erließ der Kongreß fünf *Chinese Exclusion Acts*, die chinesischen Arbeitern (die lange Zeit für den Eisenbahnbau unverzichtbar gewesen waren) den Zuzug verbot. Bereits im Land befindlichen wurde die Staatsbürgerschaft verweigert. Auswirkungen hatte diese Gesetzgebung auch auf die Behandlung von Japanern, denen ab 1908 der Zuzug versagt wurde; soweit sie sich schon in den USA aufhielten und naturalisiert waren, schloß man sie von der Wahrnehmung bestimmter Rechte aus, Kinder japanischer Herkunft durften zum Beispiel in Kalifornien nicht am allgemeinen Schulunterricht teilnehmen.

Die ganze bis zur Quotenregelung von 1924 erlassene Einwanderungsgesetzgebung ging ausdrücklich oder uneingestanden von dem Prinzip aus, daß nur das Hinzutreten bestimmter ethnischer Gruppen im Hinblick auf die künftige Zusammensetzung der nordamerikanischen Bevölkerung wünschenswert sei. Im Hintergrund stand eine massive „rasenhygienische“ Propaganda. Aber populär im eigentlichen Sinn war diese Strömung nicht, obwohl die ihrem Geist verpflichteten Beschränkungen zum Teil bis in die vierziger Jahre in Kraft blieben.

Jeder strenge Nativismus hatte von vornherein mit dem Problem zu kämpfen, daß er das amerikanische Selbstverständnis in einem entscheidenden Punkt in Frage stellte. Soweit die USA sich als „Nation aus Nationen“ begriffen und ihr Sendungsbewußtsein aus dem demokratischen Pathos speisten, mußte jede Abschottung in Spannung zur Idee universaler Gleichheit treten. Dieser latente Vorbehalt war auch feststellbar im Hinblick auf jene Strömung, die dem Nativismus in manchem verwandt, aber von ihm an anderer Stelle doch deutlich verschieden war: der „Amerikanisierungsbewegung“. Wie unter den Einwanderungsgegnern gab es auch unter den Verfechtern der *americanization* viele, die sich Sorgen um die Proportionen der ethnischen Anteile in der Bevölkerung machten, aber ihr Optimismus war groß, daß die Assimilation gelingen würde, so wie sie in der Vergangenheit immer gelungen war.

Dem entsprach die Vorstellung von den USA als *melting pot* – „Schmelztiegel“, in dem die einzelnen Nationen und Kulturen aufgingen. Der Begriff ist wahrscheinlich auf ein Theaterstück des englischen Autors Israel Zangwill zurückzuführen, das 1908 in Washington uraufgeführt wurde.

Seine Aktualität gewann er dadurch, daß das kulturelle Selbstverständnis, das die Einwanderer mitbrachten, immer deutlicher von der kulturellen Norm – die nach wie vor von Weißen angelsächsischer Herkunft, protestantischer Konfession bestimmt wurde – abwich und man die Ghettobildung bestimmter Gruppen, nicht nur der verfemten Asiaten, sondern auch der Italiener, Polen und Juden, deutlicher als Problem zu sehen lernte.

Es lag in der Logik dieser Entwicklung, daß die Amerikanisierungsbewegung mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 einen massiven Aufschwung erlebte. Der konnte sich in Pogromen gegen deutsche Einwanderer, dem radikalen Druck auf fremdsprachige Zeitungen oder dem Verbot muttersprachlichen Unterrichts in den Schulen äußern. Ganz offensichtlich gingen die hochgespannten Erwartungen der Amerikanisierungsbefürworter nicht in Erfüllung. Weder hatten sich die Migranten in kürzester Zeit den amerikanischen Verhältnissen angepaßt, noch war ihnen zu garantieren, daß das Erlernen der englischen Sprache einen raschen sozialen Aufstieg verheißt.

In dieser Situation verlangten einige radikale Gruppen die zwangsweise Amerikanisierung, während sich gleichzeitig eine Umwertung der Forderung nach *americanization* ins Negative bemerkbar machte. Eine wachsende Zahl von Intellektuellen verlangte die stärkere Berücksichtigung des kulturellen Erbes der verschiedenen Migrantengruppen.

Seit den 1920er Jahren hatten sich damit in bezug auf die Einwanderungsfrage drei „Parteien“ gebildet:

1. Die Nativisten, die entweder gar keine oder nur eine äußerst restriktiv gehandhabte Migration dulden wollten. Sie hielten eine erfolgreiche Eingliederung derjenigen für ausgeschlossen, die ei-

Mae M. Ngai: *American Immigration law: A Re-examination on the Immigration Act of 1924*, in: *The Journal of American History* 86 (1999).

Richard Conant Harper: *The Course of the Melting Pot Idea to 1910*, New York 1980.

Dietrich Herrmann: „*Be an American!*“ *Amerikanisierungsbewegung und Theorien zur Einwandererintegration*, Nordamerikastudien, Bd 1, Frankfurt a.M. und New York 1996.

nen besonders hohen Grad an Fremdheit dem „Amerikanertum“ gegenüber aufwiesen. Sie beriefen sich entweder auf die rassistische oder die kulturelle Überlegenheit der WASP; häufig war eine Kombination aus beiden Begründungen.

2. Die Amerikanisierer, die Einwanderung grundsätzlich bejahten, aber eine – mehr oder weniger vollständige – Anpassung an das geltende amerikanische Normensystem verlangten. Eine derartige Position konnte, mußte aber nicht mit dem Verlangen nach Ausschluß bestimmter Ethnien einhergehen.
3. Die Multikulturalisten (ein Begriff, der hier *avant la lettre* verwendet wird, da er erst nach dem Zweiten Weltkrieg und zwar in Europa entstand), die die Auffassung vertraten, daß das kulturelle Erbe der Migranten dem der Amerikaner grundsätzlich gleichwertig sei. Assimilation wurde – etwa im Hinblick auf die Sprache – nur aus pragmatischen Gründen gefordert.

Die Gruppe der Nativisten hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast jeden Einfluß auf die amerikanische Politik verloren. Das zeigte sich nicht nur an der Aufhebung der Zuwanderungsquoten nach ethnischen Gesichtspunkten, sondern wirkte sich auch auf die Behandlung der „Rassenfrage“ im Inneren des Landes aus. Nachdem weder der schwarze noch der indianische Bevölkerungsanteil ausgestorben oder vollständig aufge-sogen worden war, sondern deutlichen Zuwachs zu verzeichnen hatte, und die zum Teil bis in die sechziger Jahre geltende Gesetzgebung gegen Mischehen und für die Segregation die Zustimmung der Öffentlichkeit verlor, setzte mit den friedlichen und gewaltsamen Protesten der Bürgerrechtsbewegung das Bemühen ein, vor allem die Schwarzen stärker in das Gesellschaftsleben zu integrieren und sie insofern zu amerikanisieren.

Ein Vorgang, der von Teilen der schwarzen US-Bürger aber zurückgewiesen wurde, die darin einen neuen, wenngleich getarnten Versuch der Unterdrückung sahen. Sie organisierten sich in militanten Bewegungen wie der *Black Panther Party* oder der *Nation of Islam*, die sehr früh ein Recht auf vollständige politische und kulturelle Selbstbestimmung bis hin zur Separation in einem „schwarzen Staat“ erhoben.

Während derartige Projekte immer nur von einer Minderheit unterstützt wurden, gab es doch gleichzeitig sehr wirkungsvolle Versuche, das ursprüngliche Anliegen des *Civil Rights Movement* – Gleichberechtigung – in die Forderung nach Sonderrechten für rassistische Teilgruppen zu überführen. Seit dem Ende der sechziger Jahre wurde von der Bundesregierung ein unter der Bezeichnung *affirmative action* bekannt gewordenes Programm eingeführt, das zuerst nur Schwarzen, später aber auch anderen ethnischen Gruppen sowie gesellschaftlichen „Minderheiten“ (Frauen, Homosexuellen, Behinderten etc.) eine bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Arbeits- und Studienplätzen, Beförderungen, Firmenaufträgen, Sozialwohnungen etc. einräumte.

Parallel zu diesem Veränderungsprozeß setzten sich die Multikulturalisten als dominierende Richtung durch. Sie etablierten im Namen des „Pluralismus“ eine Vielzahl von alternativen Orientierungsmustern und stellten jede Forderung nach Integration unter den Verdacht des „Rassismus“. Diese Entwicklung hat aber in den achtziger Jahren ihre ganze Problematik enthüllt. Dabei gerieten vor allem drei Tendenzen in die Kritik:

1. Die zunehmende kulturelle Fragmentierung durch die formale Gleichberechtigung aller möglichen kulturellen Spielarten neben der bis dahin als verbindlich betrachteten „westlichen“, also europäischen.
2. Die zunehmende ethnische Fragmentierung, bedingt durch die Einwanderung immer neuer, immer weniger assimilationsbereiter Gruppen, deren Geburtenraten zum Teil außerordentlich hoch sind; in dem Zusammenhang spielte und spielt die illegale Einwanderung aus Mexiko eine wichtige Rolle, die faktisch zur (Re-)Hispanisierung des Südens der USA geführt hat.
3. Die zunehmende politische Fragmentierung nicht nur durch die Sonderrechte für ethnische Minderheiten, sondern auch durch den besonderen Charakter der Konflikte, in die die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges verwickelt wurden;

Charles Taylor: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, zuletzt Frankfurt a.M. 1993.

der von Samuel Huntington beschworene *clash of civilisations* hat Folgen für den Innen- wie den Außenbereich.

Die Vorstellung, daß die Vereinigten Staaten von einem *disuniting* bedroht seien, faßte seitdem auch im liberalen Milieu Fuß. Hinzu kam die Virulenz des seit dem Beginn der *new immigration* bestehenden Sprachproblems, vor allem im Hinblick auf den außerordentlich starken Zustrom von legalen und illegalen mexikanischen Einwanderern. In den vergangenen vierzig Jahren ist der Anteil der aus Lateinamerika stammenden Migranten von etwa zwanzig auf fünfzig Prozent der Einwanderer überhaupt angestiegen. In einigen Bundesstaaten wie Texas und Kalifornien haben bereits ganze Regionen eine spanischsprechende Mehrheit. Versuche, diesen Zustrom zu bremsen oder wenigstens zu kanalisieren, sind ausnahmslos gescheitert. Zu attraktiv ist die Beschäftigung der *Hispanics* in einfachen Arbeitsverhältnissen.

Die Problematik der sozialen Lage dieser Gruppe ist bloß mit der der Schwarzen zu vergleichen, die allerdings in vielem noch bedrohlicher erscheint. Zwar hat *affirmative action* zur Entstehung einer sehr schmalen schwarzen Ober- und einer etwas breiteren Mittelschicht geführt, aber die große Masse der Schwarzen – sie stellt etwa 13 Prozent der Bevölkerung – lebt nach wie vor in erbärmlichen Verhältnissen. Das Einkommen einer schwarzen Familie lag im Jahr 2003 durchschnittlich bei 33.525

US-Dollar, das einer weißen bei 54.633. Die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit ist für Schwarze ungleich höher als für Weiße, ihr Anteil an Bildungsabschlüssen ungleich geringer. Hinzu kommen alle Anzeichen sozialer Zerrüttung: die Wahrscheinlichkeit einer Abtreibung liegt bei einer schwarzen Frau doppelt so hoch wie bei einer weißen, zwei Drittel aller schwarzen Kinder werden unehelich geboren, fast die Hälfte der Jugendlichen wächst ohne Vater auf. Die Kindersterblichkeit ist beinahe doppelt so hoch wie in weißen Familien. Bei einem Bevölkerungsanteil von 13 Prozent stellen die Schwarzen mehr als 40 Prozent aller Häftlinge, 45,7 Prozent der im Jahr 2001 wegen Mordes Einsitzenden waren schwarz, 9,8 Prozent weiß.

Die Sonderstellung der Schwarzen im ethnischen Aufbau der Vereinigten Staaten erklärt auch, warum die früher selbstverständlich geübte Solidarität – etwa im Rahmen der die Demokratische Partei unterstützenden „Regenbogenkoalition“ – längst zerstört ist. Dazu hat nicht zuletzt die aggressive Wendung der Schwarzen gegen andere Minoritäten beigetragen. Schon früh richtete sich ein auch, aber nicht nur mit dem Einfluß der *Black Muslims* in Verbindung stehender Affekt gegen die jüdische Gemeinde. Eine wichtigere Rolle spielt außerdem die Feindseligkeit gegenüber den asiatischen Einwanderern. Deren Verhalten entspricht in keiner Weise der Vorstellung, die man sich von einer unterprivilegierten und am Aufstieg gehinderten Minderheit macht. Ähnlich der kollektiven Karriere des amerikanischen Judentums ist seit den sechziger Jahren ein Prozeß zu beobachten, bei dem vor allem die aus Japan, China, Vietnam, Korea und Indien stammenden Migranten den sozialen Abstand zu den Weißen nicht nur aufholen, sondern in vielen Fällen – etwa beim Anteil der Collegeabsolventen – sogar überbieten.

Angesichts dieser Entwicklungen in den USA gerät ein Faktum immer stärker aus dem Blick: die Tatsache, daß die Weißen mittelfristig eine Minorität sein werden. In Kalifornien ist ihr Anteil an der Bevölkerung schon 1999 unter die Fünfzigprozentmarke gefallen, bis zum Jahr 2010 soll er sich auf vierzig Prozent verringern, bis zur Mitte des Jahrhunderts wird dieser Stand in den Vereinigten Staaten allgemein erreicht sein.

Arthur R. Schlesinger: *The Disuniting of America. Reflections on a multicultural society*, New York 1998.



Polizisten bei Rassenunruhen in Memphis, 1965

Victor Davis Hanson: *Mexifornia. A State of Becoming*, San Francisco 2003.

Intellektuelle Risikobereitschaft – Multikulturalismusdebatten

von Michael Paulwitz

„Besondere Achtung bringt der Deutsche dem Fremden entgegen, der fleißig ist und genau arbeitet. Das ist die beste Grundlage, um mit einem Deutschen Freundschaft zu schließen.“ So heißt es in einem *Ratgeber für griechische Arbeitnehmer* in der Bundesrepublik aus dem Jahre 1966, also aus der Hochzeit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Der Ratsschlag bezeichnet die Denkweise einer Zeit, in der Ausländer als „Gastarbeiter“ betrachtet wurden, als arbeitende Gäste auf Zeit also, von denen zwar angepaßtes Verhalten erwartet wurde, aber keine „Integration“ oder „Assimilation“ auf Dauer. Vierzig Jahre ist dieses Zitat alt, aber es scheint aus einer fernen, vergangenen Epoche zu stammen, einer Epoche, in der die Idee des Multikulturalismus noch nicht einmal erfunden, geschweige denn nach Deutschland importiert worden war.

Als Konzept zuerst formuliert in Kanada, importierten die USA und Australien den Multikulturalismus und verabschiedeten sich zugleich von ihrem bisherigen Grundsatz, als klassische Einwanderungsländer jeden Ankömmling in die neue gemeinsame Kultur einzuschmelzen. Zukünftig sollte es also ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Kulturen geben. Auch in Großbritannien wurde der Multikulturalismus schon frühzeitig praktiziert, frühzeitig wurde hier allerdings auch der kritische Diskurs eröffnet. Enoch Powell, rhetorischer und intellektueller Star der Tory-Partei, hielt 1968 in seinem Wahlkreis Birmingham eine Rede, die unter dem verkürzten Schlagwort „*rivers of blood speech*“ („Ströme von Blut“) in die Auseinandersetzung um den Multikulturalismus einging. Powell wollte dem Unbehagen der Einheimischen, seiner Wähler, angesichts der zunehmenden Überfremdung eine Stimme geben, und warnte vor der schleichenden Aushöhlung der repräsentativen Demokratie durch die Fixierung von Sonderrechten für Einwanderer im Rahmen von Antidiskriminierungsgesetzen.

Die Fragwürdigkeit der Ideologie des Multikulturalismus liegt schon in ihrer Entstehung begründet. Erdacht in klassischen Einwanderungsländern, wurde sie als resignative Verlegenheitslösung adaptiert, indem das Scheitern der ursprünglichen Zielsetzung der Einwanderungspolitik, der Assimilation nämlich, zum neuen und eigentlichen Ziel erhoben wurde. Und so ist der Multikulturalismus eine der vielen anglo-amerikanischen Modetorheiten, die mit zeitlicher Verzögerung samt ihren Folgeerscheinungen wie *political correctness* nach Europa kam und in Deutschland besonders gründlich und inbrünstig aufgegriffen wurde – mit fatalen Folgen.

Für die Bundesrepublik Deutschland der siebziger Jahre war der Multikulturalismus der erste Versuch, der bislang von Improvisation und Abwarten gekennzeichneten Ausländerpolitik ein festes ideologisches Korsett zu geben. Einer der Chefideologen der „multikulturellen Gesellschaft“ war der Kirchenrat für Ausländerfragen bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Jürgen Miksch.

Miksch gilt als „Erfinder“ des Multikulturalismus in Deutschland. Eingeführt hat er den Begriff erstmals im Jahr 1978 als Redenschreiber des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde der Multikulturalismus am 24. September 1980 bekanntgemacht. An diesem Datum veröffentlichte der „Ökumenische Vorbereitungsausschuß für den Tag des ausländischen Mitbürgers“ seine Thesen. Diese begannen mit dem Satz: „Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland in einer multikulturellen Gesellschaft.“

Um die EKD, die eine Vorreiterrolle übernahm, formierte sich eine Multikulturalismus-Lobby, in der Gewerkschaften, Wirtschaftskreise, „Achtundsechziger“, alte und neue linke und liberale Gruppen das Wort führten. Während die „Achtundsechziger“ auf ihrem beginnenden Marsch durch die Institutionen in den Einwanderern ein „neues Proletariat“ entdeckt haben mochten, das ihnen bei ihren Ambitionen hilfreicher sein konnte als das radikalen Parolen wenig zugängliche einheimische, hatte man auf Unternehmerseite ein durchaus fortbestehendes Interesse an einem durch Einwanderung verbreiterten Angebot an billigen Arbeitskräften. Bekanntlich war ja das Rotationsprinzip, das Gastarbeiter nach Ablauf einiger Jahre zur Rückkehr verpflichtete, auf Druck der Wirtschaft aufgegeben worden, um länger von den importierten Arbeitskräften profitieren zu können, in deren Anlernung man ja zunächst investiert hatte. Die Familienzusammenführung wurde aus denselben Gründen eingeführt. Diese Beobachtungen bestätigen Slavoj Žižeks These vom Multikulturalismus als der „Ideologie des globalisierten Kapitalismus“.

Bei der EKD selbst spielte dagegen der seit Kriegsende kultivierte Schuldkomplex wegen des Nationalsozialismus und ein daraus abgeleitetes nachträgliches „Wiedergutmachungs“-Bedürfnis eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Sehnsucht nach „Überwindung der Nation“ eint die Meinungseliten im Nachkriegs-Westdeutschland in einer eigentümlichen Spätform des „German Sonderweg“, die Peter Glotz anschaulich in die Aussage gegossen hat, die Deutschen hätten das „nationale Prinzip stellvertretend für andere zu Ende gelebt“. Die Überzeugung, in einer „postnationalen Ära“ (Karl-Dietrich Bracher) zu leben, und das daraus abgeleitete Ziel der „Denationalisierung“ (Robert Hepp) des eigenen Landes trieb auch die Protagonisten des Multikulturalismus an und erlaubte ihnen in der Fixierung auf deutsche Befindlichkeiten zugleich, über die längst absehbaren und dort auch klar ausgesprochenen Fehlentwicklungen des Konzepts in anderen Ländern hinwegzusehen. Vor allem nach der Wiedervereinigung, die nicht wenige Literaten und Intellektuelle als Sünde wider die deutsche Teilung als gerechte Strafe für Auschwitz ansahen, bot das Vorantreiben des Multikulturalismus die willkommene Gelegenheit zur Vergeltung für diese Niederlage.

Sowohl in seiner liberalen als auch in seiner radikalen Form zielt der Multikulturalismus darauf ab, einen klassischen demokratischen Nationalstaat mit einem eindeutig definierten Volkssouverän dauerhaft in eine Einwanderungsgesellschaft zu verwandeln. Die Fehlentwicklung in den traditionellen Einwanderungsländern wurde mit Hilfe des doppelten Euphemismus „multikulturell“ zu diesem Zwecke zum Ideal erklärt. Der erste Euphemismus besteht in der verharmlosenden Verwendung des Begriffes „Kultur“ anstelle von „Völkern“ oder „Rassen“. Heiner Geißler

Jürgen Miksch: *Multikulturelles Zusammenleben. Theologische Erfahrungen*, Frankfurt a.M. 1983.

Jürgen Miksch: *Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfaht. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus*, Frankfurt a.M. 1989.

Slavoj Žižek: *Ein Plädoyer für die Intoleranz*, hrg. von Peter Engelmann, Wien³ 2003.

Heiner Geißler: *Zugluft*
– *Politik in stürmischer*
Zeit, München 1990.

malte im Wendejahr 1990 die erhoffte „kulturelle Bereicherung“ in leuchtenden Farben aus: ein buntes, friedliches Nebeneinander der Kulturen, wo jeder mit jedem oder jeder könne.

Die Vorsilbe „multi“ ist der zweite Euphemismus. Er beruht auf der simplen Verwechslung von Qualität und Quantität. Die Addition von Kulturen führt im günstigsten Fall zur Nivellierung auf niedrigerem Niveau, im ungünstigsten zu Konflikt und Bürgerkrieg. Ergebnis ist also ein „Weniger“ und nicht ein „Mehr“ an Kultur, wie Robert Hepp in seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Multikulturalismus dargelegt hat.

Das Ergebnis ist nicht harmlose „kulturelle“ Vielfalt, sondern ein Umsturz der Staatsform. Das erklärte Ziel der Beseitigung der ethnischen Homogenität der Bevölkerung führt in der Konsequenz zum Austausch des Souveräns.

Ein Dreivierteljahr nach der Multikulturalismus-Proklamation der EKD unternahmen fünfzehn Hochschullehrer den Versuch einer Gegenoffensive. Das „Heidelberger Manifest“ vom 17. Juni 1981 blickte „mit großer Sorge“ auf die „Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug vieler Millionen Ausländer und ihrer Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur, unseres Volkstums [...] Die Integration großer

Massen nichtdeutscher Ausländer großer daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.“ In der Analyse durchaus treffend, machte das Manifest wirtschaftliche Interessen für das Ausufern der Einwanderung verantwortlich, stellte den Zusammenhang zu Geburtenschwund und drohender demographischer Katastrophe her und warnte vor der Aushöhlung des Grundgesetzes als Verfassung des deutschen Volkes. Viele Deutsche fühlten sich jetzt schon fremd in der eigenen Heimat; sie seien über Bedeutung und Folgen des

Ausländerzuzugs nicht aufgeklärt worden. Die Professoren riefen zur Bildung eines überparteilichen Bundes auf, um „weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit“ zu finden.

Vom tatsächlichen Widerhall waren die Unterzeichner selbst am meisten überrascht. Mochten sie gehofft haben, eine sachliche Debatte unter Akademikern anstoßen zu können, sahen sie sich mit einer koordinierten und gut vernetzten Gegenkampagne konfrontiert, die virtuos auf der medialen Emotionsklaviatur zu spielen verstand. Daß im Januar 1982 eine „entschärfte“ Fassung publiziert wurde, hatte keinen besänftigenden Effekt. Beide Kirchen verurteilten den Text, Bochumer Professoren unterzeichneten ein Gegenmanifest. Aber damit nicht genug: Theodor Schmidt-Kaler, einer der Unterzeichner, berichtet von Bedrohungen und massiven physischen Angriffen. Die als konservativ geltenden Medien hätten trotzdem die Auseinandersetzung nicht gesucht. Nur Einzelkämpfer wie Robert Hepp hätten noch gewagt, weiter kritisch Stellung zu beziehen.

Die Medien und Verlage, die ihm und anderen Kritikern zu Gebote standen, waren freilich selbst in der Öffentlichkeit isoliert; der „Schutzbund“, der dem Aufruf des Manifestes folgend gegründet worden war, wurde geächtet. Das Thema landete in der Schweigespirale. Nur besonders Unerschrockene oder aber Desperados und „Extremisten“ wagten sich daran, wobei letztere die denunziatorisch ausgestreuten Diffamierungen im nachhinein zu bestätigen schienen.

Die Multikulturalisten bedienten sich auf ihrem Vormarsch der Technik, das von ihnen erst noch Gewünschte als eine bereits bestehende, unausweichliche Realität auszugeben. Die parteipolitische Auseinandersetzung kreiste nach dem Regierungswechsel nur noch um die Frage, ob Deutschland ein „Einwanderungsland“ sei oder nicht. Die Protagonisten, die die als demokratischer Nationalstaat verfaßte Bundesrepublik in ein solches transformieren wollten, behaupteten, die Transformation sei bereits eingetreten und müsse nur noch geistig nachvollzogen werden.

Robert Hepp: *Multa non multum: Kulturkritische Anmerkungen zur „multikulturellen Gesellschaft“*, abrufbar im Internet unter der URL: <http://www.konservativ.de/mkg/hepp.htm>



TAZ-Anzeige der
Grünen aus den frühen
neunziger Jahren

Robert Hepp: *Die neuen Deutschen*, in: *Criticon* 60/61 (1980).

Robert Hepp: *Endlösung der deutschen Frage*, Tübingen 1988.



Türkischer Gemüseladen in Essen, frühe siebziger Jahre

Das Ausbleiben der von vielen erhofften „geistig-moralischen Wende“ nach dem Amtsantritt des CDU-Kanzlers Helmut Kohl umfaßte auch das Versäumnis, eine staatspolitisch fundierte Gegenposition zum Multikulturalismus zu entwickeln. Man beschränkte sich auf rhetorische Beteuerungen, Deutschland könne „kein Einwanderungsland“ sein, um die Wähler zu beruhigen, wick im übrigen aber vor der veröffentlichten Meinung zurück. Nur einzelne CDU-Politiker versuchten einen härteren Kurs zu fahren, etwa Innensenator Heinrich Lummer in Berlin. Dessen verschärfter Erlaß zur Zuzugsbeschränkung stieß im November 1981 auf breite Kritik von SPD, FDP und DGB; der türkische Grünen-Politiker Özcan Ayanoglu protestierte sogar mit einem angehefteten Judenstern. Obwohl führende CDU-Politiker ebenso wie der scheidende Kanzler Schmidt schon 1982 gesehen hatten, daß die Grenzen der Belastbarkeit erreicht waren, blieb ein Umsteuern aus. Das Rückkehrprogramm der Anfangsjahre schief rasch ein, die Familienzusammenführung wurde sogar weiter liberalisiert. Die Zahl der Einwanderer hatte sich nach sechzehn Jahren Helmut Kohl nahezu verdoppelt.

Robert Hepp: *Different but equal – Aristotelisches zur Demokratie im Übergang vom DNS zur MKG*, in: Volker Beismann und Markus Josef Klein (Hrsg.): *Politische Lageanalyse*, Festschrift für Hans-Joachim Arndt, Bruchsal 1993.

Als Folge konstatierte Robert Hepp eine schleichende Entfremdung zwischen politischer Klasse und mehrheitlich den Multikulturalismus ablehnendem Staatsvolk. „Sofern sich noch einzelne Gegner der multikulturellen Gesellschaft zu Wort melden und auszusprechen wagen, was die Bevölkerungsmehrheit denkt, werden sie nicht nur von der linksextremen Rechtsextremismusforschung und den linksliberalen Medien, sondern auch schon von der Regierung, die sich offiziell noch gar nicht zum Ziel der MKG bekannt hat, sozusagen stellvertretend für das Volk als rechts-extreme „Verfassungsfeinde“ an den Pranger gestellt.“

Der Streit um den wachsenden Mißbrauch des deutschen Asylrechts als Vehikel der illegalen Einwanderung war ein Symptom dieser Entfremdung. Unter dem Eindruck des Aufstiegs der Republikaner als Protestpartei einigten sich die etablierten Parteien schließlich auf eine Verschärfung des Asylrechts, die am 1. Juli 1993 in Kraft trat. Nach Einführung der Drittstaatenregelung, die die Zurückweisung von über sichere Drittstaaten eingereisten Asylbewerbern erlaubt, sank die Zahl der Anträge von 438.000 (1992) auf 127.000 (1994). Für die Multikulturalisten war dieser „Asylkompromiß“ nach der unvorhergesehenen und ungeliebten Wiedervereinigung eine weitere Niederlage.

Der Gegenschlag war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon längst angesetzt. Anlaß boten Angriffe auf Asylbewerber und Einwanderer in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen zwischen September 1991 und Sommer 1993. Seit Ende 1992 wurden in mehreren Großstädten Hunderttausende zu „Lichterketten“ gegen „Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ mobilisiert. Im Zusammenspiel von Lobbygruppen und Medien wurde die Emotionalisierung des Themas Einwanderung derart hochgepeitscht, daß den Kritikern der „multikulturellen Gesellschaft“ (auch den parteipolitischen, die damit besonders getroffen werden sollten) nur die Defensive blieb.

Gegenpositionen zum Multikulturalismus wurden in den Jahren danach auch durch die rasante Etablierung einer regelrechten Multikulturalismus-Bürokratie erschwert. Man hatte erkannt, daß noch besser als

ein Marsch durch die Institutionen die Schaffung neuer, nur für Gesinnungsgenossen reservierter Institutionen ist. Öffentliches Geld wurde in den Neunzigern nicht nur in steigendem Maße direkt und indirekt für die Propagierung einwanderungsfreundlicher Haltungen und die Diffamierung kritischer Stimmen ausgegeben, sondern auch für die Schaffung von Stellen und Apparaten für Ausländerbeauftragte, Sozialarbeiter und Migrationsforscher, die sich gegenseitig regelmäßig die Notwendigkeit einer Ausweitung ihrer Aktivitäten bescheinigen. Parallel zum Aufstieg der Grünen als politischer Faktor wurde Multikulturalismus zum Karrierevorteil. 1989 trat Daniel Cohn-Bendit in Frankfurt Deutschlands erste Stelle eines Dezernenten „für multikulturelle Angelegenheiten“ an.

Die Unionsparteien experimentierten nach dem Machtverlust 1998 noch einmal mit einem Einspruch gegen den Multikulturalismus. Finanzexperte Friedrich Merz griff ein – bezeichnenderweise von dem eingewanderten Professor Bassam Tibi formuliertes – Schlagwort auf und forderte die Definition und Durchsetzung einer verbindlichen deutschen „Leitkultur“. Da in den Unionsparteien die Multikulturalisten in den eigenen Reihen seit den Zeiten von Heiner Geißler und Rita Süsmuth weiter an Einfluß gewonnen hatten, waren sie zu einer einheitlichen Haltung noch weniger als während der Kohl-Ära fähig. Nachdem auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, den Begriff scharf kritisiert hatte, wurde die Debatte beendet, bevor sie richtig begonnen hatte.

Mit dem rot-grünen Wahlerfolg von 1998 schien der Multikulturalismus den Durchbruch zur Staatsräson endgültig geschafft zu haben. Das erste „Reformprojekt“ der neuen Linksregierung betraf bereits die Aufweichung des Staatsbürgerschaftsrechts durch großzügige Doppelpaß-Gewährung und erleichterte Einbürgerung. Der Widerstand der Opposition beschränkte sich auf Wahlkampfmanöver wie die Unterschriftenaktion des späteren hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch.

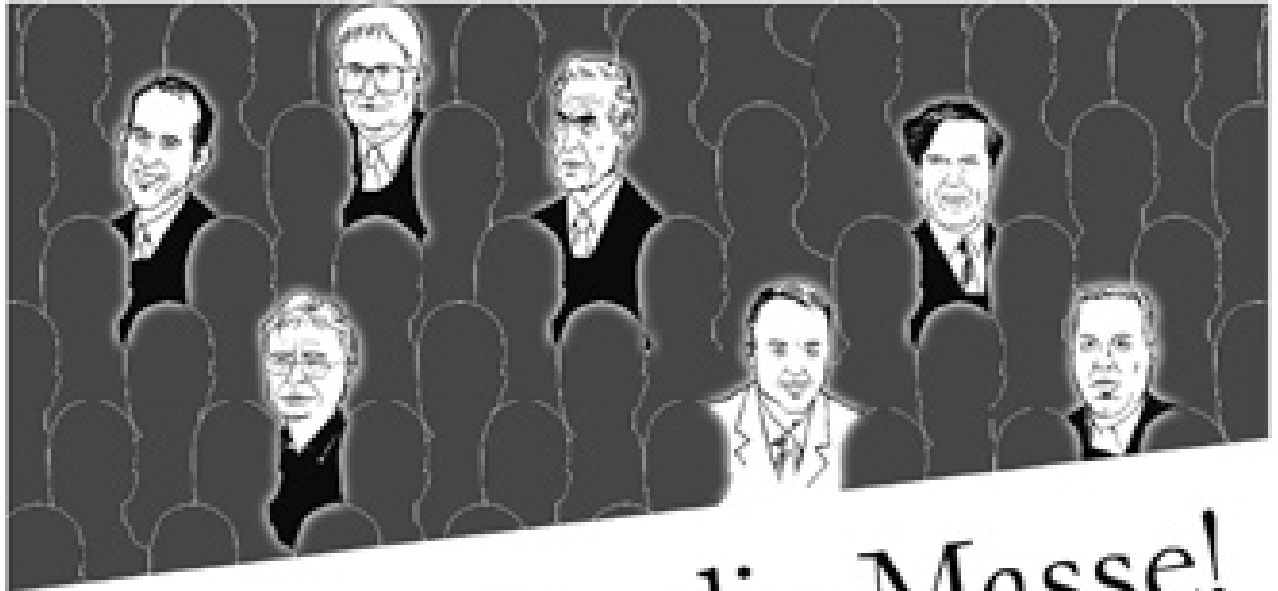
Auch wenn die Debatte weitgehend verstummte, blieben und bleiben die akkumulierten Probleme in der Realität unübersehbar. Gewalt zwischen Einwanderergruppen, muslimischer Antisemitismus, die Radikalisierung jugendlicher Einwanderer, denen niemand je Anpassung und Einfügung in die Gesellschaft abverlangt hat, schließlich die daraus erwachsende Krise des Bildungs- und Sozialsystems, all dies diskreditiert die multikulturelle Ideologie.

Kritik am Multikulturalismus wird daher zu Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend aus den eigenen Milieus geübt: von Praktikern wie dem Neuköllner Bezirksbürgermeister Buschkowsky, der den Multikulturalismus für „gescheitert“ erklärte, oder von aufgeklärten Einwanderern wie der Türkin Necla Kelek, die von den spezifisch deutschen Denkverböten unbeeindruckt bleiben. Diskursive Auffangpositionen werden vorbereitet. So spricht etwa der Grünen-Vorsitzende Fritz Kuhn im Zusammenhang mit der multikulturellen Gesellschaft nicht länger von einer fröhlichen Vision, sondern von „Streß, den wir aushalten müssen“

Die Selbstverständlichkeit, mit der im nachhinein die frühen Kritiker bestätigt werden, hat etwas nachgerade Zynisches. 1991 äußerte Daniel Cohn-Bendit in einem Interview: „Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt [...] Sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.“ Cohn-Bendits Risikobereitschaft, dennoch das Konzept des Multikulturalismus weiterzutreiben, ist deshalb verantwortungslos zu nennen, weil er selbst nicht zu denen gehört wird, die die Konsequenzen des Scheiterns zu tragen haben. Nun aber scheint die Zeit reif zu sein für eine fundamentale Auseinandersetzung, in der die in ihren Apparaten und Strukturen verschanzten Ideologen des Multikulturalismus von neuen Gegnern mit unerwartetem Hintergrund und in überraschenden Allianzen herausgefordert werden. Zur notwendigen Ausrüstung dieser Auseinandersetzung gehören ein gutes Erinnerungsvermögen und eine gehörige Portion Unversöhnlichkeit.

Argumente von Baader, Bouillon, Habermann, Hoppe, Hülsmann, Radnitzky, Weede und vielen mehr jeden Monat in:

eigentümlich  frei
INDIVIDUALISTISCH KAPITALISTISCH LIBERTÄR



Nichts für die Masse!



Capital!sta

Bücher von Burke, Erhard, Gómez Dávila, Hayek, Kuehnelt-Leddihn, Mises, Tocqueville und vielen anderen mehr!

Libertäre Zeitschrift: www.ef-magazin.de
Liberaler Literaturladen: www.capitalista.de

Gewalt und Identität

von Josef Daum

Die Unruhen in den französischen Vorstädten und die in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Rassenunruhen in Nordengland lassen das Interesse an einem Phänomen wachsen, das in der sogenannten Dritten Welt nach dem Zweiten Weltkrieg längst zu einer das politische Leben strukturierenden Größe geworden ist: spontane ethnische Massengewalt.

Der Anthropologe Stanley Tambiah hat dieses Phänomen in Südasien (Pakistan, Indien und Sri Lanka) untersucht und kam zu theoretisch faszinierenden, politisch allerdings beunruhigenden Ergebnissen (Stanley Tambiah: *Leveling Crowds. Ethnonationalist conflicts and Collective Violence in South Asia*, Berkeley: University of California Press 1997, 417 S., kt, 27.50 \$). Die Unruhen in Bombay in der ersten Hälfte der neunziger Jahre sind dabei besonders aufschlußreich, weil Tambiah Bombay für einen Ort hielt, der dem Ethnonationalismus nicht besonders förderlich sei, da es sich um eine der kosmopolitischsten Städte Indiens handelte, ein Zentrum von Handel und Finanzwesen. Der Zustrom von Einwanderern aus anderen Teilen Indiens verstärkte jedoch die Arbeitslosigkeit, und die Slums dehnten sich immer weiter aus. Infolge dieser Entwicklung luden sich die Konflikte zwischen Zugewanderten und Einheimischen stärker auf und wurden zunehmend als Konflikte zwischen Muslimen und Hindus wahrgenommen. Als die Unruhen im September 1992 ausbrachen, blieben sie nicht auf die Armenviertel beschränkt. Sie breiteten sich von den südlichen Zentralbezirken über die Vororte aus und erreichten in der zweiten Phase die Innenstadt und die Wohngebiete der Mittelschicht. Da auf die örtlichen Polizeikräfte kein Verlaß mehr war, mußten die Streitkräfte zur Bekämpfung der Aufstände eingreifen. 227 Menschen starben bei den September- und 557 bei den folgenden Januarunruhen. Weitere 317 Menschen kamen bei Bombenanschlägen ums Leben. Ziel der von der hindu-nationalistischen Shev-Sena-

Bewegung geförderten Unruhen war nach Tambiah die „geographische Reorganisation“, die Schaffung ethnisch homogener Stadtviertel. Da sich Minderheiten in Bezirken unter einer feindlichen ethnischen Mehrheit nicht mehr sicher fühlen konnten, kam es tatsächlich zu einem Bevölkerungsaustausch.

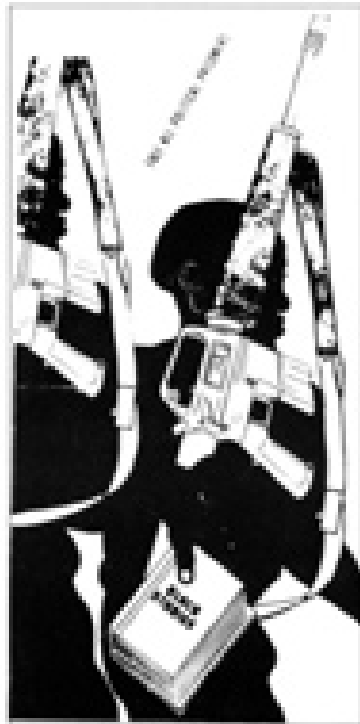
Bei Vergleichen mit anderen ethnischen Massenunruhen in Südostasien stieß Tambiah auf den quasi rituellen Charakter ethnischer Massengewalt. Die von ihm untersuchten Ausbrüche der Gewalt orientierten sich zum Beispiel am religiösen Kalender. Bestimmte Festtage, Prozessionen, regelmäßig wiederkehrende religiöse Versammlungen und Gedenkfeiern sind berechenbare Anlässe für den Ausbruch von Gewalt zwischen den Gruppen. Tambiah nähert sich diesem merkwürdigen Phänomen interpretatorisch mit dem Rückgriff auf zwei klassische Vordenker der Sozialpsychologie. Gustave Le Bon und Emile Durkheim konzentrierten sich auf die eigentümlichen Charakteristika von Kollektiven. Für Le Bon standen dabei die destabilisierenden, destruktiven Eigenschaften im Vordergrund, wohingegen Durkheim seinen Fokus auf die Schaffung von Solidarität und Integration in die Gemeinschaft legte (Gustave Le Bon: *Psychologie der Massen*, Stuttgart: Kröner 1982, 156 S., 10.30 € / Emile Durkheim: *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1994, 604 S., 18.00 €). Tambiahs Pointe ist letztlich, daß beide Sichtweisen sich nicht nur nicht widersprechen, sondern zwei Seiten derselben Medaille darstellen. Beide dienen letztendlich der Sakralisierung und Intensivierung der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit. Da die politische Bedeutung der Massenpsychologie in direktem Zusammenhang mit der Demokratisierung der modernen Gesellschaft steht, ist es nach Tambiah auch kein Paradox, daß eine Demokratie mit gut funktionierenden demokratischen Institutionen wie die indische gerade dem Phänomen ethnischer Ge-

walt Vorschub leistet. Die Demokratie ist vielmehr eine Art Katalysator für die Formierung ethnisch definierter Massen, denen in modernen „Massen“-Demokratien überhaupt erst die Möglichkeit gegeben worden ist, ihre Ressentiments und ihr kollektives Identitätsbedürfnis zu artikulieren. Der ethnische Nationalismus sei daher kein archaisches Phänomen, sondern eine moderne Bewegung, die auf die regionalen Traditionen zurückgreift und auf nationaler Bühne für sich nutzbar macht.

Die wiederkehrende Bedrohungserfahrung verstärkt dabei die Tendenz zur Verdrängung einer Vielzahl von Identifikationsmöglichkeiten, die sonst den Alltag bestimmen (Familie, Religion, Profession, Freundschaftsnetzwerke und so weiter), zugunsten einer einzigen kollektiven Bezugsgröße. Aus der Vielfalt sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Interessenverbände werden im Laufe der Auseinandersetzung klar voneinander unterscheidbare Kollektive. Es entsteht eine ethnische und politische Eindeutigkeit, die vor dem Ausbruch des Konfliktes so nicht vorhanden war.

Diesen Identität stiftenden Charakter des Konflikts hat auch René Girard beschrieben. Girard behauptet, daß es nicht konkrete rationale Ziele sein müssen, die Gemeinschaften dazu nötigen, einen Akt kollektiver Gewalt zu begehen. Seiner Meinung nach bringt der „mimetische Wunsch“, also das Streben nach dem, wonach auch die anderen streben, uns zwangsläufig in Konflikt mit unserer sozialen Umwelt. Der Kampf aller gegen alle würde Platz greifen, die Grenzen der Zugehörigkeit würden verschwimmen und die Gemeinschaft sich auflösen, wenn nicht in Abständen in einer gewalttätigen Form kollektiver Katharsis, die nach Girard sowohl der Ursprung des Mythos als auch des Rituals ist, die kulturelle Ordnung wiederhergestellt werden könnte (René Girard: *Das Heilige und die Gewalt*, Düsseldorf: Patmos 2006, 480 S., kt, 14.95€). Bei Tambiah ist dieser ritualisierte Opfergang im Grunde nichts anderes als der ethnische Aufstand, der Identität festigt, indem er jeden einzelnen zwingt, sich klar einer Gemeinschaft zuzuordnen. Girard hat diesen Prozeß so ausgedrückt: „Die von einander nicht unterschiedenen, kämpfen gegeneinander, um sich voneinander zu unterscheiden.“ (René Girard: *Der Sündenbock*, Zürich: Benziger 1988, 302 S.)

Bestätigt werden diese Erkenntnisse durch die Forschungen von Peter Waldmann. In seiner Studie zum Thema Terrorismus und Ethnizität hat er bereits in den achtziger Jahren auf die verstärkenden Wirkungen der Gewalt auf das kommunale Gemeinschaftsgefühl hingewiesen. Der permanente Druck des Nordirlandkonfliktes habe in Ulster und besonders in Belfast zur Entstehung ethnisch homogener Stadtviertel geführt, deren Zusammenhalt er damals mit der Solidarität vormoderner Dorfgemeinschaften verglich. Gerade die Gewalt nach außen stärke den Zusammenhalt nach innen, was sich am Rückgang der alltäglichen Kriminalität und Drogenabhängigkeit, ebenso wie in der Zunah-



Aufruf zum bewaffneten Kampf, Plakat der Black Panther Party aus den sechziger Jahren

me der Nachbarschaftsinitiative und der Nivelierung sozialer Unterschiede zeige. In diesem positiven Gefühl des sozialen Zusammenhalts und der Aufwertung des Status von jungen Männern aus der Unterschicht sah Waldmann wichtige Gründe für die Unlösbarkeit ethnischer Konflikte (Peter Waldmann: *Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte*, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften 1989, 437 S.). In einem neueren Aufsatz Waldmanns zeigt sich, daß seine Schlußfolgerungen nach einem erfahrungsreichen Jahrzehnt von der Realität bestätigt wurden (Peter Waldmann: *Zur Asymmetrie von Gewaltdynamik und Friedensdynamik am Beispiel von Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Konflikten*, in: Wilhelm Heitmeyer und Hans-Georg Soeffner (Hrg.): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2004, 560 S., 15.00€). Im Falle von Nordirland habe sich gezeigt, daß in Phasen des Waffenstillstandes der Gewaltpegel kaum zurückgegangen sei, sondern sich lediglich vom Konflikt zwischen den Konfessionsgruppen auf die Rivalität innerhalb der religiösen Gruppierungen hin verlagert habe. Was den Zwang zur Aggression nach außen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren zu bestätigen scheint. Waldmann gelangt zur pessimistischen These von der „strukturellen Überlegenheit von Gewalt gegenüber Friedensprozessen“. Er zieht daraus die bittere Konsequenz, „daß es die zunehmende Segregation der Bevölkerung in mehr oder weniger geschlossene konfessionelle oder ethnische Siedlungsgruppen zu akzeptieren gilt.“ Wie die Erfahrung zeige, „zählt räumliche Distanz zu den wichtigsten Präventivmaßnahmen, mit denen einander nicht freundlich gesonnene soziale Gemeinschaften dafür sorgen, daß die Konflikte und Spannungen zwischen ihnen innerhalb kontrollierbarer Grenzen bleiben“.

Prophet im eigenen Land

von Wiggo Mann

Martin van Creveld ist berühmt, weil er die welt-historisch neuen Formen der „asymmetrischen“ Kriegführung theoretisch erfaßt und damit wissenschaftliche Pionierarbeit geleistet hat. Dafür wird er häufig mit dem Attribut „bedeutendster lebender Militärhistoriker“ versehen. Die Beschäftigung mit van Crevelds Thesen lohnt sich immer. Man sollte sich aber vielleicht stärker als bisher vergegenwärtigen, in wie starkem Maße sie von der Auseinandersetzung mit den konkreten Problemlagen desjenigen Landes geprägt sind, in dem er lebt und lehrt. Die Bücher, in denen dieser Bezug auch explizit wird, sind leider meist nicht ins Deutsche übersetzt.

Seine kritische Auseinandersetzung mit den israelischen Streitkräften erzählt die Ge-



Moshe Dayan

schichte des Niedergangs der schlagkräftigsten konventionellen Armee seit dem Zweiten Weltkrieg (Martin van Creveld: *The Sword and the Olive. A Critical History of the Israeli Defense Force*, New York: Public Affairs 1998, 422 S., kt, 27.50 \$). Lange Zeit war die *Israeli Defense Force* (IDF) die „ultimative Garantie“ für die Existenz des Staates Israel – nicht nur in den Augen der Israelis. Doch am Ende des Buches muß van Creveld konstatieren: „In der Mitte der neunziger Jahre war der Glaube Israels an seine Streitkräfte gebrochen.“ Was weder der britischen Kolonialmacht, dem Panarabischen Nationalismus noch den sowjetischen Militär-experten gelungen war, erreichten die steinerwerfenden Jugendlichen in Gaza und der West-bank: die weitgehende Demoralisierung der israelischen Streitkräfte. 1995 gaben 72 Prozent der israelischen Rekruten an, der Dienst in den besetzten Gebieten sei „sehr demoralisierend“. Obwohl der Lebensstandard und die medizinische Versorgung der israelischen Bevölkerung sich in den achtziger Jahren stetig verbessert hatten, ging die Zahl der „kampftauglichen“ Wehrpflichtigen von 76 Prozent im Jahr 1986, ein Jahr vor dem Ausbruch der Intifada, auf 64 Prozent zehn Jahre später zurück. Zur gleichen Zeit bezeichnete der Generalstab die Moral der Reservisten als „kritisch“. In Israel, einem Land, in dem die Armee bis dahin einen unvergleichlichen Status eingenommen hatte, begann eine wachsende Zahl junger Männer sich dem Wehrdienst zu entziehen. Deren Zahl ging seit dem Ausbruch der Intifada in die Zehntausende, und die israelischen Streitkräfte hatten wachsende Probleme, Reservisten einzuziehen. Obwohl bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als 350 Israelis ihr Leben verloren hatten, hatte die israelische Armee nicht nur im Frieden eine Schlacht verloren, „sondern war in der Gefahr, auch ihrer Vergangenheit beraubt zu werden, einer quasi mythologischen Vergangenheit, die die Essenz der Moral jeder Armee ist, ob alt oder jung“.

Es ist anzunehmen, daß van Creveld diese Entwicklung vor Augen hatte, die sich direkt vor seiner Haustür ereignete, als er das Konzept der „Neuen Kriege“, in dem die Schwachen über die Starken siegen, entwickelte.

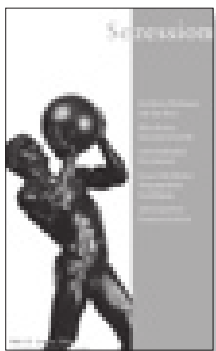
Quasi als Pendant zur Kollektivbiographie der IDF erschien sechs Jahre später ein Porträt ihres berühmtesten Kriegers (Martin van Creveld: *Moshe Dayan*, London: Weidenfeld & Nicholson Military 2004, 224 S., kt, 24.50€). Wie kein anderer wurde Moshe Dayan zur Symbolfigur des „neuen Juden“, der sich vom alten Bild des „weinerlichen“ Diasporajuden durch Unbeugsamkeit und kämpferische Selbstbehauptung abheben sollte und mit Sprüchen wie „Israel must be like a rabid dog“ berühmt wurde. Nach einer harten Kindheit auf den Farmen Degania, dem ersten *kibbutz* in Israel, und Nahalal sowie dem militärischen Lehrjahren im Weltkrieg in der jüdischen Freiwilligeneinheit *Palmach* folgte der Aufstieg in der Befreiungsarmee *Haganah* bis zum Oberbefehlshaber der IDF ab 1953. Für die überaus erfolgreiche Suezkampagne von 1956 wurde Dayan Ritter der französischen Ehrenlegion. Während sich der geborene Krieger als Landwirtschaftsminister bis 1964 eher schwertat, avancierte er nach seiner Rückkehr in die große Politik als Verteidigungsminister im Sechs-Tage-Krieg 1967 zum verkörperten Retter der Nation und zum medialen Kultstar in der ganzen Welt. Dieses Bild bekam allerdings im Jom-Kippur-Krieg von 1973, in dessen Folge das Kabinett, dem Dayan angehörte, zurücktreten mußte, einige Risse. Der einst als „Falke“ geltende Minister hatte während des Krieges Anzeichen von Mutlosigkeit, nahe am Defätismus, gezeigt. In seinen letzten Lebensjahren entwickelte er sich immer mehr zur „Tauben“, deren äußerst erfolgreiches diplomatisches Wir-

ken als Außenminister unter Menachem Begin schließlich zu einem Abkommen mit Anwar as-Sadats Ägypten führte. Van Creveld würdigt den Mann mit der markanten Augenklappe als Markenzeichen (das Auge hatte er im Weltkrieg durch einen Heckenschützen eingebüßt) nicht nur als gefürchteten Krieger, Staatsmann und Diplomaten, sondern auch in seinen eher schillernden Facetten als notorischer Querkopf, passionierter Hobby-Archäologe und berüchtigter Frauenheld.

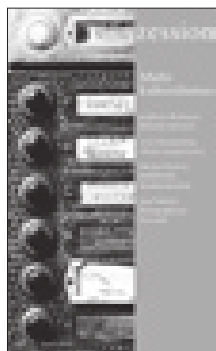
Dayan scheint für van Creveld dem Idealbild eines guten soldatischen Führers ziemlich nahe zu kommen, zumal er eine Prämisse mit ihm teilt, die er schon 1985 äußerte, nämlich die Auffassung von der Unmöglichkeit, das Kriegshandwerk durch die Technik zu ersetzen und auf mathematische Formeln zu reduzieren (Martin van Creveld: *Command in War*, London: Harvard University Press 1987, 352 S., 22.50\$). Dort wirft van Creveld auch der israelischen Führung vor, im Jom-Kippur-Krieg den modernen Informationssystemen mehr getraut zu haben als den „eigenen Augen“. Schon in Vietnam stand am Ende ein Paradox, das van Creveld *Pathologie der Information* nennt. Das gewaltige Kommunikationssystem brach unter seinem eigenen Überschuß an Informationen zusammen.

Den Schritt von der Analyse der Fehler der Vergangenheit zur Handlungsempfehlung für die Zukunft ging van Creveld aufgrund einer Bitte seiner besorgten Ehefrau. In *Defending Israel* plädiert er für einen, wenn nötig unilateralen, Rückzug der Armee aus den besetzten Gebieten (Martin van Creveld: *Defending Israel. A controversial Plan towards Peace*, New York: St. Martin's Press 2004, 224 S., 21.95\$). Van Creveld argumentiert pragmatisch: Nach dem gewonnenen Sechs-Tage-Krieg hatte Israel

Heft 12



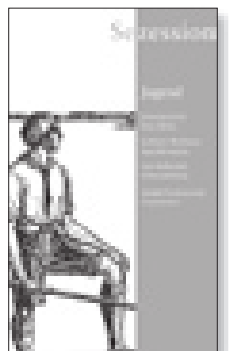
Heft 13



Heft 14



Heft 15



Im Abonnement
4 Hefte im Jahr für 30€, ermäßigt 20€.

Sezession
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
Tel / Fax (034632) 90942

Sezession

„Unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will“
(Junge Freiheit)

„Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz“ (Tagesspiegel)



„Muskeljuden“: Aufmarsch der jüdischen Miliz Haganah in Jerusalem, 1932

die Palästinensergebiete besetzt, um die strategische Tiefe zu vergrößern. Bezüglich einer dauerhaften Kontrolle über die feindlich gesinnte palästinensische Bevölkerung in der Westbank war schon Moshe Dayan äußerst skeptisch. Dayan, vertraut mit der arabischen Wesensart und gut befreundet mit Arabern, erwartete in zwei bis vier Jahren die ersten Aufstände. Daß diese dann erstaunlich lange ausblieben, lag zum Teil an Dayans schonender Verwaltungspraxis, zum Teil am allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung dieser Jahre, von dem auch die Palästinenser profitierten. Mit größter Skepsis betrachtet van Creveld in diesem Kontext die mit allen staatlichen Mitteln geförderte Siedlungspolitik. Angesichts der sehr ungleichen demographischen Entwicklung argumentiert er auch hier pragmatisch: Wenn man nicht genügend Leute hat, um ein anderes Volk zu kolonisieren, dann sollte man es eben lassen. Dies hat ihm – wenig überraschend – starke Antipathien auf seiten der rassistisch oder religiös motivierten Siedlerlobby eingebracht. Denjenigen Linken dagegen, die von einem friedlichen, multikulturellen Zusammenleben von Israelis und Palästinensern phantasieren, paßt sein Plan von einer Segregation der Völker durch eine Mauer, die so hoch ist, daß „kein Vogel darüber fliegen kann“, erkennbar ebenfalls nicht ins Konzept.

Für den Rückzug und die Mauer spricht aus israelischer Sicht indes einiges. Zunächst ist die „strategische Tiefe“ durch die überwältigende konventionelle Überlegenheit der IDF im Nahen Osten nur noch von sekundärem Interesse, während die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen relativ unabhängig vom konkreten Verlauf der Grenzen besteht. Schon 1993 provozierte van Creveld zudem mit der These: „Die Proliferation hat die Stabilität im Verhältnis der Staaten, die Nuklearwaffen besitzen oder mit ihnen konfrontiert sind, vergrößert und nicht verringert.“ Selbst Diktatoren wie Stalin, Chruschtschew oder Mao sind offensichtlich niemals ernsthaft in die Versuchung gekommen, ihre Nuklearwaffen tatsächlich einzusetzen. Nuklearwaffen erscheinen van Creveld als die großen „Spielverderber“, wie er es jüngst in einem Potsdamer Vortrag ausdrückte. Sie beenden das Zeitalter der großen Strategie. Er sagte bereits damals voraus, daß sich die Austragung der

Konflikte von Staaten auf nichtstaatliche Organisationen verlagern würde, da selbst zutiefst verfeindete Staaten sich gegenseitig durch ihre nukleare Rüstung neutralisieren würden. Dies ist eine Sichtweise, die in der aktuellen Debatte im Blick auf den Iran sicher besondere Brisanz besitzt, zumal geäußert von einem Israeli, der in diesem Buch auch die immer noch geleugnete Nuklearrüstung seines eigenen Staates beschreibt. (Martin van Creveld: *Nuclear Proliferation and the Future of Conflict*, New York: The Free Press 1994, 180 S., 22.95 \$).

Während also die besetzten Gebiete strategisch nicht mehr viel Wert haben, verursachten die fortgesetzten Sicherheitsbemühungen für die Juden in diesen Gebieten so enorme psychologische und ökonomische Kosten (die van Creveld im einzelnen vorrechnet), daß durch eine Bereinigung der Situation und die Umlenkung der menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen in Industrie und Forschung dem Land ein veritabler Wirtschaftsaufschwung blühen könnte. Durch die Mauer wäre die Grenze kürzer, und somit besser zu kontrollieren und zu verteidigen. Die Mehrzahl der Palästinenser bliebe außerhalb der Grenzen ihrem Schicksal überlassen, während die Araber mit israelischer Staatsangehörigkeit sich stärker zur Assimilierung genötigt sehen könnten. Van Creveld diskutiert im Detail die dann noch verbleibenden Aufgaben, eine fortgesetzte „Revolution in Military Affairs“ beispielsweise oder das Anlegen von Entsalzungspflanzenanlagen, um ausfallendes Wasser aus der Westbank zu ersetzen. Was bei Umsetzung dieses Planes mit den verbliebenen jüdischen Siedlern geschehen würde, kann man sich leicht ausrechnen. Van Creveld wäre offenbar bereit, dieses Opfer zu bringen, um das Ganze zu retten. Und offensichtlich gewinnt diese Vorstellung in der israelischen Gesellschaft zunehmend an Attraktivität. Die Mauer ist gebaut, der Gazastreifen bereits geräumt. Das jüdische Volk bewegt sich in die Richtung, die van Creveld weist, und wird sich dadurch vielleicht über die nächste Jahrhundertwende retten. Es ist die Tragik der Deutschen, daß sie bisher weder einen Wegweiser vom Kaliber van Crevelds hervorgebracht, geschweige denn die Kraft für die harten aber notwendigen Schritte zum Überleben gefunden haben.

Autoren dieses Heftes

Daniel Bigalke, 1980, studierte Politikwissenschaft in Berlin. Derzeit freier Autor und Lektor.

Dr. Peter Boßdorf, 1962, studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie und arbeitet als PR-Berater. Verheiratet, fünf Kinder.

Josef Daum, 1979, studierte Geschichte und Volkswirtschaft in Dresden und Berlin. Derzeit Promotion über ethnologische Wirtschaftskonzepte.

Wiggo Mann, 1972, studierte Politik und Soziologie in Berlin und Halle an der Saale. Derzeit Promotion über sozialistische Konzepte von rechts.

Michael Paulwitz, 1965, studierte Geschichte in München. Derzeit freier Journalist und Redakteur. Verheiratet, zwei Kinder.

Burkhard Raue, 1972, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Kommunikations- und Medienwissenschaften. Derzeit Promotion über die Leitbildfunktion von Familienserien des Fernsehens der DDR.

Arne Schemmerling, 1971, studierte Architektur in Weimar. Derzeit freiberuflicher Architekt.

Daniel L. Schikora, 1977, studierte Geschichte und Sozialwissenschaft in Erfurt und München. Derzeit Promotion über die *laïcité* in Frankreich.

Prof. Dr. Josef Schmid, 1937, studierte Betriebs- und Volkswirtschaft in München und Innsbruck sowie Soziologie, Psychologie und Philosophie in München. Habilitiert als Bevölkerungswissenschaftler. Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bamberg.

Buchveröffentlichungen (Auswahl):

Mit Andreas Heigl und Ralf Mai: *Sozialprognose – Die Belastung der nachwachsenden Generation*, München 2000.

Die Moralgesellschaft. Vom Elend der heutigen Politik, München 1999.

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, studierte Geschichte und Evangelische Theologie. Promoviert als Historiker.

Buchveröffentlichungen (Auswahl):

Mit Armin Mohler: *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 6., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Graz 2005.

Die Besiegten. Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945, Schnellroda 2005.

Re-Islamisierung: Ethnoreligiöser Nationalismus im albanisierten Kosovo

von Daniel L. Schikora

Im August 1999 stellte Sergio Vieira de Mello, ehemaliger UN-Administrator für das Kosovo, den militärischen Angriff der NATO auf ein Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, Jugoslawien, ausdrücklich in die Traditionslinie des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition: „Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazikonzept. Genau das haben die alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der UN eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte – nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern.“

De Mello, der persönlich im Mai/Juni 1999 maßgebend daran beteiligt war, die UNO als Instrument einer ex-post-festum-„Legalisierung“ der Ergebnisse des Jugoslawien-Krieges der NATO zur Geltung zu bringen, interpretierte deren Neuordnungspolitik also als Ausdruck des Bekenntnisses zu den Werten und Normen einer liberal-demokratischen *melting pot society*. Hierin befand sich der brasilianische UN-Diplomat in weitgehender Übereinstimmung mit Jürgen Habermas. Dieser hatte im April 1999 – während des 78tägigen Bombenkrieges gegen Jugoslawien – „den prekären Übergang von der klassischen Machtpolitik zu einem weltbürgerlichen Zustand“ begrüßt. „Staaten wie Libyen, Irak oder Serbien“, welche „ihre instabilen Verhältnisse im Inneren durch autoritäre Herrschaft und Identitätspolitik“ ausglich, „während sie sich nach außen expansionistisch verhalten, in Grenzfragen sensibel sind und neurotisch auf ihre Souveränität pochen“, stellte Habermas „19 zweifellos demokratische Staaten“ gegenüber – unter diesen der NATO-Mitgliedstaat Türkei, deren ausgesprochen rigide „Identitätspolitik“ bis hin zur staatlich verordneten

Leugnung des Völkermordes an den Armeniern Habermas ausblendete. Immerhin räumte Habermas allerdings ein, daß die NATO-Mächte als Partei gegenüber der anderen Partei – „Serbien“ – „paternalistisch“ gehandelt hätten, um „mit Waffengewalt“ den Serben „eine politische Ordnung [aufzunötigen], die gleiche Rechte für alle Bürger garantiert“.

Wie gestaltete sich nun die Durchsetzung jener politischen Ordnung, die in Kosovo-Metohija (Kosmet) „gleiche Rechte für alle Bürger“ garantieren sollte? Tatsächlich weigerte die unter NATO-Ägide stehende Kfor-Verwaltung sich, der aus der Resolution 1244 des Weltsicherheitsrates folgenden Verpflichtung zu einer Entwaffnung der albanischen UCK-Verbände nachzukommen und so den Schutz aller Einwohner der Provinz zu garantieren. Bundeskanzler Schröder erklärte während seines Kosmet-Besuchs im Juli 1999, wer als Serbe guten Willens sei – also nicht etwa jeder auf dem Amsfeld lebende Serbe –, habe das Recht darauf, in einem selbstbestimmten Kosovo zu leben. Im darauf folgenden Jahr veröffentlichte die SPD-Bundestagsfraktion auf ihrer Internet-Seite einen „Bericht von einer Kurzreise in den Kosovo“, die MdB Susanne Kastner im März 2000 unternommen hatte. Kastner gab zum besten, es sei „zwar nicht zu tolerieren, aber zu verstehen“, daß angesichts der erlittenen Untaten „die Haßgefühle der Kosovaren gegenüber den Serben nach wie vor sehr stark sind“. Als „Kosovaren“ galten der SPD-Abgeordneten offenkundig nicht die aus dem Kosovo vertriebenen Serben, Roma, Aschkali, Juden, Kroaten, slawischen Muslime, Türken oder die albanischen UCK-Gegner, denn deren „Haßgefühle“ dürften sich in erster Linie gegen die triumphierenden albanischen Gewaltsektionisten gerichtet haben.

Durch eine massive militärische Aufrüstung der albanischen Terrororganisation UCK als einer Landarmee gegen die jugoslawische



*Kfor-Truppen versuchen
UCK-Sympathisanten
aufzuhalten, 2000*

Hoheitsmacht hatte die Clinton-Administration den Gewaltverbrechen Vorschub geleistet, die die UCK-Milizen nach dem Abzug der serbischen Verbände an wehrlosen Zivilisten beginnen. 330.000 Serben, Roma und andere Nicht-Albaner wurden vertrieben oder zur Flucht ins unbesetzte Serbien gezwungen. Auch die jüdische Gemeinde Pristinas fiel dem Terror der UCK zum Opfer. Ihr Vorsitzender, Cedra Prlincevic, der im November 1999 nach Belgrad ausreiste, diagnostizierte einen „Pogrom gegen die nicht-albanische Bevölkerung“. Mit Blick auf „die massive rassische Verfolgung der Roma, Aschkali und ‚Ägypter‘ durch nationalistische Albaner im Kosovo“ warnte die – gewiß nicht pro-serbische – „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) im Juni 2005 sogar vor einem sich ankündigenden Genozid: „Die Situation dieser Minderheiten dort entspricht der Lage der Juden und Sinti in den Jahren vor Beginn des Holocaust.“ (Pressemitteilung der GfbV vom 24. Juni 2005) Demgegenüber hatten im April 1999 die rot-grünen Minister Scharping und Fischer den Bombenkrieg gegen Jugoslawien als eine humanitäre Friedensoperation zur Verhinderung einer Wiederauflage von „Auschwitz“ zu legitimieren versucht.

Wie seit 1974 im türkisch besetzten Nord-Zypern, so waren seit 1999 in dem unter internationaler Verwaltung stehenden Kosmet die religiösen Stätten des orthodoxen Christentums vorrangige Anschlagziele einer Politik ethno-religiöser „Säuberung“: Über 100 Kirchen und Klöster fielen dem albanisch-muslimischen Ethno-Nationalismus zum Opfer. Die Geschichte des mittelalterlichen serbischen Staates, der im Jahre 1389 infolge der Schlacht auf dem Amsfeld (Kosovo polje) durch die Osmanen ausgelöscht wurde, ist eng mit der kulturellen Entfaltung des Kosmet als eines Herzstücks der serbischen Orthodoxie verbunden, das etwa 1300 serbisch-orthodoxe Kirchen, Klöster und andere Monumente birgt, welche teilweise ins 10. Jahrhundert zurückgehen.

Die Schändung von Heiligtümern der serbisch-orthodoxen Kirche im Kosmet zielt offenkundig auf die systematische Auslöschung eines Kulturerbes. Auch unter der osmanischen Herrschaft, die erst in der Periode der Balkankriege 1912/13 ihr Ende fand, blieb das Kosmet mehrheitlich serbisch besiedelt. Allerdings

wurde – insbesondere in den letzten 100 Jahren der osmanischen Souveränität – ein Teil der autochthonen serbischen Bevölkerung durch die albanische Minorität vertrieben, deren Angehörige – anders als die Serben – größtenteils zum Islam übergetreten waren. Ungeachtet dessen stellten die Serben noch 1929 etwa 61 Prozent der Gesamtbevölkerung des Territoriums.

Marginalisiert wurden die im Kosmet lebenden Serben (und anderen Nicht-Albaner) erst in dem auch im „Westen“ vielgepriesenen „multiethnischen“ Jugoslawien Titos. Die föderalistische Verfassung von 1974 gewährte der inzwischen mehrheitlich albanisch besiedelten und 1970 in „Kosovo“ (anstelle von „Kosovo und Metohija“) umbenannten Provinz einen extensiven Autonomiestatus. Die gewalttätigen Übergriffe auf Serben und die Passivität von (albanisch dominierter) Polizei und Justiz gegenüber solchen Ausschreitungen – bei gleichzeitiger staatlicher Umwandlung orthodoxer Kirchen und Klöster in Moscheen – lösten in den 1980er Jahren auch internationale Proteste aus. Auf den damaligen „Exodus der Kosovo-Serben“, wie er 1988 auch im US-Repräsentantenhaus thematisiert wurde, reagierte der Vorsitzende der serbischen Kommunisten, Slobodan Milosevic, mit einer Aufhebung der politischen Autonomie der Provinz zwecks Zurückdrängung der albanischen Dominanz im Kosmet.

An die separatistische Politik einer Herausdrängung der nicht-albanischen Bevölkerungsteile aus dem Kosmet knüpften die Milizen der islamistisch durchsetzten UCK an. Diese rief 1996 durch terroristische Angriffe nicht nur auf jugoslawische Polizisten, sondern auch auf serbische Zivilisten eine bürgerkriegsartige Situation im Kosmet hervor, die zu beenden zum offiziellen Ziel der NATO-Interventionspolitik erhoben wurde. Dabei trat der Nordatlantikpakt zwischen dem 24. März und dem 10. Juni 1999 als „Luftwaffe der UCK“ (Henry Kissinger) hervor. Anschließend ist den im Kosmet verbliebenen Serben – unter zynischem Verweis auf das Postulat eines „multiethnischen Kosovo“ – stets eine Autonomie unter den Bedingungen einer „Kantonalisierung“ des Territoriums verweigert worden. Dessen formelle Unabhängigkeit von Serbien, wie sie insbesondere die USA favorisieren, würde den Monokulturalismus der albanisch-muslimischen Nationalisten „legalisieren“.

Die Hoffnung stirbt zuletzt – Neues zur Integration

von Burkhard Raue

Die islamischen Aufstände nach dem Karikaturenstreit in Dänemark, die bürgerkriegsähnlichen Zustände in den Vororten der französischen Großstädte, der Mord an dem Filmemacher van Gogh in Holland oder die Morddrohungen gegen die niederländische Integrationsministerin Rita Verdonk wegen ihres konsequenten Eintretens für das Burka-Verbot bringen es an den Tag: Der Terror rückt näher, „die Zeit des gemütlichen Teetrinkens ist vorbei“ (Verdonk in der *Zeit* vom 2. März 2006). Nun müssen auch Innenminister Wolfgang Schäuble und die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer wie ihre europäischen Amtskollegen eingestehen, daß die Integration insbesondere der Muslime weitgehend mißlungen ist. Weder Assimilierungsversuche noch Multikulti-Strategien führten zum Ziel, sind im Gegenteil dabei, die Noch-Mehrheitsgesellschaften zu überfordern. Tatsächlich entdeckt man jetzt, daß „interne Gründe innerhalb ethnischer und religiöser Minderheiten“ (*Zeit* vom 14. November 2005) für die Nichtanpassung der Migranten verantwortlich sein könnten, obwohl schon die Fatwa gegen Salman Rushdie hätte aufmerken lassen müssen.

So wächst sehr spät die Erkenntnis, daß die Einwanderer die Schuld an ihrer fehlenden Integration hauptsächlich selbst tragen und der „Wille, hier heimisch zu werden“ (Schäuble) oft nicht einmal ein frommer Wunsch ist. Da helfen kein „Einbürgerungsleitfaden“ wie in Baden-Württemberg und kein „Handbuch für Deutschland“, das Fremden erklärt, warum sie eine Münze in den Einkaufswagen zu stecken hätten. Viele der Zugewanderten sind auch nach Jahren der deutschen Sprache nicht mächtig, die erst ein Verständnis von Kultur und Gesellschaft des Aufnahmelandes ermöglichen würde. Die jüngste Empörung gegen das Ansinnen einer Berliner Realschule mit 90 Prozent Ausländeranteil, die deutsche Sprache zur Pflicht bei *allen*

schulischen Aktivitäten zu machen, kann dann nicht mehr verwundern. Die Kriterien, nach denen eine kulturelle Integration erfolgen sollte, sind völlig unklar. Die jüngsten Diskussionen darüber weisen nur auf den Gesamtzustand der europäischen und deutschen Gesellschaft hin.

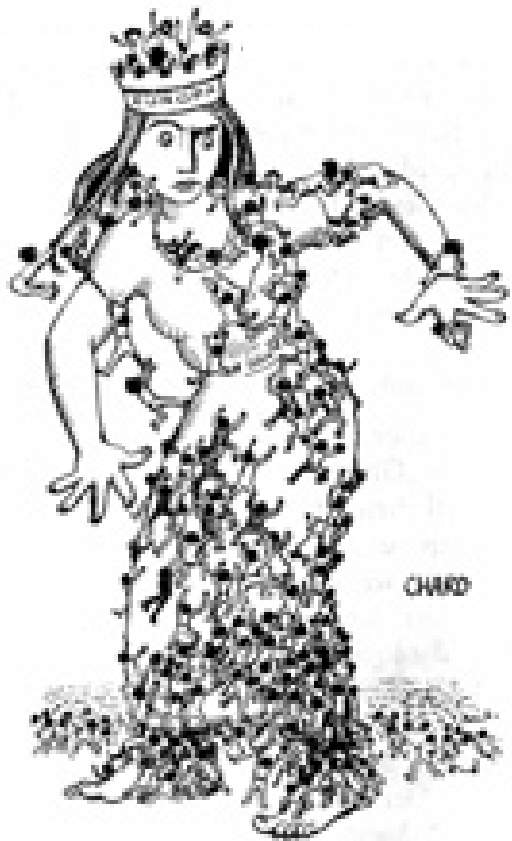
Immerhin trägt das „Forum für Verantwortung“ mit den Überlegungen renommierter Geisteswissenschaftler (Hans Joas und Klaus Wiegandt (Hrg.): *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt a.M.: Fischer 2005, 522 S., 13,90 €) zu diesen Diskussionen bei, bestreitet aber schon im Vorwort „die Möglichkeit einer Wiederanknüpfung an die Idee vom christlichen Abendland... als Hort von Vernunft und wahrer Freiheit“. Die Untersuchung von Entstehung und Wandel eines Europas „in der Spannung zwischen Athen und Jerusalem“ ist wichtig, auch die „modernen“ Werte Innerlichkeit, Bejahung des gewöhnlichen Lebens, Selbstverwirklichung, Rechtsstaatlichkeit, Rationalität und Pluralität – immerhin als „ertragene Differenz“ dargestellt – werden ausführlich besprochen, jedoch fehlt ihre Verortung im wirklichen Leben. Denn wie gerade dieses „Ertragen“ heute zu erleben ist, wissen wohl nur die, die damit täglich konfrontiert sind. Dieter Senghaas wird in seinem Beitrag „Die Wirklichkeit der Kulturkämp-



Moslems beim Gebet in einem Essener Park

fe“ deutlich: Kultur schaffe öffentliche Ordnung und begründe politische Souveränität. Sie könne aktuell „Entwicklungsnationalismus“ hervorbringen, der in Gesellschaften aufbreche, in der der Aufwärtstrend der Mittelschichten nicht mehr zu Wohlstand, der Abwärtstrend der Unterschichten zur Vergrößerung der Armut führt. Eine „militante Rekulturalisierung von Politik“ führe zu „Überfremdungsabwehr“ auf der einen und „Assimilationsabwehr“ auf der anderen Seite einander fremder Bevölkerungsgruppen. Die Realität der Beschreibung läßt sich in fast jedem Migrantenviertel deutscher Großstädte erkennen. Gudrun Krämers Beitrag „Wettstreit der Werte: Anmerkungen zum zeitgenössischen islamischen Diskurs“ zeigt im Anschluß tatsächlich die „internen Gründe“ verweigerter Anpassung. Die hier beschriebene unantastbare Heiligkeit des Korans in der arabischen Sakralsprache, die unbezweifelbare Überlegenheit der islamischen Ordnung und die strikte Abgrenzung des reinzuhaltenden „Gebietes des Islam“ von zu bekämpfenden oder „im Waffenstillstand ruhenden Gebieten“ machen eine Integrierbarkeit tiefgläubiger Muslime aussichtslos. Oder sollte die Notwendigkeit zur Integration in Zukunft schwinden? Schätzungen gehen zur Jahrhundertmitte von einem Verhältnis von 19 Millionen Einwanderern zu 49 Millionen Deutschen aus, die Migranten könnten aber schon in wenigen Jahren bei den unter Vierzigjährigen die Mehrheit bilden.

Angesichts dieser Situation stellt sich für Urs Fuhrer und Haci-Halil Uslucan die Frage nicht mehr, *ob*, sondern *wie* Deutsche mit Migranten zusammenleben können, deren generationenübergreifende Einwanderung nicht verhinderbar sei (Urs Fuhrer und Haci-Halil Uslucan (Hrg.): *Familie, Akkulturation und Erziehung. Migration zwischen Eigen- und Fremdkultur*, Stuttgart: Kohlhammer 2005, 244 S., 28.00€). Ein Fachpublikum mit Bildungsauftrag mag diese Publikation von Psychologen, Soziologen und Erziehungswissenschaftlern schätzen, stellt sie doch als eine der wenigen Zuwanderung als Familienunternehmen dar – als sei diese Tatsache erst jüngst bekannt geworden. Integration müsse nur von „Akkulturation“ begleitet sein, und die Fremden würden heimisch, so die Verheißung. Natürlich müßten in diesem Prozeß „Elemente der eigenen Kultur ... aufgegeben werden, weil sie nicht mehr funktional sind“, und zwar von beiden Seiten. Dann entstehe eine neue Kultur, die alle integrieren würde, vorausgesetzt, und das sei der Schlüssel, die Sprachkompetenz bleibe nicht hinter dem Notwendigen zurück. Man kann angesichts solcher Fortschreibungen einer Politik des frommen Wünschens nur den Kopf schütteln. „Integration“ nun „Akkulturation“ zu nennen, bedeutet, alten Wein in neue Schläuche umzugießen. Und hinter der Hoffnung auf eine neue Kultur, in der Einwanderer und Eingeborene gleichermaßen zufrieden wären, steckt nicht nur der Versuch, „das Deutsche“ aufzulösen; wer auf eine Einheitskultur hofft, siedelt den Menschen auf der Ebene des Hausschweins



Europa erwehrt sich der Zudringlichen. Karikatur aus der französischen Kulturzeitschrift Rivarol, 1991

an: Denn alles, was über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinausreicht, muß zum Konflikt, zum Kampf der Kulturen im Alltag führen. Der kulturelle Konflikt prägt bereits alle Lebensbereiche, „Dialog“ zwischen den Kulturen scheint nicht möglich zu sein. Wie auch? Grundlegend für jeden „Dialog“ ist ja eine gemeinsame Sprache. Ohne Sprachkompetenz wird kein Ausländer in den Dialog mit der deutschen Kultur eintreten können, vorausgesetzt, er wollte dies überhaupt.

Die Ernsthaftigkeit von Integrationskonzepten läßt sich also stets nach dem Stellenwert beurteilen, den der Spracherwerb einnimmt. Eine Ghettobildung im Aufnahmeland führt zu mangelhafter Sprachbeherrschung und verhindert Integration. Mangelnder Sprachkompetenz folgen mangelnde schulische Leistungen und der Ausschluß aus der Berufs- und Arbeitswelt. Gefahr droht jedoch auch dem demokratisch verfaßten Staat selbst. Die Demokratie ist nämlich die Staatsform des Dialogs und ihr Ernstfall ist die Wahl. Wen soll wählen, wer nichts versteht? Und noch wichtiger: Wer wird als relevante Minderheit auf Dauer demokratische Mehrheiten akzeptieren, wenn zwischen der eigenen Position und der des Siegers kulturelle Gräben liegen? Über solche Fragen, über die augenscheinliche Gefährdung des inneren Friedens, über die Leerformel vom „Dialog der Kulturen“ hätte man im Buch von Fuhrer und Uslucan gerne etwas gelesen. Der Band jedoch hat die Situation in Deutschland weder gegenwärtig noch zukünftig im Blick und verharrt im friedfertigen Wunschenken über eine sanfte Entwicklung.

Necla Kelek und ihre Feinde

von Wiggo Mann

In den letzten beiden Monaten lief ein regelrechtes Kampagnenduell in der deutschen Öffentlichkeit ab. Es begann am 1. Februar mit einem Appell von sechzig „Migrationsforschern“ in der Wochenzeitung *Die Zeit* und endete vorerst am 10. März mit einem „Deutschen Manifest der 12“ in der Zeitschrift *Emma*. Die zentrale Figur in diesem Schlachtengemälde heißt Necla Kelek.

Geboren 1957 in Istanbul als mittlere Tochter einer aus Ostanatolien stammenden tscherkessischen Familie, bei der die Mutter noch für den Preis von zwei Ochsen an die Familie des Vaters verkauft worden war, gelangte Kelek 1966 nach Deutschland, wo es zu einem Zerwürfnis mit dem sich zunehmend autoritärer verhaltenden Vater kam, in dessen Folge dieser die Familie verließ und nach Anatolien zurückging. Erst die Abwesenheit des Vaters ermöglichte Kelek ab ihrem siebzehnten Lebensjahr eine mehr oder weniger „normaldeutsche“ Sozialisation. Sie machte eine Ausbildung zur technischen Zeichnerin und holte auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nach. Ihre politischen Sporen verdiente sie sich in der Gewerkschaftsbewegung, als Jugendvertreterin der IG Metall. Den dort begeistert aufgenommenen Marxismus-Leninismus-Schulungen ließ sie ein Studium der Volkswirtschaft und Soziologie folgen, im Zuge dessen sie Teilhaberin am weitverzweigten akademischen Netzwerk der von „Alt-Stalinisten“ (Kelek) durchgesetzten westdeutschen Migrationsforschung wurde. Brav gehorchte sie den ideologischen Regeln dieses Betriebes und betuerte 2002 in ihrer Dissertation über „Islam im Alltag“, daß der Islam sich an die Moderne angepaßt habe, unter anderem weil eine „Subjektivierung“ der Tradition bei türkischen Jugendlichen zu verzeichnen sei. Den Bruch mit einer Karriere nach üblichem migrationspolitischem Muster vollzog Kelek nach eigenen An-

gaben erst aufgrund des Falles Fereshta Ludin, dem „Kopftuchstreit“: „Seitdem war mir klar, daß der Islam als politisches Instrument auch in Deutschland mißbraucht wird und daß mit Beschwichtigung nichts mehr zu erreichen ist.“

Dieser Bruch wurde auch auf der ideologischen Ebene vollzogen. Kelek verknüpfte ihren liberalen Individualismus mit altemanzipatorischem Gedankengut, um diese Koalition gegen den Marxismus-Leninismus der Linken, der die Ungleichheit der Geschlechter lediglich als „Nebenwiderspruch“ betrachtet, ins Feld führen zu können. Durch diese ideologische Konstellation erklärt sich auch die merkwürdige Arbeitsteilung zwischen den bürgerlichen Blättern *FAZ* und *Welt* und der *Emma*, deren „Aufruf der 12“ gegen einen neuen islamistischen Totalitarismus auch Persönlichkeiten wie Hans-Peter Raddatz und Helmut Markwort unterzeichneten.

Dem vorangegangen war der publizistische „Weckruf“ von sechzig „Migrationsforschern“ in der *Zeit*, der sich gegen Keleks autobiographisch gefärbte „Enthüllungen“ über Mißstände in den Gesellschafts- und Familienstrukturen türkischer Migrantinnen (*Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland*, Köln: Kiepenheuer und Witsch 2005, geb., 269 S., 18,90€; *Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes*, Köln: Kiepenheuer und Witsch 2006, geb., 208 S., 18,90€) sowie ihre daraus abgeleiteten gesellschaftspolitischen Forderungen (verstärkter Integrationsdruck, Einbürgerungstests, Säkularisierungsdruck auf den Islam, Lockerung der türkischen Familienclanstrukturen) richtete. Aus rechter Sicht sind die ersteren als weitgehend bekannt und die letzteren als weitgehend illusorisch zu beurteilen. Wirklich spannend erscheint dagegen die detaillierte und ungewohnt kritische Durchleuchtung des gesamten migrationspolitischen Komplexes



Koalition aus Linken und Muslimen auf der Straße

der Bundesrepublik im Zuge der nach diesem Weckruf eingeleiteten Gegenkampagne. Kelek durfte ihre teilweise scharf vorgetragene Kritik in zahlreichen Interviews, auch und gerade in den linken Stammbüchern der Migrationslobby (*Frankfurter Rundschau*, *taz*) verbreiten und wurde dabei in den bürgerlichen Blättern von Mariam Lau, Thea Dorn (beide *Welt*) und Regina Mönch (*FAZ*) sekundiert. Die Demontage der Gegenpartei gestaltete sich aufgrund dieser günstigen Voraussetzungen stellenweise wirklich verheerend. Es geriet nicht nur die einschlägige akademische Migrationsforschung als Ganzes in den kritischen Blick der Öffentlichkeit, Necla Kelek und ihre feuilletonistischen Mitstreiterinnen scheuten auch nicht davor zurück, einzelne Forscher direkt *ad hominem* anzugreifen.

Yasemin Karakasoglu zum Beispiel, Mitinitiatorin des „Weckrufs“, in dem Kelek auch die unwissenschaftliche Verallgemeinerung von Einzelfällen vorgeworfen worden war, hatte in ihrer Dissertation die Ergebnisse von Interviews mit nur fünfzehn muslimischen Pädagogikstudentinnen ihres eigenen Instituts ausgewertet. Auf dieser Grundlage kam sie zum „wissenschaftlichen“ Ergebnis, daß das Kopftuch ein Zeichen des neuen Selbstbewußtseins moderner Musliminnen sei, ein Ergebnis, das sie zur Gutachterin vor dem Verfassungsgericht im „Kopftuchstreit“ qualifizierte, wo sie maßgeblich zur windelweichen Entscheidung des Gerichts beitrug. Karakasoglu, die in Bremen den ersten Lehrstuhl für „Interkulturelle Bildung“ innehat und im Vorstand der Muslimischen Akademie in Berlin sitzt, stellt einen wichtigen Baustein im jüngst in von Alice Schwarzer in der *FAZ* porträtierten Netzwerks der „Freunde und Freundinnen der bärtigen Brüder“ (Schwarzer) dar.

Ein weiterer Baustein ist Keleks Doktor Mutter Ursula Neumann, Leiterin des Instituts für Interkulturelle Pädagogik in Hamburg, Freundin der Grünen Christa Sager und Marie-Luise Beck und Mitunterzeichnerin des Aufrufs gegen Kelek, ihre eigene Promovendin. Als Ausländerbeauftragte unter dem rot-grünen Hamburger Senat von 1999–2002 plädierte sie für den Dialog mit dem Bündnis Islamischer Gemeinden (BIG), einer Untergruppe der islamistischen Milli Görüs. Im Zuge der Kampagne gegen Kelek wurde auch ihr zweifelhaftes wissenschaftliches Gebaren in mehreren Fällen ans Licht der Medienöffentlichkeit gezerrt.

Schließlich ging es auch um den Doyen der Migrationsforschung, den Ethnologen Werner

Schiffauer, der den Berliner Innensenator in Sachen Islam berät. Schiffauer hat die „Meistererzählung“ der deutschen Migrationsforschung entworfen, eine melancholische, von Adorno inspirierte Geschichte über den Verlust der Identität des Migranten in der Moderne, die Schiffauer anhand der Lebenswege von acht anatolischen Bauern aufrollte (*Die Migranten aus Subay. Türken in Deutschland: eine Ethnographie*, Stuttgart: Klett-Cotta 1991). Der Mann war zu klug, um selbst seine Unterschrift unter den offenen Brief in der *Zeit* zu setzen, allerdings wurde er unweigerlich in die Debatte hineingezogen, weil Kelek immer wieder ostentativ seine Kernthese in Frage stellte, daß der Anpassungsprozeß von Migranten aus vormodernen Kontexten an die moderne Kultur in den Aufnahmeländern geradezu automatisch verlaufen werde und man eher Anstrengungen zum Schutz der gefährdeten Ausgangsidentität dieser Menschen unternehmen solle als solche zur forcierten Integration.

Nun schallt es all diesen „Wissenschaftlern“ aus dem Mund von Necla Kelek entgegen: „Sie haben das Leid anderer zugelassen!“, „Sie haben Angst um ihre Forschungsmittel“, „Es sind gerade diese Migrationsforscher, die seit 30 Jahren für das Scheitern der Integrationspolitik verantwortlich sind“ und „Ich kann diese Menschen, die in ihren Institutionen die Mittel haben, nur auffordern, sich endlich die Realität anzusehen und die Zahlen zu liefern.“ Im konservativen Lager sollte man mit einer gewissen Genugtuung registrieren, wie eine neuemanzipatorische Weiberbande den akademischen Migrationslobbyismus mit all den längst überfälligen publizistischen Attacken überzieht, zu denen man selbst aufgrund notorischer Zugangsschwierigkeiten zu den etablierten Medien bisher nicht in der Lage gewesen ist. Das couragierte Engagement der Kelek gegen eine mächtige, der individuellen Freiheit feindlich gegenüberstehende gesellschaftliche Strömung ist bewundernswert. Kelek reiht sich damit ein in eine Riege von fremdstämmigen Prominenten (Ayaan Hirsi Ali, Cerap Cileli, Seyran Ates, Basam Tibi, Ibn Warraq, Salman Rushdie), welche geneigt sind, die Liberalität des Westens ernster zu nehmen, als dieser selbst es vermag. Es darf allerdings bezweifelt werden, daß einem in vieler Hinsicht dekadenten, durch exzessiven Selbsthaß geschwächten westlichen Staat wie Deutschland aus dieser Richtung wirklich noch einmal ein rettendes Korsett gegen den endgültigen Zerfall eingezogen werden kann. Wenn das geschehen soll, dann müssen wir schon selbst Hand anlegen.

Antideutsche Wissenschaft?

von Daniel Bigalke

Die alte „Vergangenheitsbewältigung“ mit ihren Argumentationsschemata gerät ins Abseits. Bestimmte sie lange Zeit den öffentlichen Diskurs, so hat sich ein alternativer Reflexionsprozeß entwickelt. Er eröffnete in den Feuilletonspalten zum Beispiel mit der Aussage Laurenz Meyers von 2000, er sei „stolz, Deutscher zu sein“, der Walser-Debatte (2002) oder mit Jörg Friedrichs *Der Brand* (2002) einen neuen Horizont des Selbstbewußtseins. Darauf reagieren derzeit – kaum überraschend – die Apostel der alten Zunft mit der üblichen Polemik aus einseitiger Anschuldigung, fehlgeleitetem Geschichtsverständnis und monologischen Begriffen, die der Realität kaum Rechnung tragen.

Ute und Wolfgang Benz (Hrsg., *Stolz deutsch zu sein? Aggressiver Anspruch und selbstverständlicher Patriotismus*, Berlin 2005, 192 S., 17.00€) widmen sich „interdisziplinär“ dem Begriff „Stolz“. Nach Benz sei deutsches Staatsdenken bestrebt gewesen, Sehnsucht nach nationaler Einheit über die „Konstruktion des Vaterlandes“ zu stillen. Benz bastelt sich ein Feindbild, worin deutsche Politik von irrationalem Nationalismus geprägt gewesen sei, der eine Kontinuität bis zur heutigen „Rechten“ habe. Der nationale „Inferioritätskomplex“ führe zur Romantik der Vaterlandsliebe. Das heißt nicht weniger, als daß Benz die deutsche Geschichte auf einen einzigen psychologischen Irrweg reduziert und diesen für Zwecke der Gegenwart gebraucht. Psychologisch wichtig ist, daß seine Untersuchung aggressiven Motivationen anderer Nationen am Vorabend des Ersten Weltkrieges – auch typisch für die alte ‚Vergangenheitsbewältigung‘ – keine Beachtung schenkt. Die krampfhaft Kreation eines deutschen Negativbildes erscheint so als seine persönliche Reaktion auf die oben genannte Infragestellung der Dogmen.

Bei einer weniger bewußtseinsverengten Betrachtung hätte Benz erkennen müssen, daß

deutsches Staatsdenken nicht notwendig irrationalistisch ist, wenn in ihm die analytische Geopolitik in Verbindung mit einem metaphysischen Bild vom Menschen gesehen wird. Damit ist der deutsche Politikbegriff realistisch und idealistisch zugleich. Durch diese integrale Reflexion steht er jenseits punktuell auftretender Meinungen oder mechanisch abrufbarer Gesinnungen. Benz hätte zur Ausgewogenheit auch den Vernunftidealismus und seinen übernationalen Begriff des „Reiches“ von Fichte hinzuziehen können. Was hinderte ihn daran? Seine Methode wäre zu einem differenzierteren Urteil gelangt. Wer also den Begriff „Stolz“ umfassend bewerten will und deutsches Selbstbewußtsein nicht auf ein banales „Unvermögen“ bei der „Sauberkeitsentwicklung“ reduziert sieht, sollte das Benzsche Buch mit Vorsicht genießen. Deutlicher: Die wenig ergebnisoffene Forschung der Familie Benz – symptomatisch beim Zentrum für Antisemitismusforschung – ist simple Pseudo-Wissenschaft, vor deren Hintergrund man jeden Versuch zur Objektivität schätzen lernt. Kein interdisziplinärer Ansatz ist ergiebig, wenn er sich primär aus einem aggressiven antideutschen Ressentiment speist.

So verwundert es nicht, daß Benz über die Walser-Debatte sagt, sie habe den nationalen Stolz noch problematischer gemacht. Dieser wichtigen Debatte widmete Matthias N. Lorenz seine Dissertation (*Auschwitz drängt uns auf einen Fleck. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser*, Stuttgart 2005, 560 S., geb., 49.95€). Seine Leistung ist keine geringe: Lorenz nahm sich Walsers Gesamtwerk vor, um dort durchaus sorgfältig „subtextuell“ Antisemitismus nachzuweisen. Schnell wird klar, daß auch hier Voreingenommenheit als Wissenschaft auftritt. Neben der Rekonstruktion des literarischen Antisemitismus mit seinen Stilmitteln (der „feige“ oder „gefährliche“ Jude) schreitet Lorenz

zum Nachweis solcher Chiffren für „Andersheit“ bei Walser voran. Der Roman *Tod eines Kritikers* (2002) hebt den jüdischen Opferstatus auf, der Essay *Halbzeit* (1960) mache jüdische Opfer zu Tätern. Seine Belege sind überzeugend. Die Arbeit steht und fällt ausschließlich hinsichtlich ihrer Gesamtmethode: Kann ein literarisches Werk anhand ihm nicht wesenseigener Kategorien sinnvoll bewertet werden?

Lorenz möchte von Walsers Textabsicht, die literarisch frei ist, auf den wirklichen Charakter des Autors schließen. Eine Einseitigkeit herrscht vor, weil sein Ergebnis gemäß der „Sumpfbüchleinmethode“ bereits mit dem Vorwort klar ist. Wer Antisemitismus sucht, der findet ihn auch, und dies ist ein wenig überzeugendes Vorgehen. Ebenso könnte man „kommunistische“ oder „homoerotische“ Stereotype in Ernst Jüngers Werk entschlüsseln und dadurch auf die sexuellen und ideologischen Neigungen des Autors schließen. Wer also begriffen hat, daß Lorenz mit dem Terminus „antisemitisch“ inflationär um sich wirft, kann seiner Arbeit nur noch wenig Gewicht zumessen. Tatsächlich spielen derlei



Antideutsches Flugblatt

Begriffe in der Beurteilung der politisch-historischen Realität eine untergeordnete Rolle. Sein Vorwurf der „Konstruktion einer deutschen Opferrolle“ bei Walser steht massiv hinter unlegbaren Teilwahrheiten (Vertreibung, Bombenterror) zurück. Er

muß sie notwendigerweise zwecks seiner eigentlichen Absicht diskreditieren. Könnte er sonst die in der deutschen Leidenswahrnehmung wurzelnden Texte Walsers im Sinne der alten – wissenschaftlich wenig reflektierten – Bewältigungsdoktrin negativ einordnen? Er beschränkt sich auf Begriffe („antisemitisch“), die sich bei rationaler und freier Betrachtung von selbst erledigen würden: Denn leicht durchschaubar ist ihre auf diskriminierende Wirkung zielende strategische Platzierung.

Den Ansätzen kontroversen Denkens im Bereich der Vergangenheitspolitik wirft Lorenz „Erinnerungsabwehr“ vor. Er stilisiert sich selbst zum Verfechter einer Zeitgeistdogmatik mit ihrer Entweder-Oder-Logik. Damit lassen sich „Dissidenten“ willkürlich konstruieren, etwa wenn er die Haltung der *Jungen Freiheit* zur Walser-Debatte im Verlauf der Untersuchung in sich konträr kategorisiert („extremistisch“, „gemäßigt rechtsextrem“). Man bedauert, daß das von Lorenz gesammelte Material vor dem Hintergrund seiner Motivation kaum sinnvoll verwendet wurde. Die Arbeit – verstärkt durch den unbefriedigenden Gesamteindruck – ignoriert komplexere Erkenntnisräume, womit sein Fazit krampfhaft beabsichtigt wirkt. Es ist Opfer subjektiver Gesinnung und selbstaufgelegter Denkverbote.



Einmal Deutscher – immer Deutscher, Plakat 1919

Einen Paradigmenwechsel zu verhindern, hat sich auch Hannes Heer vorgenommen. (*Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit*, Berlin 2005, geb., 24.90€). Er beklagt, daß deutsche „Schandtaten“ allein Hitler angelastet würden. Nach der Kritik am Film „Der Untergang“, der die NS-Geschichte neu erfinde, stellt er ebensolche „Entlastungsmanöver“ bei Guido Knopp und Joachim Fest heraus. Seine Vorwürfe sind blind dafür, daß die alternative Sicht der Geschichte, wie sie etwa auch bei Günther Grass einsetzte, keine „Verleugnung der Schuld“ an sich ist. Vielmehr ist sie eine Korrektur, die die bisherige Hoheit über die einseitige Vergangenheitspolitik der Willkür ihrer vorteilhaft integrierten Profiteure entreißt. Für Heer gilt schon die allgemeine „Verknoppisierung“, die populäre antideutsche Geschichtsklitterung also, als „revisionistisch“. In welcher sonderbaren ideologischen Nische befindet er sich, wenn sogar Knopps Schuld kult die Deutschen zu sehr von ihrer Schuld entlaste? Der Versuch, die Infragestellung der kollektiven deutschen Täterrolle rückgängig zu machen, scheitert also an der üblichen Indienstnahme der Wissenschaft durch habituelle Scheuklappen, die auch mit seinem Appell an ein moralisches Gewissen nicht mehr zu verbergen sind.

Die beschriebenen Bücher zeigen an, daß veraltete oder verordnete Glaubenswerte und ihre ausschließlich „antideutschen“ Absichten dem freien Denken kaum noch gewachsen sind. Auch deshalb treten sie umso aggressiver auf und verlieren ihren Anspruch auf Sorgfältigkeit. Die wirkliche Wissenschaft sollte einen Wahrheitskontakt anstreben, der auf die strategische Definition „extremer“ Haltungen verzichtet und damit nicht ideologischen Modeströmungen sondern geistiger Substanz folgt. Damit würde sie lediglich ein nachkriegsdemokratisches Paradox mit seiner inhaltlich stagnierenden Denkpraxis aus der Vernunft heraus korrigieren.

Sire – Die Rückkehr des Jean Raspail

von Karlheinz Weißmann

Konservative Utopien sind rar. Der Konservative hat einen, wenn man so will: natürlichen, Vorbehalt gegen das Ausmalen der Zukunft, gegen ihren Entwurf als berechenbare Konsequenz der Gegenwart. Vielleicht weicht diese Aversion aber auf, vielleicht bewirkt die lange Zeit der Machtlosigkeit, daß der Konservative angesichts schwindender Handlungsmöglichkeiten in der Gegenwart weniger Hemmungen verspürt, ein besseres oder jedenfalls ein ganz anderes Morgen zu entwerfen.

Der französische Autor Jean Raspail hat schon vor Jahren mit einer konservativen Utopie Furore gemacht, einer schwarzen Utopie allerdings. Als er 1973 seinen Roman *Das Heerlager der Heiligen – Le Camp des Saints* veröffentlichte, war der Fünfundzwanzigjährige schon ein anerkannter Autor, Träger des Literaturpreises der *Académie Française* und Verfasser zahlreicher Reiseberichte, Romane und Erzählungen. Außerdem hatte er sich als Expeditionsleiter in entlegene Regionen einen Namen gemacht. Der Arktis, vor allem aber den fremden Kulturen Amerikas und der Karibik galt immer seine Liebe. Von seinen Schilderungen dieser bedrohten Welten ist nur eine ins Deutsche übersetzt worden, unter dem Titel *Sie waren die Ersten. Tragödie und Ende der Feuerlandindianer* (München: Langen-Müller 1988, 320 S., geb, 18.90€).

Mittlerweile glaubt Raspail, daß auch die europäische zu den bedrohten Welten gehört.

Denn im *Heerlager der Heiligen* geht es um die Invasion asiatischer Massen in Europa, die den alten Kontinent überfluten, dessen Völker ausgedünnt und demoralisiert, von ihren Führern im Stich gelassen werden. Die Intelligenz hat alle Tradition zersetzt und

die Auffassung etabliert, daß Selbstbehauptung unmoralisch ist, die Geistlichen glauben längst nicht mehr an die Wahrheit der alten Lehre und predigen Indifferenz oder eine als Nächstenliebe getarnte Sentimentalität, die Wirtschaft ist allein auf Gewinnmaximierung aus und schert sich nicht um das Gemeinwohl, die Politiker sind korrupt und den Soldaten hat man alle Möglichkeiten genommen, auf ihren Dienst stolz zu sein und ihr Leben für die Nation zu wagen. Längst sind die Vorhuten der Invasoren im Land, haben Verbündete gesucht und gefunden und den Tag vorbereitet, an dem Europa untergehen soll. Dazu kommt es, weil die Auswirkungen der großen Wanderung nur allmählich absehbar werden. Es handelt sich eben nicht um bewaffnete Invasoren, sondern um die Verdammten dieser Erde, deren schiere Zahl und deren Elend überwältigend wirkt, weil es Gefühle des Mitleids weckt, die den Widerstand erschweren. Schließlich kommen alle Abwehrversuche zu spät, Südfrankreich wird geräumt und man kann sich unschwer ausmalen, was in der Folgezeit geschieht.

Angesichts der Ereignisse in den vergangenen Monaten hat sich mancher dieses Buches erinnert, sogar die *FAZ* wies darauf hin und die lange vergriffene deutsche Ausgabe liegt mittlerweile wieder vor (Tübingen: Hohenrain 2005, 272 S., kt, 17.80€). Raspail selbst sah sich durch die Aufstände in den *banlieues* zu

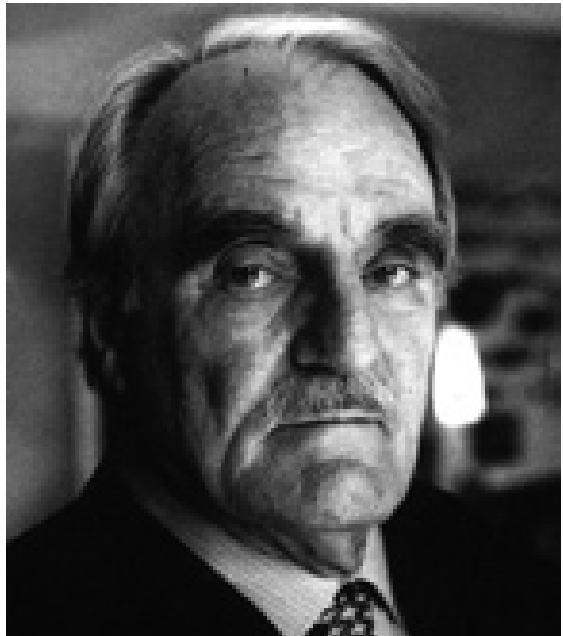


Royalistische Utopie. Propaganda für einen aussichtslosen Prätendenten

einer Stellungnahme veranlaßt. In einem langen Leserbrief an den *Figaro* äußerte er seine Verwunderung darüber, daß noch jemand verwundert ist: über die Eskalation des Prozesses, das Phlegma der Europäer und die Unfähigkeit ihrer Eliten. Hoffnung auf einen Wandel zum Besseren habe er nicht, und er wolle auch nicht mehr zur Feder greifen, um literarisch eine Alternative zu gestalten. Immerhin deutet er an, wie so etwas aussehen könnte. Es müsse, so Raspail, in Zukunft ein junger Autor den Mut finden, die ungeschehene Geschichte jener *reconquista* zu schreiben, zu der die resteuropäische Bevölkerung irgendwann in den kommenden Jahrhunderten antreten werde.

Reconquista, die Rückeroberung Spaniens gegen die maurischen Eroberer, ist selbstverständlich kein zufällig gewählter Begriff, sondern von Raspail mit voller Absicht verwendet, der weltanschaulich ganz im traditionellen Katholizismus wurzelt. Manchen gilt er als Parteigänger der *Action Française* (AF), die heute zwar nur noch ein Schatten früherer Größe ist, aber nach wie vor an der Idee einer „nationalen Restauration“ festhält. Es bleibt die Wiederherstellung des Königtums das zentrale Anliegen der AF, obwohl man keinen geeigneten Präkandidaten vorweisen kann. Dieser Mangel hat allerdings Raspail die Möglichkeit gegeben, ein Thema zu entwickeln, das mit dem von ihm gewünschten Zukunftsroman zwar nur am Rande zu tun hat, aber doch eine gewisse Berührung aufweist.

Raspails Buch *Sire* (Bonn: Nova et Vetera, 242 S., kt, 19.00€) ist bereits 1990 in Frankreich erschienen und mit mehreren Preisen ausgezeichnet worden. Jetzt hat es der kleine, aber außerordentlich aktive Verlag Nova et Vetera ins Deutsche übertragen lassen. Schon der Titel, die vorgeschriebene Anrede für den französischen König, deutet das Thema an: die Geschichte der heimlichen Salbung eines jungen Bourbonen zum König. Pharamond ist fern der Heimat in der Schweiz aufgewachsen und hätte sein Leben auch als Privatmann zubringen können, wie viele seiner Familie vor ihm, die sich nach dem Sturz der Monarchie zurückgezogen hatten und bestenfalls durch Skandale oder beneidenswerten Luxus von sich reden machten. Aber Pharamond wurde nach dem sagenhaften Gründer der Dynastie benannt, er ist ein Gegenbild der heutigen Politikerkaste, zusammen mit seiner Zwillingschwester eine Verkörperung dessen, was königliches Blut ausmachen sollte. Seine Getreuen bilden eine kleine Schar von Verschworenen, Nachfahren jener Edelleute, die nicht die prächtigsten Titel führten, aber der Krone auch im Unglück treu blieben. Daneben gibt es andere mächtige Helfer, in den Reihen der Kirche, aber auch unter denen, die ganz in der Welt des Mammons und der Korruption zu leben scheinen, und schließlich den Nachfahren jenes Sansculotten, der auf Befehl des Konvents die große Schändung der königlichen Gräber durchgeführt hatte. Im letzten sind Pharamond und seine Gefolgschaft aber ganz auf sich selbst



Jean Raspail

angewiesen. Denn das Reich Pharamonds ist nicht von dieser Welt, er hat Frankreich nur in der Provinz kennenlernen wollen und reist von seinem Aufenthaltsort an der Küste zu Pferd und bevorzugt nachts bis nach Reims, dem traditionellen Krönungsort. Pharamond weiß, daß das heutige Frankreich nur noch wenig, sehr wenig mit der *douce France* zu tun hat.

Daß *Sire* auch eine politische Absicht verfolgt, merkt man spätestens an den langen Exkursen zur Geschichte der Könige und zum Ende der Monarchie, der Zerstörung von Saint Denis, der Vernichtung der Kroninsignien und des Schicksals der Ampulle mit dem heiligen Salböl, die die Revolutionäre demonstrativ zerstörten, deren tatsächlicher Verbleib aber bis heute ein Rätsel ist. Raspail verzichtet ganz darauf, die Möglichkeit einer Konterrevolution zu entwerfen. Er weiß, daß sie keine Träger hätte, anrührend ist das Bild der riesenhaften Schwarzen aus Martinique, die in der Krypta von Saint Denis als letzte das Andenken der Kapetinger, der Valois, der Anjou und der Bourbon verteidigt. Die einzige königliche Tat, die Pharamond vollzieht, ist denn auch die Handauflegung, mit der er nach seiner Salbung einen kranken Jungen heilt, gemäß der berühmten, in der letzten Phase des *Ancien Régime* schon aufgeklärterweise abgeschafften Überlieferung von den *rois thaumaturges* (wundertätige Könige).

Sire ist ein romantisches Buch, man könnte sich vorstellen, daß Pierre Joubert es gern illustriert hätte. Damit ist sein Wert nicht unterschätzt. Im *Heerlager der Heiligen* heißt es, daß nichts stärker sei als eine Haltung, und an anderer Stelle schrieb Raspail: „Wenn man für eine (fast) verlorene Sache steht, dann muß man ins Horn stoßen, sich auf sein Pferd schwingen und den letzten Ausweg suchen, denn sonst stirbt man an jämmerlicher Altersschwäche auf dem Boden einer vergessenen Festung, die niemand mehr belagert, weil das Leben sie verlassen hat.“

„Egalitarismus tötet“

Goetz Kubitschek im Gespräch mit Karlheinz Weißmann.

„Unsere Zeit kommt“, Schnellroda: Edition Antaios 2006. 130 S., br, 12.00 €

Nach Ernst Nolte präsentiert die Edition Antaios mit Karlheinz Weißmann einen zweiten Historiker im Dialog, der von den Satrapen des *juste milieu* stigmatisiert und von einer breiteren Öffentlichkeit ferngehalten wird. Öffentlich-rechtliche und private Medienopportunisten wagen sich eben nur an ihresgleichen und scheuen echte Auseinandersetzung. Werden solche Gespräche also notgedrungen zwischen zwei Buchdeckel gepreßt, behalten sie doch den lebendigen Duktus des gesprochenen Wortes – schnell wird deutlich, was man bei den Scheindebatten intellektueller Flachbrüste um Frau Christiansen & Co. bis zur Öde vermißt: Weißmann bezieht ohne Scheu Stellung, zeigt sich als lutheranischer Protestant, der nicht anders kann. Das ihm in denunziatorischer Absicht verpaßte Etikett eines „Vordenkers der Neuen Rechten“ akzeptiert er nonchalant als Produkt eines agonalen Diskurses, um es begründet ins rechte Licht zu rücken. Weist die ältere Generation der westdeutschen Rechten noch eine ganze Reihe ernst zu nehmender Intellektueller wie Armin Mohler, Hans-Joachim Arndt, Hans Dietrich Sander, Robert Hepp, Henning Eichberg, Bernard Willms und Günter Maschke auf, steht für die jüngere, sofern sie über einen Rentnerkonservatismus hinausgeht, bislang tatsächlich Weißmann allein. Kein Wunder also, daß Mohler gerade ihm seine *Konservative Revolution* in die Hände legte. Wie schon der Mentor zieht auch Weißmann die provokante Markierung als „rechts“ dem reichlich „zerdehnten“ Begriff des Konservatismus durchaus vor. So geht es im Gespräch um die Existenz

als „Rechter“ grundsätzlich und ganz persönlich. „Von der Gegenrevolution“ und dem „Zustand der Welt“ ist die Rede, „Letzte Fragen“ werden nicht ausgelassen. Keim politischer Veränderung muß stets die Kritik der Ideologie bilden, die Entwicklung der Widersprüche des herrschenden falschen Bewußtseins. Weißmann sieht, aus einer skeptischen Anthropologie heraus, die Linke *ab ovo* dem Totalitarismus verfallen – deren Gleichheitsphantasma läuft auf Gleichschaltung und Vernichtung des Anderen hinaus: „Alles was anders ist, wird wegen dieses Anders-Seins zum Feind.“ Es wäre wichtig, dies einmal systematisch zu entfalten und mit Kühnelt-Leddihn auch den Nationalsozialismus der Wirkungsgeschichte des Egalitarismus zuzuschlagen. Aufschlußreich ist der Blick, den Weißmann auf die eigene Sozialisation wirft, seine Erfahrungen mit den politischen Milieus, mit der Fahndungsöffentlichkeit der BRD. Auch seine aus dem Vollen geschöpften, mit der eigenen Biographie eng verknüpften ideenhistorischen Unterscheidungen geraten in der dialogischen Zuspitzung prägnant. Weißmanns politische Akzentsetzungen fordern zur Diskussion heraus, wenn er sich etwa ungeschminkt für eine „Festung Europa“ ausspricht oder bündnispolitisch, allem Gaullismus Mohlers und aller jungkonservativen Ostorientierung zum Trotz, auf die US-amerikanische Karte setzt. Programmatisch äußert er sich leider nur andeutungsweise. Weißmanns Überzeugung, den „richtigen Leuten“, einer „historischen Minorität“ anzugehören, der einmal die Stunde schlägt, in Ehren: Das von ihm beanspruchte „Geheime Deutschland“ brachte zwar einen gescheiterten Attentäter und moralischen Sieger hervor, einen Staat jenseits von Georges Männerrunde jedoch nicht.

Horst I. Schmandhoff

Churchill vs. Mohammed

Tony Blankley: *The West's Last Chance. Will We Win the Clash of Civilisations?* Washington Regnery Publishing Inc. 2005, 256 S., 18.87 \$

Der Kolumnist der *Washington Times* Tony Blankley hat – nach dem Urteil von Henry Kissinger – „ein extrem kontroverses und sehr provozierendes“ Buch über die Auseinandersetzung mit dem radikalen Islam vorgelegt. Blankley war Redenschreiber Ronald Reagans und bis 1997 Pressesekretär sowie einer der engsten Mitarbeiter des Führers der Republikaner im Repräsentantenhaus, Newt Gingrich. Damit stand er im politischen Zentrum der von Gingrich initiierten *Conservative Revolution* in den USA. Blankley ist ein typischer konservativer „Churchillist“ alten Stils. Für ihn ist die Gefahr des radikalen Islamismus ebenso real wie die Bedrohung des „Westens“ im Zweiten Weltkrieg. Dabei übernehmen in seiner Analogie die Islamisten die Rolle der Nazis und die Europäer die Rolle der bedrängten Engländer, denen die Amerikaner beistehen müssen, um die Niederlage der alten Welt zu verhindern. Diese Sichtweise hat auch biographische Hintergründe. Blankley wurde 1948 in London geboren, seine Eltern haben die Bombardierung der Stadt erlebt und er macht keinen Hehl daraus, daß Churchill für ihn das erste und prägende politische Vorbild gewesen ist. Blankleys Buch beginnt mit einer Schreckensvision. Ein Konflikt um die Freiheit der Kunst (das Buch ist vor dem Karikaturenstreit geschrieben worden) führt zu gewalttätigen Ausschreitungen in Europa. Europa wird nach seiner Vorhersage das Hauptschlachtfeld im „Kampf der Kulturen“ mit vielen „kleinen Feludjas“. Am Ende dieses Prozesses steht die Abhängigkeit der Europäischen Union von den islamischen Einflußgrup-

pen und als Folge der demographischen Dynamik die Umwandlung Europas in „Eurabia“. Blankley fordert tatsächlich nicht weniger vom US-Kongreß als eine offizielle Kriegserklärung an den Islamismus. An dieser Stelle kommt der Anwalt Blankley zu Wort. Denn bei dieser Erklärung soll es sich nicht um einen rein symbolischen Akt handeln, sondern um eine Entschlie- ßung, die klare juristische Konsequenzen zeitigen würde. Mit einem solchen Beschluß könnten Maßnahmen gerechtfertigt werden, wie sie die Regierung Roosevelt nach Pearl Harbor ergriffen habe. Damals waren Mittel wie Zensur, die Aufspü- rung der „Subversion“ und die Kategorisierung potentieller Feinde nach ethnischen Kriterien vom obersten Gerichtshof als vereinbar mit der amerika- nischen Verfassung erklärt worden, solange eine „rationale Basis“ für das Vorgehen der Regierung erkennbar sei. Multikulturalisten, Liberale und das Establishment der EU spielen in Blankleys Geschichtsver- gleich die unrühmliche Rolle der Appeasement-Politiker, wohingegen ihn etwa der rechtskonservative niederländi- sche Politiker Geert Wilder im persönlichen Gespräch an den Widerstandskämpfer Victor Laszlo aus dem Film Casablan- ca erinnert. Auch deutsche konservative Politiker wie Schönbohm und Stoiber wer- den positiv herausgehoben. Die Schwäche des Westens sei, daß die Multikulturalisten als Er- ben der Frankfurter Schule den westlichen Selbstbehauptungs- willen geschwächt hätten. Den- noch bleibt Blankley Optimist: „Die größte denkbare Ironie ist, daß die Bedrohung durch den radikalen Islam dem We- sten eine zweite Chance gibt, den Glauben an sich selbst zu- rückzugewinnen.“ Und hofft, Europa werde angesichts der Bedrohung zu den „old, bloody, heroic ways“ der „greatest generation“ zurückfinden, mit denen Briten und Amerikaner Europa vor den Nazis gerettet hätten.

Josef Daum

Wagner und kein Ende

Ulrich Drüner: *Schöpfer und Zerstörer. Richard Wagner als Künstler*, Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2003. 361 S., 34,90 €

Dieter Borchmeyer: *Richard Wagner. Ahasvers Wandlungen*, Frankfurt a.M., Leipzig: Insel 2002. 647 S., 44,90 €

Der den „Fall Wagner“ aus- rief, konnte nicht ahnen, wie lange der Prozeß sich hinzie- hen würde, und daß noch heu- te die notorischen Ankläger ihrwichtigstes Beweismaterial in Nietzsches Kampfschrift finden. Das gilt auch für den Hauptanklagepunkt Antisemi- tismus, der unterdessen eine geradezu unerschöpfliche In- spirationsquelle für den zeitge- nössischen Antiwagnerismus darstellt.

Auch Ulrich Drüners Ver- such einer kritischen Gesamt- deutung Wagners bietet neben schlechtem Stil kaum mehr als eine politisch überkorrekte, sachlich jedoch vielfach unkor- rekte Studie über dessen Ju- denfeindschaft. So überläßt Drüner die Beantwortung der Frage, ob neben Wagners Schriften auch seine Musik- dramen antisemitisch seien, ausgerechnet dem berüchtigten Judenhasser Bernhard Förster- Nietzsche, der dies beifällig bejahte, während Wagner selbst dessen an Bismarck ge- richtete Antisemiten-Petition zu unterzeichnen sich geweigert hatte. Ferner versichert uns der Autor, Tristans Verrä- ter Melot sei eine Verkörperung des jüdischen Rationalis- mus, was selbst einen Goeb- bels hätte staunen lassen. Und zu guter Letzt dürfen wir noch die griechische Göttin Venus, von der Tannhäuser schmerz- haft sich losreißt, als Neuzu- gang in der bereits dichtge- hängten Galerie der Judenka- rikaturen begrüßen – eine Stig- matisierung, die ihr nicht ein- mal im Nationalsozialismus zuteil wurde.

Der aktuelle Antiwagneris- mus scheint im Endstadium seiner unfreiwilligen Selbstpar- odie angelangt zu sein. Einen

gelasseneren Blick auf Wagner und die jüdische Frage wirft einer seiner nobelsten Verteidi- ger. Der programmatische Un- tertitel des neuen Buches von Dieter Borchmeyer „Ahasvers Wandlungen“ verweist auf die in der deutschen Romantik vorgenommene Umdeutung der religiösen Legende vom heimatlosen Juden in eine poe- tische Allegorie des weltfrem- den modernen Künstlers. Im Fliegenden Holländer etwa suchte Wagner die Figur des ewig unbehausten Wanderers zum Sinnbild seines eigenen einsamen Künstlerschicksals umzugestalten. Am Beispiel des Parsifal dagegen weist Borchmeyer auf eine noch kaum wahrgenommene Affini- tät der Wagnerschen Kunst- religion zur kabbalistischen Mystik hin. In mancherlei Hinsicht erscheint der Jude als ebenso verwandter wie unver- trauter Doppelgänger des ro- mantisch sich selbst suchenden Deutschen.

Vor allem aber ist dem Au- tor daran gelegen, dem charis- matischen Dichterkomponisten wieder seinen angestammten Platz im klassischen Zentrum einer ihrer selbst bewußten deutschen Kulturtradition zu- zuweisen, indem er die literari- schen Beziehungsfelder be- leuchtet, die Wagner mit Schil- ler, Goethe und Nietzsche ver- binden, ohne darüber die hi- storischen Zeitläufe und den politischen Denker Wagner in seinem problematischen Ver- hältnis zu Ludwig II. und Bis- marck zu vernachlässigen. Nachdem Borchmeyer vor mehr als zwanzig Jahren in seinem grundlegenden Werk über „Das Theater Richard Wagners“ eine moderne syste- matische Darstellung von des- sen ästhetischer Theorie vorge- legt hat, ist ihm nun im Aus- gang vom musikedramatischen Werk eine glänzend geschrie- bene und durch ihren uner- schöpfflichen Bildungsreichtum beeindruckende Gesamtdeu- tung Wagners geglückt.

Siegfried Gerlich

Integrationskonzepte

Yves Bizeul (Hrsg.): *Integration von Migranten. Französische und deutsche Konzepte im Vergleich*. Wiesbaden: DUV 2004. 208 S., 35.90 €

Ausgangspunkt der vorliegenden vergleichenden Einführung in deutsche und französische Konzepte der Integration von Einwanderern ist die Annahme, daß weder das französische „republikanische“ Modell noch die in Deutschland auf dem Prüfstand stehenden „kulturalistischen“ Ideologeme („Multikulturalismus“, „nationale Leitkultur“) den Herausforderungen von Globalisierung und Denationalisierung gewachsen sind. Yves Bizeul verweist darauf, daß die traditionellen Konzepte nicht zuletzt durch eine partielle Konvergenz des französischen und des deutschen akademischen Diskurses überlagert werden. Veranschaulicht wird diese Konvergenz insbesondere durch die Beiträge Marnia Belhadsjs, Dieter Oberndörfers und Michel Wieviorkas: Oberndörfer streicht im Geiste eines demokratisch-individualistischen Universalismus heraus, eine „für alle verbindlich definierte deutsche Kultur“ könne es in einem Verfassungsstaat nicht geben; Belhadj und Wieviorka treten ihrerseits für eine interkulturell angelegte Pluralisierung Frankreichs ein. Walter Reese-Schäfer bemängelt an Jürgen Habermas' Überlegungen zur Integration im nationalen und postnationalen Raum, daß diese kein „kohärentes Konzept“ einer auch verantwortungsethisch vertretbaren Einwanderungspolitik böten. Nur eine „kulturblinde politische Integrationskonzeption“, so Reese-Schäfer, könne sich der Frage verschließen, ob nicht die Einwanderung gebunden werden sollte an eine Aufgeschlossenheit der Einwanderer gegenüber einer „sowohl individualistisch wie zivilgesellschaftlich verstandenen Kultur des Einwanderungslandes“.

Daniel L. Schikora

Integrationsprobleme

Bassam Tibi: *Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union*. Darmstadt: WBG 2005. 224 S., 19.90 €

Sollten die Verhandlungen über eine türkische EU-Vollmitgliedschaft erfolgreich abgeschlossen werden, so würde Europa „nicht mehr dasselbe zivilisatorische Gebilde bleiben“, warnt Bassam Tibi. Der Autor beklagt, daß hierzulande keine offene Debatte über einen EU-Beitritt der Türkei habe stattfinden können. In den offiziellen Erklärungen Schröders und Fischers vermißt Tibi eine Auseinandersetzung mit dem Umstand, daß die Republik am Bosphorus seit November 2002 von „institutionellen Islamisten“ regiert wird. Die derzeitige türkische Regierungspartei AKP sollte nicht als „islamisch-konservativ“ verharmlost werden. Anders als in Deutschland werde in Frankreich erkannt, daß auch die türkischen Islamisten das Tragen des Kopftuches als „Grundrecht“ propagierten, um die „revolutionäre Errungenschaft der *Laïcité* als Trennung von Religion und Politik“ herauszufordern. Die AKP-Kampagne für eine Akzeptanz des Kopftuches in öffentlichen Einrichtungen richtet sich zuvörderst auf eine Erschütterung der säkularen Verfassungsordnung der Türkei selbst, die durch den Nationalen Sicherheitsrat auf autoritäre Weise garantiert wird. Ohne einen – visionären – türkischen „Euro-Islam“ wäre die Türkei als EU-Mitglied ein „Fremdkörper in Europa“; aufgrund ihres demographischen Wachstums würde sie der „Wertegemeinschaft“ Europa ein Ende bereiten. Im Zentrum dieser Wertegemeinschaft sieht Tibi die individuelle bürgerliche Rechtsgleichheit (*Citoyenneté*) und grenzt das von ihm verteidigte neuzeitliche, säkulare Europa strikt von der Idee einer „christlichen“ Völkergemeinschaft ab.

Daniel L. Schikora

Mit dem Hammer philosophiert

André Glucksmann: *Hass. Die Rückkehr einer elementaren Gewalt*. München, Wien: Nagel & Kimche 2005. 286 S., 19.90 €

André Glucksmann geht dem anthropologischen Urphänomen des Hasses nach, der freilich nicht erst zurückzukehren braucht, weil er immer schon da war. Was im heutigen Islamismus jedoch tatsächlich wiederkehrt, ist dessen unerhört selbstbewußte und unerschrocken vernichtungsbereite Erscheinungsform, die den Popularphilosophen zu einer kulturhistorischen Phänomenologie des Hasses provoziert hat.

Glucksmann sieht einen blutroten Faden von Medea bis hin zu bin Laden verlaufen: Bereits die große Erniedrigte und Beleidigte der antiken Tragödie zählt er ohne mildernde Umstände zu den kalten Killern, deren klare Entscheidung zum Mord keine Verharmlosung verdient.

Dies gilt um so mehr für den militanten Islam, bei dem es sich nicht um ein Feindbild, sondern um einen bekennenden und insofern real existierenden Feind handelt, der unsere multikulturelle Appeasementpolitik zu Recht als vorauseilende Kapitulation verachtet. In seiner blinden Apologie des Westens und zumal der aktuellen amerikanischen Außenpolitik allerdings stellt Glucksmann sich dumm wie ein Sprecher des Weißen Hauses es wäre, der seinen eigenen Verlautbarungen tapfer Glauben schenkte.

Trotzdem ist dieses brachial mit dem Hammer philosophierte Pamphlet wichtig: nicht nur weil es für den Ernst des längst angebrochenen Kulturkampfes die Augen öffnet, sondern auch weil es – wider Willen – die Identitätsfrage aufwirft, wer eigentlich „wir“ sind, und ob wir die Feinde unserer Feinde vorbehaltlos als unsere Freunde anzusehen haben.

Siegfried Gerlich

Jetzt abonnieren:

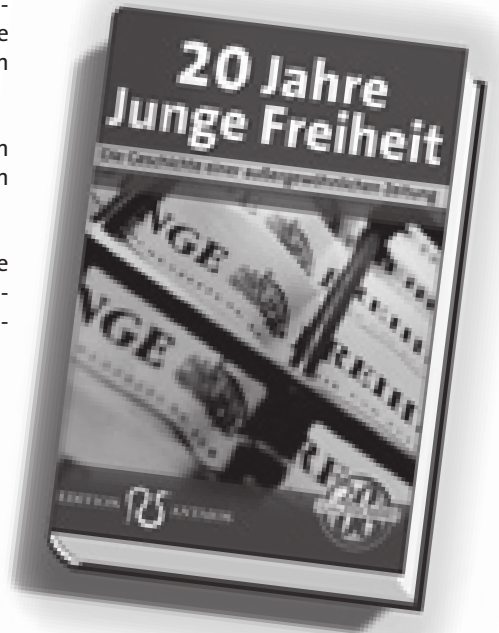
Buch und Film zu „20 Jahre Junge Freiheit“!

Exklusive Eintragung in die „Tabula Gratulatorum“ (Liste der Gratulanten wird identisch im Buch und im Film veröffentlicht!) 25,- EUR. Sie zahlen die Eintragung in die „Tabula Gratulatorum“ also grundsätzlich nur einmal.

Unser Tip: Buch und Film zum Subskriptions-Kombipreis zusammen nur 40,- EUR (Sie sparen 4,90 EUR gegenüber der Einzelsubskription und sogar 13,95 EUR gegenüber dem Ladenpreis).

Wenn Sie in diesem Fall darüber hinaus die exklusive Eintragung in die „Tabula Gratulatorum“ wünschen, erhalten Sie Buch und Film zusammen für nur 65,- EUR! Die eingetragenen Namen der „Tabula“ erscheinen identisch in Buch und Film.

Subskriptionspreis gültig für Bestellungen bis 15. Mai 2006!



Das Buch

Großformat, 240 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 29,- EUR

Subskription nur **25,- EUR**

Der Film

Doppel-DVD (Länge ca. 45 Minuten, zuzüglich ca. 1,5 Stunden Interviews als Bonusmaterial), 24,95 EUR

Subskription nur **19,90 EUR**



Ihr persönlicher Bestellschein:

Hiermit bestelle ich zur portofreien Lieferung

- Ex. **Das Buch „20 Jahre JF“** zum Subskriptionspreis von 25,- EUR (bis 15.05.06, danach Ladenpreis 29,- EUR)
- Ex. **Der Film „20 Jahre JF“**, Doppel DVD, zum Subskriptionspreis von 19,90 EUR (bis 15.05.06, danach Ladenpreis 24,95 EUR)
- Eintragung in die „Tabula Gratulatorum“ (identisch in Buch und Film) für 25,- EUR

Ich wünsche folgende Eintragung:

Rechnungs- und Lieferanschrift:

JF · Hohenzollerndamm 27 a · 10713 Berlin · Fax-Nr.: 030-86 49 53 50 · Tel.-Nr.: 030-86 49 53 25

Geheimdienste

Udo Ulfkotte: *Der Krieg im Dunkeln. Die wahre Macht der Geheimdienste.*

Frankfurt a.M.: Eichborn 2006. 352 S., 22.90 €

Der ehemalige FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte ist ein Experte, wenn es um verborgene Netzwerke geht. Geheimdienste, Kriminalität, Wirtschaftsspionage und Terrorismus sind die Schwerpunkte seiner investigativen Veröffentlichungen. Nun untersucht Ulfkotte das Wirken des BND, der CIA, des Mossad, der britischen, französischen und russischen Dienste. Ulfkotte konzentriert sich auf die Darstellung dieser Organisationen, weil sie das Fadenkreuz bilden, in dem sich die Bundesrepublik bewegt. Die Darstellung ist detailreich, geht zum Teil sogar ins Anekdotische. Beim CIA folgt Ulfkotte den üblichen historischen Linien von den bekannten Interventionen im Kalten Krieg bis zum Kampf gegen den Terrorismus. Der Mossad wird als ein Dienst geschildert, der längst nicht mehr seinem eigenen Mythos gerecht wird, der französische Geheimdienst als gut informiert, allerdings ähnlich wie der russische mit einer ständigen Tuchfühlung zur Halbwelt und zur Sphäre des Kriminellen. Der Bundesnachrichtendienst wird entgegen dem Klischee als überaus professionell geschildert. Dies mag, was Ulfkotte oft vorgeworfen worden ist, auch daran liegen, daß er viele seiner Kontakte und Informationen aus diesem Bereich gewinnt. Nach Ulfkotte gehörten und gehören gezielte Tötung, Folter, illegale Datenermittlung, sexuelle Verführung und Erpressung weiterhin zum festen Repertoire. Die Darstellung hat der Natur der Sache gemäß das Problem, daß die Quellenlage nicht offengelegt werden kann und der Leser sich bei seinem Weg durch das Dunkel vom Autor an die Hand nehmen lassen und auf dessen Redlichkeit vertrauen muß.

Josef Daum

Katholisches Staatsdenken

Rudolf Uertz: *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965).* Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2005. 552 S., kt, 59.00 €

Diese Studie war schon deshalb überfällig, weil jetzt endlich einmal im Detail nachvollzogen werden kann, daß und inwiefern der von Johannes XXIII. und dem Zweiten Vatikanum übernommene personalistische Ansatz mit all seinen Implikationen (Anerkennung der Religionsfreiheit, Aufgabe der Einheit von Moral und Recht, Aufgabe der Lehre von der kirchlichen *potestas indirecta in temporalibus* usw.) tatsächlich eine „qualitative Wende“, ein fundamentales „neues Kapitel im katholischen Politik- und Rechtsdenken“ darstellte. Uertz beschreibt in diesem Zusammenhang die Entwicklung verschiedener Rechts- und Staatstheorien durch katholische Laien, darunter auffällig viele deutsche Zentrums Politiker, deren mit Blick auf die konkreten politischen Verhältnisse geschriebene Theorien meist mehr oder weniger stark von der kirchenoffiziellen neuscholastischen Lehre abwichen und schließlich dem Bruch des Vatikan mit der alten Lehre den Weg bereiteten.

Die Bedeutung von Uertz' Arbeit liegt auch darin, daß sie die religiöse Institution des Katholizismus als ein stark kulturell, gesellschaftlich und politisch bedingtes Phänomen beschreibt, welches weniger von den binnentheologischen, als vielmehr von den „philosophisch-anthropologischen“ Grundnormen und Leitideen der Zeit geprägt wird. Die katholische Kirche wurde getrieben durch die Entwicklung der sie tragenden deutschen Gesellschaft, an die sie angeschlossen zu bleiben versuchte.

Christoph Kramer

Historisches Staatsdenken

Klaus Roth: *Genealogie des Staates. Prämissen des neuzeitlichen Politikdenkens,* Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 130. Berlin: Dunker & Humblot 2005. 940 S., geb, 126.00 €

Eine „Genealogie“ ist eine Darstellung der Herkunftslinie, eine „Genealogie des Staates“ müßte also etwas bieten wie die Darstellung der Geschichte des Staats-Denkens. Wenn man das Inhaltsverzeichnis des Buches von Klaus Roth aufschlägt, dann hat man den Eindruck, daß genau das die Absicht seiner Arbeit ist. Allerdings holt der Verfasser sehr weit aus, beginnt er die Untersuchung doch im antiken Griechenland und dem Alten Testament. Wer an dieser Ausweitung des Themas bereits eine gewisse Frontstellung gegen Carl Schmitts Auffassung des Staatsbegriffs als eines historisch-konkreten erkennt, geht nicht fehl. Schmitt ist in Roths Buch fast allgegenwärtig, aber nur, um ihn zurückzuweisen. Das müßte noch kein Indiz für Orientierung am *mainstream* sein, aber die genauere Prüfung der Ausführungen bestätigt den Anfangsverdacht. Nirgends findet sich ein selbständiger Ansatz, dafür breit referiertes Handbuchwissen und ein Verweispotpourri, in dem sich alles findet, was erlaubt ist. Das erklärt wohl auch, warum im letzten Teil „Der Kampf um die adäquate Staatsform und um die Grenzen des Staates“ weder der Faschismus noch die These vom Ende des Staates behandelt werden. Letztlich ist die Arbeit Roths, die die Berliner Politologen als Habilitationsschrift angenommen haben, nur eine Mischung von mangelnder Originalität und Bescheidwissenschaft, ein schlechtes Beispiel für jene Veröffentlichungen, deren Zahl immer weiter zunimmt und die unaufhaltsam die Regale unserer Bibliotheken mit Überflüssigem verstopfen.

Karlheinz Weißmann

Fortschritt

Ronald Wright: *Eine kurze Geschichte des Fortschritts*. Hamburg: Rowohlt 2006. 204 S., geb, 16.90 €

„Fortschritt“ ist ein relativ junger Begriff, er trat am Ende des 18. Jahrhunderts, zeitgleich mit dem Beginn des unbestreitbaren – technischen und naturwissenschaftlichen – Fortschreitens auf. Unter dem Eindruck der dramatischen Veränderung des Erkenntnisstandes, der Lebenswelten und der menschlichen Eingriffsmöglichkeiten verfestigte sich die Idee, die Geschichte der Menschheit sei insgesamt „progressiv“. Eine Vorstellung, die vor allem im „Westen“ – England und den Vereinigten Staaten einerseits, Frankreich andererseits – Anklang fand und sich mit einer politischen Konzeption verknüpfte, die Glauben machen wollte, daß dem objektiven Gang der Entwicklung ein innerer entspreche, der zur vollständigen Humanisierung des Humanen führe. Ohne Kenntnis dieses Hintergrunds kann man die Selbstgewißheit der Argumentation Ronald Wrights nicht erklären. Denn bei aller Skepsis im Detail wagt er doch den Entwurf einer auf Perfektion angelegten Geschichte des Menschen. Es gibt allerdings einige Gefahren der Gegenwart, wie den Raubbau an Ressourcen oder die Überbevölkerung in der „Dritten Welt“, die es denkbar erscheinen lassen, daß diese Geschichte abgeschnitten werden könnte. Daran glaubt Wright im Grunde aber nicht, er setzt auf Evolution. Eine tiefere Begründung für diese Erwartung findet sich in dem gekonnt geschriebenen, essayistischen Band aber nicht. Auch ist der Verfasser unbelastet von der Kenntnis jener „Fortschrittskritik“, die vor allem in Deutschland parallel zum Aufstieg der Idee des Progressiven entstand. Das erklärt sicher den Erfolg seines Buches in der angelsächsischen Welt und den erwartbaren im heutigen Deutschland.

Karlheinz Weißmann

Demokratiekritiker

Wolfgang Herles: *Dann wählt mal schön. Wie wir unsere Demokratie ruinieren*. Piper: München 2005. 235 S., geb, 17.90 €

Der Publizist und ZDF-Moderator Wolfgang Herles hatte schon mit seiner Polemik *Wir sind kein Volk* für Aufmerksamkeit gesorgt. Seinen damals vertretenen Thesen konnte man freilich nicht immer folgen („Das gesamtdeutsche Nationalgefühl ist ein Relikt aus der historischen Motte und nicht wiederzubeleben...“). Gleichwohl scheut sich der promovierte Autor nicht, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Die bundesdeutsche Demokratie steht in seinem neuen Rundumschlag übel da. Sehr gelungen z. B. der Abschnitt über die *Political Correctness*, einen Import aus den USA, der sich wie zäher Mehltau über unser Land legte und auf den man wie auf manch andere „Importgüter“ gern verzichtet hätte. Herles zeigt auf, daß zum Beispiel mit der heimlichen Einwanderung zuerst der sogenannten Gastarbeiter längst Sprachregelungen in das gesellschaftliche Leben Eingang fanden, die höchst problematische Entwicklungen linguistisch vertuschen. *Political Correctness* orientiert sich an Wunschbildern statt an der Wirklichkeit. Nicht ganz zustimmen können wird man dem Autor, wenn er im Abschnitt „Bedrohen die Extremisten die Demokratie“ nahezu ausschließlich die politische Rechte behandelt. Herles beläßt es nicht allein bei der Demokratie-Kritik. Im Schlußkapitel „Was sich ändern muß“ versucht er weiterhin Mut zu machen für die Demokratie, doch sein Credo klingt eher hilflos. Bitter ist dabei nur, und leider geht Herles darauf nicht ein, daß Lösungsvorschläge, Impulse und aufrechte Persönlichkeiten – hier sei nur an Paul Kirchhof erinnert – vorhanden sind, jedoch kaum eine Chance haben.

Peter Götz

Praktische Reflexion

Johannes Heinrichs: *Logik des Sozialen. Woraus Gesellschaft entsteht*. München: Steno Verlag 2005. 352 S., 18.00 €

In Zeiten sozialwissenschaftlicher Ignoranz gegenüber fundamentalen Neuerungen ist es erfreulich, die Neuauflage eines 1976 erschienenen Werkes zur Sozialtheorie deutscher Tradition vorzulegen, das von der Hegemonie des Suhrkamp-Imperiums negiert wurde. Heinrichs vertritt die These, daß zur Vermittlung individuellen Handelns mit dem politischen System die praktische Reflexion nötig sei. Seine dialogische Sozialtheorie sei von der individualistisch-atomistischen Subjekttheorie der „Moderne“ zu scheiden. Eine Gemeinschaft sei nur möglich durch kulturelles Selbstbewußtsein, das sich frei von monologischen „Wahrheiten“ entfaltet. Sie ist „Selbstbezug-im-Fremdbezug“. Das ideologische Vakuum bundesdeutscher Ausschließungsdogmatik im Umgang mit politischer Opposition steht reflexionslogisch zur Disposition. Heinrichs sieht freie Sachparlamente zu vier Handlungsebenen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Ethik) vor und rekonstruiert eine moderne organische Demokratie, bei der die Orientierung an diesen Reflexionsebenen kaum partikularistischer Parteiendogmatik bedarf. Neben Kritik an Habermas eröffnet er eine Perspektive, die dem normativen Positivismus nach 1945 eine eigene souverän reflektierte Sozial- und Demokratietheorie entgensetzt. Heinrichs legt ein erkenntnistheoretisch fundiertes Werk vor, das durch die politische Potenzierung der klassischen Gewaltenteilung in Zeiten des Ausklangs der Wirtschaftswunder-Demokratie die parteienstaatliche partikulare Selbstprofilierung mit nationalstaatlich verorteter Vernunft zu überwinden trachtet. Die heutigen Umbrüche lassen ihm die vor 30 Jahren verwehrt gebliebene Bedeutung zukommen.

Daniel Bigalke

Liebesglück

Eberhard Straub: *Das zerbrechliche Glück. Liebe und Ehe im Wandel der Zeit*, Berlin: wjs Verlag 2005. 144 S., geb, 16.00 €

In diesen Zeiten wird allerorts in großen Lettern das Aussterben der Deutschen und der Werteverfall verkündet. Eberhard Straubs „zerbrechliches Glück“ kommt dagegen eher leise und bedächtig daher. Die weiter ansteigende Scheidungsrate und die stagnierenden Geburtenzahlen versprechen eine einsame und ergraute Zukunft, dies kann und will auch Straub nicht verhehlen. Aber anders als etwa Frank Schirrmacher, der in seinem neuen Buch verkaufswirksam reißerisch den drohenden Untergang der alternden Gesellschaft verkündet, ertönen in Straubs Bändlein höchst optimistische Töne. Zwar werde jede dritte Ehe geschieden, aber dennoch wagten viele einen erneuten Anlauf. Treue gelte den meisten nach wie vor als äußerst wichtig und ein Leben ohne Liebe werde als glück- und erfolglos erachtet. Der Mensch des 21. Jahrhunderts sehne sich jenseits natürlicher Reproduktionszwänge und zügellosen Wettbewerbs nach einer Liebesheirat, auch dann, wenn sie nicht auf ewig Bestand hat.

Fast beiläufig widerlegt Straub die Annahme, daß das Single-Dasein ein neuzeitliches Phänomen sei. Nach 150 geburtenstarken Jahren erachtet er den Geburtenrückgang als „Normalisierung“. Straubs Gang durch die Geschichte von Ehe und Liebe ist durchaus informativ und amüsant zu lesen und schließt mit dem alten, verheißungsvollen *amor vincit omnia*. Auch der Institution der Ehe attestiert der Autor genügend Stärke zum Überleben. Dies glauben wir gern, fragen uns allerdings, ob dies unter den Bedingungen der Geburten-„Normalisierung“ genauso für das deutsche Volk gilt.

Kerstin Schneider

Gefechtswert hoch

Martin van Creveld: *Kampfkraft. Militärische Organisation und Leistung der deutschen und amerikanischen Armee 1939–1945*. Graz: Ares 2005. 216 S., geb, 19.90 €

Vor kurzem sonderte die *Command & Staff School* des USMC Crevelds Buch *Fighting Power* aus, rund 250 Exemplare. Hält man diese Studie dort für überholt? 1982 hatte sie der israelische Militärhistoriker in den USA publiziert. Creveld suchte damals für die Restrukturierung der *Army* eine *benchmark* in der deutschen Militärtradition: Wie kam es, daß die meist zahlenmäßig unterlegenen Kampftruppen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg um 20–30 Prozent effektiver agierten als ihre Gegner? Diesen fügten die Deutschen „unter allen Gefechtsbedingungen ständig Verluste“ zu, „die um etwa 50 Prozent höher lagen als ihre eigenen“. Crevelds Analyse erwies, daß die Überlegenheit der deutschen Führungs- und Organisationskonzeption gerade nicht auf Gehorsam und Kontrolle, sondern auf Vertrauen und Persönlichkeitsorientierung beruhte. Die 1989 auf deutsch erschienene, nach zwei Auflagen vergriffene Studie liegt nun als Neuauflage vor. Er halte „einige der gegebenen Antworten“ seines Buchs noch immer für richtig, resümiert Creveld 2005 im kurzen Vorwort. Welche er selbst inzwischen für obsolet hält, hätte man gern erfahren. Statt der erneuten salvatorischen Klausel, auch leistungsfähige Armeen könnten Kriegsverbrechen begehen, wäre eine Skizze der Diskussionen um das Buch besonders in den USA angebracht gewesen. Crevelds Studie bleibt aber höchst aktuell, zumal für die Deutschen, deren zunehmend amerikanisierte Truppen das Land seit seiner Militarisierung durch die rot-grüne Koalition wieder „am Hindukusch“ und anderswo „verteidigen“ sollen.

Jörg Soldan

Verbotene Symbole

Dirk Reuter: *Verbotene Symbole. Eine strafrechtsdogmatische Untersuchung zum Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in § 86a StGB*. Baden-Baden: Nomos 2005. 69.00 €

Paragraph 86a StGB verbietet bestimmte Formen des Umgangs mit Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und solchen, die ihnen „zum Verwechseln ähnlich sehen“. Diese Einschränkung der Meinungsfreiheit ist nur durch „allgemeines“ Gesetz zulässig. Das wird für § 86a bejaht. In der Praxis dagegen ist die Norm ausschließlich im Kampf gegen „rechts“ relevant.

Insbesondere um von den Nationalsozialisten verwendete beziehungsweise vereinnahmte Zeichen wuchert eine kaum überschaubare Kasuistik, die bisweilen absurde Züge trägt und zum Beispiel das Zeigen germanischer Runen zum unkalkulierbaren Risiko macht. Die vorliegende Arbeit kann als Bestandsaufnahme und Orientierungshilfe dienen. Kritisch untersucht der Verfasser Rechtsgut und Schutzzweck der Norm. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das Kennzeichenverbot ausschließlich zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des öffentlichen Friedens gerechtfertigt und dort auch erforderlich ist. Die gruppensymbolische Sogwirkung von Symbolen birgt erhebliche Gefahren für die genannten Rechtsgüter. Jedoch mahnt er gerade im sensiblen politischen Strafrecht zur Behutsamkeit: Das Kennzeichenverbot darf nicht zur Bestrafung einer Gesinnung führen, greift es doch schon konzeptionell nur als Annex zum Verbot der einschlägigen Organisationen ein. Erst die besondere Gefährlichkeit, die von einem ausdrücklichen Bezug etwa zu NS-Organisationen ausgeht, rechtfertigt den Einsatz des Strafrechts.

Florian Wolfrum

animal symbolicum

Karen Armstrong: *Eine kurze Geschichte des Mythos*. Berlin: Berlin Verlag 2005. 141 S., geb, 16,00 €

Jede Zeit hat die Dissidenten, die sie verdient. Heute sind es diejenigen, die gegen ein System der Rationalität revoltieren, das als Weltgesellschaft wissenschaftlich, technokratisch, ökonomisch den Globus mit seiner Kontrollmacht überzieht. Dieser gilt als „Wahrheit“ nur, was „bewiesen und beweisbar“ erscheint. Doch „Instrumentelle Vernunft“ als aggressiv säkulare Macht provoziert vor allem jene, die verweigern, Religion als „archaische Belanglosigkeit“ abzutun. Diesem Konflikt ist die englische Religionswissenschaftlerin Karen Armstrong in ihrer Studie über christlichen, jüdischen und muslimischen Fundamentalismus seit dem Mittelalter nachgegangen. Ihr gelang ein historiographisches Meisterwerk: Muster an hermeneutischer Tiefenanalyse, kritischer Umsicht und humaner Objektivität. Entscheidend ist ihre These zu Mythos und Logos als den beiden Komplementärfunktionen des Menschseins. Organisiert dieser effektiv die Welt, integriert jener sie erst als Sinn Ganzes. Das nun thematisiert ihr neuer Band. Er zeigt den Mythos als anthropologische Universalie und „Kunstform, die über die Geschichte hinaus auf das Zeitlose der menschlichen Existenz verweist und uns hilft“, jenseits von Chaos und Zufall „den Kern der Wirklichkeit zu erfassen“. In sieben Kapiteln umreißt der gedrängte Essay zentrale Mythenkomplexe und verknüpft sie mit den „absoluten Kulturschwellen“ – historischen Paradigmen, die den Menschen epochal umwälzten. Pessimistisch blickt Armstrong auf moderne Dekadenz als den Verlust von Sinn und Tod der Mythologie und fordert eine „spirituelle Revolution“ als Widerpart blinden Fortschritts.

Wolfgang Saur

Unendliche Reflexion

Hans Belting: *Das echte Bild. Bildfragen als Glaubensfragen*. München: Beck 2005. 240 S., geb, 29 Farb- und 56 s/w Abb., 29,90 €

Hans Beltings neue Arbeit ist jedenfalls lesenswert. Für den tristen Zustand postmoderner Kulturwissenschaft mag seine intelligente „Bildanthropologie“ ein immerhin herausragendes Zeugnis ablegen. Deren Blick wendet sich nach dem „Ende der Kunstgeschichte“ nicht mehr stilistischen und hermeneutischen Fragen, sondern der Modalität, Funktion, Strategie oder Politik von Bildern in wechselnden Konstellationen zu. Nach dem realhistorischen Verlust ihrer „Aura“ kommt diesen in der neuen „Bildwissenschaft“ nun auch ihr „Wesen“ abhandeln. Es verschwindet zwiebelgleich in der endlosen Reflexion kontingenter Perspektiven. So ist eine Art „universeller Ideologiekritik“ entstanden, ein radikaler De/Konstruktivismus, der – nach Nietzsche, nach dem Sozialismus, nach den Meistertheorien eine angeblich zeitgemäße *ultima ratio* – die „nominalistische Kultur“ des Westens vollende. Dessen Bildbegriffe stehen heute „alle zur Disposition“. Belting fokussiert die Logik von Referenz und Repräsentation und deren Frage nach dem „Realen“, das ursprünglich Gott meint. So taucht hinter den „ikonischen Differenzen“ die „ontologische Differenz“ auf, deren Vertracktheiten von Moses über die Inkarnation bis zum Abendmahlstreit Calvins der Autor nachgeht. Eindringliche Bildkommentare deuten den Verlust des Übernatürlichen, ja des Gegenstandes selbst und enden beim Fakt von Künstler und Kenner: dem bloßen, immanenten Zeichen. Schade, daß ein bedeutender Autor sprachspielend sich herumtreibt, dabei aber den geistigen Anruf jener Welt überhört, deren schöpferisches Zeugnis ihm täglich vor Augen steht.

Wolfgang Saur

Deutscher Engel

Maja Galle: *Der Erzengel Michael in der deutschen Kunst des 19. Jahrhunderts*. München: Herbert Utz 2005. 234 S., kt, zahlreiche Abb., 49,00 €

Das schöne Buch Manfred Müllers über den Erzengel Michael, auf das wir in der Nummer 11 hinwiesen, findet seine Ergänzung in dem hier vorzustellenden Band der Münchener Kunsthistorikerin Maja Galle. Sie hat in ihrer Arbeit die Darstellung Michaels in der deutschen Kunst des 19. Jahrhunderts untersucht und gibt auch einen Ausblick auf die anschließende Entwicklung im 20. Jahrhundert. Etwas Vergleichbares zu diesem, heute fast vergessenen Teil unserer nationalen Ikonographie hat es bisher nicht gegeben. Die Autorin bietet neben einer kurzen Einleitung, die die Vorgeschichte behandelt, das heißt vor allem die religiöse Bedeutung Michaels in der Ost- und Westkirche neben Hinweisen auf seine Funktion als Reichs- (Byzanz, Deutsches Reich) und Nationalheiliger (Frankreich), vor allem eine Analyse der Wiederentdeckung als politisches Symbol in der Deutschen Bewegung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Dann geht sie der Frage nach, auf welche Weise diese, in der protestantischen Bevölkerung vergessene oder wegen der Assoziation mit der katholischen Gegenreformation negativ besetzte, Figur allmählich Integrationskraft gewann, deren Höhepunkt am Beginn des Ersten Weltkriegs erreicht war. Maja Galle beschränkt ihre Untersuchung dabei dankenswerterweise nicht auf die obere Linie der bildenden Kunst, sondern weist auch auf populäre Darstellungen und Propagandagebrauch hin. Daß in dem engeren Bereich der politischen Symbolik gewisse Lücken geblieben sind, mindert den Wert dieser gründlichen Arbeit so wenig wie die handwerklich etwas primitive Machart der Vervielfältigung.

Karlheinz Weißmann

Jüdischer Nietzscheaner

Oscar Levy: *Der Idealismus – ein Wahn* (1940), hg. von Leila Kais (Gesammelte Schriften und Briefe 4). Berlin: Parerga 2006. 169 S., Ln, 29.80 €

Der glühende jüdische Nietzscheaner Oscar Levy (1867–1946) gehört zu den Unbekannten unserer Geistesgeschichte. Bereits 2005 erschien ein höchst lesenswerter Band mit Schriften zu Nietzsche („Nietzsche Verstehen“), in denen er auch provokante Überlegungen zum Verhältnis von Judentum und Bolschewismus angestellt hatte, vor allem aber mit großer Verve gegen alle Verharmloser der radikalen Philosophie und Kulturkritik Nietzsches zu Felde zog. In dem von seinen Herausgebern als Hauptwerk qualifizierten Werk über die „Idiotie des Idealismus“, das hier erstmals auf deutsch in Levys eigener Übersetzung publiziert wird, bietet Levy ebenso provozierende Gedanken. So habe das Deutschland der Niederlage nach dem Ersten Weltkrieg im Nationalsozialismus gleichsam den Stempel des Israels der Niederlage (des Israels der Priester und Propheten im Gegensatz zu dem der Könige) getragen; deshalb habe sich, wie Levy den nationalsozialistischen Antisemitismus deutet, „das neue auserwählte Volk auf das alte geworfen und dessen Methoden der Intoleranz, des Fanatismus und des Pessimismus gegen seine eigenen Lehrer und Vorbilder angewendet“. Levys polemische Kampfschrift richtet sich, wie Bernard Shaw treffsicher erkannte, gegen Erlöser und Diktatoren aller Art, die im Namen moderner Ideologien dieses oder jenes Ideal durchsetzen möchten. In Fortführung der Religionskritik Nietzsches spießt Levy respektlos die politische Theologie antiker und moderner Messiasgestalten auf und erkennt in den Bestrebungen zur Verwirklichung des Himmelreiches die Wurzel des politischen Übels.

Till Kinzel

Simmels Briefe

Georg Simmel: *Briefe 1880–1911*, bearbeitet und herausgegeben von Klaus Christian Köhnke (=Georg Simmel Gesamtausgabe 22). Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2005. 1094 S., Ln, 72.00 €

Das facettenreiche Werk Georg Simmels, der heute vor allem als Soziologe geschätzt wird, erscheint seit 1988 in einer auf 24 Bände angelegten Gesamtausgabe und kommt mit der zweibändigen Edition der Briefe langsam zum Ende. Geprägt ist der vorliegende erste Band durch die Überlieferungslage: Simmels Nachlaß ist seit 1939 verschollen, die Suche nach den Briefpartnern hing daher oft vom Zufall ab. So ist es zu erklären, daß die unterschiedlichsten Schreiben von und an Simmel, letztere meist Entwürfe, abgedruckt sind: von beschriebenen Visitenkarten über zweizeilige Einladungen an Stefan George und gehaltvolle Briefe an Heinrich Rickert bis zur umfangreichen Verlagskorrespondenz. Hinzu kommt, daß Simmel selbst bekennt: „ich bin kein Briefschreiber“. Aus diesen Voraussetzungen resultiert, daß die Briefe nur wenig enthalten, was für Simmels Werk von Bedeutung ist. Dadurch jedoch, daß wirklich alles Ermittelte versammelt ist, bekommt der Leser einen Einblick in den Alltag eines Privatdozenten, der erst 1914 auf einen ordentlichen Lehrstuhl berufen wurde: Simmel sieht in der Benachteiligung der Juden zwar eine für den Einzelnen „himmelschreiende Ungerechtigkeit“, würde aber selbst das „Quantum der jüdischen Lehrer“ an einer Fakultät nicht „unbegrenzt wachsen“ lassen. Die Tragödie liegt darin, daß das „große Hemmnis“ der Herkunft auch für Juden Bestand hatte, die „das Spezifische der jüdischen Geistigkeit nicht mehr besitzen“. Diese unbequeme Situation hat Simmels Blick geschärft, so daß seine eigentliche Leistung, die Kulturkritik, bis heute aktuell geblieben ist.

Erik Lehnert

Céline und Deutschland

Philipp Wascher: *Louis-Ferdinand Céline und Deutschland. Rezeptionsgeschichte der Jahre 1932–1961* (=Int. Forschungen zur Allg. und Vergl. Literaturwissenschaft 94). Berlin: Weidler Buchverlag 2005, 274 S., kt, 40.00 €

Spätestens mit dem Erscheinen der Neuübersetzung von Célines *Reise ans Ende der Nacht* vor drei Jahren ist deutlich geworden, daß die deutsche Rezeption Célines von einer mangelhaften Übersetzung behindert war. Der Autor der vorliegenden Untersuchung, einer Wiener Dissertation, vergleicht jede Übersetzung mit dem Original und listet seitenlang Fehler, Ungenauigkeiten und bewußte Glättungen oder Verfälschungen auf. Ist die Lektüre deshalb keine große Freude, so erhellt die Arbeit mit dieser Genauigkeit doch das deutsche Mißtrauen Céline gegenüber, der hierzulande vor allem als Antisemit und Kollaborateur verrufen ist. *Céline und Deutschland* ist ein schönes Lehrstück, wie zahlreiche kleine Akzentverschiebungen in der Summe ein völlig anderes Bild erzeugen. Es wird deutlich, daß die berüchtigten Pamphlete, von denen nur die *Bagatelles pour un massacre* unter dem irreführenden Titel *Die Judenverschwörung in Frankreich* ins Deutsche übersetzt wurden, erst durch die Übersetzung in die einseitig antisemitische Richtung getrimmt wurden. Im Original haßt Céline schlicht „alles und jeden“, wie Bennis es ausdrückte. Der Autor versucht insbesondere in diesen heiklen Punkten Céline Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ohne dabei den vielleicht einzigen konsequenten Nihilisten zu verhätscheln. Am Ende bedauert er, daß bis heute keine Monographie vorliegt, „welche Célines Denk- und Schreibweise einem breiteren Publikum näher bringt“. Warum tut Philipp Wascher uns nicht den Gefallen und schreibt sie selbst?

Erik Lehnert

Was war deutsch?

Teil 1: Die Auftragstaktik

Nach einem russischen Einbruch in die deutschen Stellungen war es im Herbst 1944 dem 20jährigen Gefreiten Karl Zierhofer gelungen, die Einbruchsstelle abzuriegeln, sogleich zum Gegenstoß anzusetzen und damit die Lage zu stabilisieren. Auch der 31jährige Obergefreite Heinrich Kaup hatte das Kommando übernehmen müssen, als die Führer seiner Kompanie an der Ostfront im Sommer 1943 bei einem Gegenangriff allesamt ausgefallen waren; er führte die verbliebenen Grenadiere erneut gegen den eingebrochenen Feind und warf ihn so nachhaltig zurück, daß die eigene Verteidigung auf größerer Breite neu organisiert werden konnte. Beide Mannschaftsdienstgrade erhielten dafür das Ritterkreuz, und sie waren beileibe nicht die einzigen. Weit über 7.000 Mal wurde die hohe Auszeichnung im Zweiten Weltkrieg verliehen, an einfache Soldaten ebenso wie an Unteroffiziere und Offiziere aller Dienstgrade und Waffengattungen. „Eigener, selbständiger Entschluß, hervorragende persönliche Tapferkeit und ausschlaggebende Erfolge für die Kampfführung im Großen gesehen“, lauteten lapidar die Anforderungen in den Verlei-

Kennst Du ein Land, längst multikulturell, längst reich an allem, was ihm widerspricht? Wo die Züge sich verspäten, die Soldaten weich und die Kinder knapp sind? Wo man die Bildung zum brain up, das Diplom zum bachelor und den Beruf zum Job verwurstet hat? Dort hauste einst ein Menschenschlag, der „typisch deutsch“ – so hieß es – war, begabt mit Sekundärtugenden und lichten Momenten: Zähigkeit, Disziplin, Effizienz, Zuverlässigkeit, Innovationskraft und Erfindergeist. Kennst Du das Land? Ich kann't es noch.

hungsbestimmungen. Als wesentliche Grundlage solcher militärischer Leistungsfähigkeit wurde immer wieder die Auftragstaktik benannt, eine Führungsauffassung, die lange als „typisch deutsch“ galt. Ihre Entstehungsgeschichte reicht bis in die Zeit der preußischen Reformen nach der verheerenden Niederlage von Jena und Auerstedt und dem Versagen des Offizierskorps im Krieg gegen Napoleon zurück, doch ist die Durchsetzung dieses Führungs- und Denkstils erst auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zu datieren: Vor allem der Name Moltke war damit verbunden. Schon der Heeresreformer Scharnhorst aber, der auch die preußischen Kriegsschulen und die Kriegsakademie ins Leben rief, hatte die grundlegenden Prinzipien einer Auftragstaktik formuliert und die Fundamente für eine, zunächst allerdings durch die Restauration nur unterschwellig wirksame, mit dem späteren preußischen König Wilhelm I. dann offen zum Zuge kommende Neuorientierung gelegt. Scharnhorst sah das Heer nicht mehr mechanistisch als zentral steuerbare „Maschine“, sondern als Gefüge lebendiger, selbständig agierender „Körper“. Was bedeutet

aber nun Auftragstaktik? Im Unterschied zum idealtypischen Gegenkonzept der Befehlstaktik, die ein „Durchbefehlen“ mit möglichst penibler Vorausplanung bevorzugt, beschränkt sich das Führen durch Auftrag auf Direktiven und Schwerpunkte: Nach einer zweckmäßigen Lageinformation ist hier den Untergebenen die eigene Absicht im Rahmen der übergeordneten Führungsabsicht unmißverständlich zu verdeutlichen; sodann sind klare und vor allem erfüllbare Aufträge zu erteilen sowie Grenzen zu benennen. Alle weitergehenden Entschlüsse und Maßnahmen bleiben den nachgeordneten Führungsebenen überlassen – wie der Auftrag in der konkreten Lage im einzelnen ausgeführt wird, ist ihre Sache: „Für das Weitere sind sie verantwortlich zu machen“, so bereits Friedrich Wilhelm III. im Geiste Scharnhorsts. Verantwortung wird also ausdrücklich „nach unten“ delegiert, nicht abgeschoben. Entscheidend für diesen Führungsstil ist nicht nur ein beträchtliches Vertrauen, sondern auch die Fähigkeit der Untergebenen, den Kern des jeweiligen Auftrags und den Zusammenhang mit der übergeordneten Ebene zu begreifen, um die eigenen wesentlichen Leistungen je nach Lage bestimmen und modifizieren zu können. Interessant ist nun, daß sich insbesondere die US-Amerikaner nach der traumatischen Niederlage im Vietnamkrieg mit der deutschen Militärtradition und damit auch der Auftragstaktik intensiv befaßten: Maßgeblich für die lebhafteste Diskussion in den USA waren vor allem Trevor N. Dupuy und William Lind sowie der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld, die freilich nicht nur die deutschen Führungsgrundsätze untersuchten, sondern auch den Generalstab, das Personal- und Ausbildungswesen sowie zahlreiche weitere Faktoren in den Blick nahmen. Auch wenn die Deutschen seit 1870/71 ihre Kriege verloren, blieben vor allem die operativen Leistungen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg bei ihren Gegnern unbestritten, sie werden dort noch heute sogar bewundert. Nachdem die USA mit ihrer ungeheuren Militärmaschinerie in Vietnam einer vorwiegend infanteristisch kämpfenden Armee unterlegen waren, versuchte man dort die Faktoren der Niederlage zu analysieren. General Giaps Truppen, die weder über die Feuerkraft noch die Logistik der US-Truppen verfügten, hatten den Stellenwert des „Faktors Mensch“ auch im modernen Krieg nachdrücklich aufgezeigt. Mit der neuerlichen Ausrichtung auf Europa als potentielles Gefechtsfeld und der Entwicklung des Konzepts „Air Land Battle 2000“ zogen bald auch Elemente der deutschen Auftragstaktik in die US-amerikanischen Dienstvorschriften ein, wenn etwa im *Field Manual 100/5* seit 1982 von „mission order“ gesprochen und seit 1993 „commander’s intent“ betont wird. Es heißt, daß die Nordamerikaner im zweiten Angriffskrieg gegen den Irak den in strikter Befehlstaktik geführten Truppen Saddams weit überlegen waren durch ihre der Auftragstaktik gemäße modulare Gliederung und Operationsführung; allerdings legen

die bisherigen deutschen Erfahrungen mit der US-amerikanischen Truppenpraxis bei aller Vorsicht nahe, daß von einer echten Adaption nicht wirklich die Rede sein kann. Auch andere Staaten haben inzwischen versucht, die Auftragstaktik in die eigenen Führungssysteme zu integrieren, doch bezweifelt etwa der kanadische Stabsoffizier Oliviero, *Chief of Staff* des *Canadian Land Force & Staff College* und Kenner der deutschen Heeresorganisation, daß sich dieser „Führungsstil, der fast zweihundert Jahre alt ist“, einfach übertragen läßt, indem man ihn in die Dienstvorschriften schreibt. Er verweist dezidiert auf den historischen Hintergrund, die Verwurzelung der Auftragstaktik in der deutschen Kultur und Gesellschaft, die sich schon in Kleists Texten und Humboldts Bildungsideal abzeichnet. In der Tat beginnen hier die eigentlich interessanten Fragen: Kam die Henne zuerst oder das Ei? Lassen sich großangelegte gesellschaftliche Restrukturierungsprogramme wie das der preußischen Reformer unter den heutigen Umständen modifiziert nachahmen? Sicher gibt es schlicht pragmatische Gründe dafür, daß hierzulande auch die Freiwilligen Feuerwehren oder das Rote Kreuz ihre einsatznahen Führungssysteme explizit einer Auftragstaktik verpflichten; einen Zusammenhang zwischen den sich nach 1806 im deutschen „nation building“ zur Tradition verfestigenden Institutionen wie dem Vereinswesen, der Wehrpflicht und deren erzieherischen Effekten mit einer spezifischen Mentalität wird man schwer bestreiten können. Es wäre gewiß aufschlußreich, auch die nominell nach der Befehlstaktik geführte NVA im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten in solche Überlegungen einzubeziehen, erhielten sich doch wenigstens bei Verbänden wie dem Luftsturmregiment „Willi Sänger“ oder den Spezialfernaufklärern zweifellos Elemente der Auftragstaktik. Im neuen Deutschland indessen scheint das Prinzip Selbständigkeit gefährdeter denn je zuvor, wenn auch der Inspekteur des Heeres 1998 in zeitgeistkonformer Diktion verkündete, die „beiden Grundpfeiler für Leadership im deutschen Heer“ seien „geistig-ethische Bindungen und das Prinzip der Auftragstaktik“. Seit rund 15 Jahren wird der vormalige „Bürger in Uniform“ systematisch zum „Soldaten der Menschenwürde und der Menschenrechte“ einer weltweit agierenden Interventionstruppe umgemodelt; angesichts der Ausweitung internationaler Einsätze mit politischer Gängelung bis auf die Ebene einer Patrouille hinab steht zu befürchten, daß sich die Mentalität der Reglementierung, Absicherung und Risikovermeidung ungebremst ausbreitet, die einst „typisch deutsche“ Führungskultur durch bereitwillige Anpassung an den Habitus nichtdeutscher Partnerverbände weiter ausgehöhlt wird. Die schleichende Ausdünnung der Wehrpflicht hin zur Abschaffung tut ein übriges, um etwas vollends zu zerstören, das einmal „typisch deutsch“ und sicher nicht ganz schlecht war.

Jörg Soldan

Jihad Watch und Dhimmi Watch

Die US-amerikanische Website *Jihad Watch* konzentriert sich auf die Darstellung gefährlicher Aspekte des Islam, speziell des Jihad, der hier in einem umfassenden Sinne als islamisch inspirierter Angriff auf die westliche Zivilisation verstanden wird. Das aufklärerische Ziel besteht in „bringing public attention to the role that jihad theology and ideology plays in the modern world, and to correcting popular misconceptions about the role of jihad and religion in modern-day conflicts“. Zu diesem Zweck erfolgt eine (keineswegs systematische) Auswertung der aktuellen Medienberichterstattung vor allem zu Vorgängen im Nahen Osten und anderen islamisch dominierten Teilen der Welt und die kontinuierliche Bereitstellung dieser Informationen in Form eines Weblogs (mit Kommentarfunktion für die Nutzer und teilweise reißerischen Kommentierungen). Ein zweites, noch interessanteres Weblog firmiert als Appendix von *Jihad Watch* unter dem Logo *Dhimmi Watch*. Auf dieser Seite finden sich vorrangig Nachrichten aus europäischen Ländern, viele auch aus Deutschland. Der Betreiber der Seite glaubt, daß Europa gerade im Begriff ist, sich in ein islamisch dominiertes Eurabia zu verwandeln und sammelt daher unter anderem Indizien für eine europäische Geisteshaltung der „Dhimmitude“, eine unterwürfige Haltung eroberter und tributpflichtiger christlicher oder jüdischer Völker gegenüber dem Islam. Sein online zugängliches Archiv ist bereits recht umfangreich und wird fast täglich mit neuen, in solch konzentrierter Masse doch sehr beunruhigenden Meldungen aufgefüllt.

URL: <http://jihadwatch.org/> und <http://jihad-watch.org/dhimmiwatch/>

Migration Watch

Die Betreiber der britischen Seite *Migration Watch* bezeichnen sich selbst als „independent and non-political body“ und geben sich einen sehr seriösen Anstrich. Mit Sir Andrew Green, einem früheren Botschafter in Saudi-Arabien, und David Coleman, Professor für Demographie an der Oxford University, stehen respektable Persönlichkeiten an der Spitze dieser Initiative. In der Selbstbeschreibung bevorzugt man eine gemäßigte und abwägende Sprache: Man sei nicht gegen Zuwanderung überhaupt, da sie doch einen gewissen Nutzen für Staat und Gesellschaft gehabt habe. Lediglich die unkontrollierte Massenzuwanderung führe nun zu einigen Problemen. Integration könne bei solchen Mengen nicht mehr gelingen, die Debatte über Begrenzungen im nationalen Interesse sei jetzt offen und wissenschaftlich fundiert zu führen, man wolle verhindern, daß ein Klima von Ge-

rüchten und Verdächtigungen am Ende noch der extremen Rechten einen Aufschwung beschert. Andererseits ist man sich darüber im Klaren, daß die eigene Existenz eine Herausforderung für die „huge multi-million pound pro-asylum and immigration ‚industry‘ which is largely funded by the tax payer“ darstellt und bittet um entsprechende finanzielle Unterstützung. Mit den Geldern möchte man die Entwicklung weiter verfolgen, entsprechende Forschungen betreiben, die Öffentlichkeit mit einer gesicherten Faktengrundlage versorgen sowie Beratungsleistungen für konkrete Politikgestaltung erbringen. Auf der Website selbst wird ein Kurzüberblick über die wichtigsten Fakten zur Einwanderung, ergänzt durch zahlreiche „Guides“ zu Detailfragen der Immigration im pdf-Format und einem kurzen Katalog der „key messages“ von *Migration Watch*, dazu ein Dienst mit aktuellen Veranstaltungs- und Pressemeldungen sowie eine Seite mit Auszügen aus Leserbriefen geboten.

URL: <http://www.migrationwatchuk.org/>

Burschenschaftliche Blätter

Am 3. Oktober des letzten Jahres begannen die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei. Deshalb hatten verschiedene Studentenverbindungen am 1. Oktober 2005 ein „Berliner Seminar“ mit Egon Bahr veranstaltet, bei dem sich außerdem fünf weitere namhafte Experten (Bernd Rabehl, Rainer Glagow, Ivan Denes, Rainer Mennel, Heinz Odermann), die alle eine Türkei-Mitgliedschaft ablehnen, aus verschiedenen Blickwinkeln mit dieser Problematik auseinandersetzen. Die neue Ausgabe der Burschenschaftlichen Blätter bringt, basierend auf dem Berliner Seminar, einen Schwerpunkt zum Thema. Die Redemanuskripte der Referenten finden sich, zum Teil gekürzt, in der Ausgabe ebenso wie eine Reihe von Rezensionen zu einschlägigen Büchern. Gerade dieses Heft dürfte wegen seines brisanten Themas und der prominenten Autoren auch außerhalb des engeren burschenschaftlichen Milieus auf Interesse stoßen. Die Burschenschaftlichen Blätter erscheinen viermal jährlich mit der ISSN 0341-5352 und werden von der Deutschen Burschenschaft herausgegeben. Sie richten sich jedoch nicht nur an Mitglieder, sondern auch an Außenstehende und Interessierte. Das Jahresabonnement kostet im Inland 21.00€, das Einzelheft 6.65€. Anfragen: Claus Burghardt (Verlagsbeauftragter der Burschenschaftlichen Blätter), Unter den Linden 7, 36214 Nentershausen, E-Mail: bbl@burschenschaft.de

URL: <http://www.burschenschaftliche-blaetter.de/>